

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 24 Pfg. frei ins Haus.
Einzelnr. 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Inertions-Gebühr

Betrag für die schlagfertige Kolonisation oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Kaiser und Kirche.

Im Ritteraal des Schlosses leistete am Mittwoch in feierlicher Prozedur der neu gewählte Erzbischof Dr. Antonius Fischer von Köln dem Kaiser den Treueid. In den Ansprachen, die daselbst vom neuen Erzbischof und vom Kaiser gehalten wurden, findet sich einiges, das Personen und Zustände unserer Zeit kennzeichnet.

Der hohe Würdenträger der katholischen Kirche hielt die Gelegenheit für wohlgelegen, den Kaiser und König von Preußen, der vor ihm in der Uniform der Garde du Corps und angethan mit allen Insignien des Schwarzen Adlerordens auf dem Throne saß, überschwinglich nicht nur als weltlichen Fürsten zu feiern, sondern vor allem auch als Hort des Glaubens. Der Erzbischof sagte:

„Ich danke allerunterthänigst für diese Beweise königlicher Güte und treue Bereit, vor Gottes Angesicht den Schwur der Treue zu leisten. Ich thue es nicht bloß in dem Bewußtsein der Pflicht, die mir von Gottes Wort auferlegt wird, das Gehorsam gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit gebietet; ich thue es aus innerem Herzensdrang. Denn ich verehere Eure Majestät in tiefster Seele als den erhabenen Herrscher, dem das Wohl aller seiner Unterthanen, auch — ich freue mich, es hier ausdrücklich zu können — seiner katholischen Unterthanen am Herzen liegt. Ich verehere in Eurer Majestät den mächtigen, thätigen Fürsten, der in einer Zeit, wo vielfach Unglaube und Gottlosigkeit sich kräftet und an den Fundamenten des christlichen Volkslebens rüttelt, vor aller Welt kein Hehl macht aus seiner christlichen Ueberzeugung, vielmehr bei den verschiedensten Gelegenheiten seinen demütigen Glauben an die Majestät Jesu Christi, als des menschgewordenen Gottes Sohnes und Erlösers der Menschheit, kundgegeben hat.“

Als künftiger Erzbischof von Köln darf ich bei dieser feierlichen Gelegenheit an die bedeutenden Worte zu erinnern mir erlauben, die Eure Majestät im verflochtenen Sommer in der zum Kölner Erzbistum zählenden alten Kaiserstadt Baden ausgesprochen haben, durch die Eure Majestät allerhöchst Ihre Person sowie das laienfremde Haus und Heer und Volk unter den Schutze des Kreuzes stellen.

Die erhebenden Worte, an denkwürdiger Stätte vorgetragen, haben weithin, namentlich in unserem rheinischen Volke, jubelnden Beifall gefunden und helle Begeisterung hervorgerufen für unser erhabenen Kaisers Majestät von Gottes Gnaden. Einem solchen Herrscher Treue schwören ist kein bloßes kaltes Pflichtgebot, ist eine Pflicht, die mit warmem Herzen und mit freudiger Zustimmung geleistet wird.

Die Deliziosität und Harnad und andre „Fetterser“, die ja auch Freunde des Monarchen sind, werden zugestehen, daß der katholische Alerus sich denn doch auf die Verherrlichung des überirdischen Gottesgnadentums noch besser versteht als sie.“

Der Kaiser sollte dem katholischen Kirchenfürsten denn auch religiösen Dank:

„Seit mehr als vierzehn Jahren dem Metropolitankapitel angehörig, sind Sie, namentlich durch Ihre Wirksamkeit als Weihbischof, den Aufgaben des Sie jetzt erwartenden weiten und schwierigen Arbeitsfeldes näher getreten. Ihre reiche Erfahrung wird Ihnen die Führung des neuen Amtes erleichtern. Und Ihre Pflichterfüllung sowie die Beweise patriotischer Gesinnung aus Ihrer früheren Thätigkeit sind mir Gewähr, daß Sie auf dem erzbischöflichen Stuhle zu Köln als guter Hirte der Ihnen anvertrauten Seelen, dem mir soeben abgelegten Gelübde getreu, in den Gemütern der Geistlichen und Gemeinden den Geist der Ehrfurcht und Treue gegen mich und mein Haus, die Liebe zum Vaterlande und den Gehorsam gegen die von Gott geordnete Obrigkeit, sowie die Eintracht unter den Bewohnern des Landes pflegen und nähren werden. In dieser Erwartung erteile ich Ihnen meine landesherrliche Anerkennung und wünsche Ihnen, hochwürdigster Herr, zu der Verwaltung Ihres erzbischöflichen Amtes Gottes reichsten Segen.“

Der Dank des Monarchen entspricht den guten Gesinnungen des Kirchenfürsten. Von diesem darf der Monarch allerdings die Ueberzeugung haben, daß er nie und nimmer den geringsten Teil der Offenbarung bezweifeln oder durch andre antempeln lassen wird. Und in der Gut des Kirchenfürsten, dem die religiösen Dogmen unantastbar sind, ist auch das politische Dogma des Gottesgnadentums wohl geborgen.

Es wäre erstaunlich, wenn die Monarchie, in der sich die Gottheit offenbart, und diejenige Kirche, die den Offenbarungsglauben gegen jegliche Kezerei und Unglauben sichert, sich nicht in Versicherungen treuer Gemeinschaft zusammenschließen.

Die „Germania“, das Centrumsblatt, widmet dem Vorgang im Ritteraal des königlichen Schlosses freudige Betrachtung. In Sorge sah sie den Verkehr mit Historikern und Biblisten, auch das Bekenntnis an Holtmann beklagte nicht ihre Bedenken, — erleichtert kann sie nun ihrer lebhaften Freude über den warmen und vertrauensvollen Empfang Ausdruck geben. Mögen auch Seiten- und Nebenwege winken, unerschütterlich bleibt der Bund der Kirche, die die Völker in Gehorsam erhält, und des Staates, der dem Alerikalismus den Zugang öffnet zur heiligbegehrten Macht und Herrschaft. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. März.

Reichstag.

Der erste Teil der Sitzung wurde ganz mit der Erörterung der Zustände in den Spandauer Militärwerkstätten ausgefüllt. Genosse Jubel nahm eine gründliche Abrechnung mit dem schlichten Mann aus der Werkstatt, Herrn Pauli, vor und ging dann zu einer eingehenden Kritik der neuen in den Militärwerkstätten eingeführten Lohnordnung über. Er wies nach, daß sich bei ihrer Schaffung kapitalistischer Geist mit militärischer Bureaucratie vereinigt hätte,

und daß den Arbeitern berechtigter Grund zu Klagen über die Klassen-einteilung und die Veneilung des Lohnes gegeben wäre. Das Schlimmste ist, daß diese neue Lohnordnung mit außerordentlicher Fähigkeit an dem verderblichen Accordsystem festhält. Auch sonst ist von einem Geist sozialer Fürsorge in den Spandauer Militärwerkstätten nicht viel zu merken. Es ist eine charakteristische Tatsache, daß unmittelbar nach den Verhandlungen des Reichstags über die Arbeitslosigkeit die Militärverwaltung 1800 Arbeiter aufs Pflaster setzte.

Die Verteidigung des Herrn Pauli fiel sehr kläglich aus. Sie bestand eigentlich nur in Schimpfreden gegen Jubel, die vom Präsidenten ohne jede Klage gelassen wurden. Er warf unsrem Genossen vor, daß er sich von Arbeitergroßen nähre, nannte ihn verblümt einen Bauernfänger und strich sich über den Magen, während er sagte, daß ihm die Jubelsche Rede geradezu Gel eingefloßt habe. Herr Dertel lachte unmäßig über diesen guten Wit und der Präsident rühte sich nicht. Dagegen erhielt Jubel einen Ordnungsruf, als er Herrn Pauli Feigheit vorwarf. Diese flagranter Ungerechtheit wurde durch entrüstete Zwischenrufe unsrer Genossen festgenagelt.

Geschickter als Herr Pauli wußte General v. Einem die angegriffene Verwaltung zu verteidigen. Seine rhetorischen Kunstgriffe waren allerdings grober Natur, aber sie verfehlten doch nicht ihre Wirkung auf die leicht zu befriedigende Rechte. So suchte er die Vortrefflichkeit der Spandauer Zustände damit zu beweisen, daß er auf die zahlreichen Meldungen von Arbeitern hinwies, die sich um eine Anstellung im Staatsbetriebe bewarben. Damit wird doch höchstens bewiesen, daß unter der Arbeiterklasse starke Arbeitslosigkeit herrscht und daß in manchen Privatbetrieben der Metallbranche vielleicht noch schlechtere Löhne gezahlt werden als in den Militärbetrieben. Das Gerede von den hohen Spandauer Löhnen wird durch eine Tatsache widerlegt, die auch Herr v. Einem nicht in Abrede stellen konnte, daß der Anfangslohn 3 Mk. beträgt, während der ortsübliche Tagelohn in Spandau auf 3,60 Mk. normiert ist. Natürlich war die Rede des Herrn Generals auch gesäimäht mit Wendungen, wie sie täglich in der „Post“ zu finden sind.

Nach Erledigung dieses Kapitels wurde auf die zurückgestellten Teile des Militärstats zurückgegriffen. Zunächst kam die Frage der Gehaltserhöhung für die 205 Oberlieutenants zur Entscheidung, bei der das Haus aufgespalten war. Heute war man beschlußfähig und da die Linke und das Centrum gut befehigt waren, blieb es bei der von der Kommission beschlossenen Ablehnung der Gehaltserhöhung, ohne daß eine namentliche Abstimmung notwendig geworden wäre. Hebel (Zoc.) brachte dann auch die Offiziersbüros-Wirtschaft und die Abkommandierung von Soldaten zu nicht militärischen Dienstverrichtungen zur Sprache, und ging auf die Befehlsversuche näher ein, die von eifrigen Vorgesetzten an ungläubigen Rekruten unternommen werden. Genosse Ledebour ergänzte diese Ausführungen und wies außerdem auf die existenzvernichtende Konkurrenz hin, welche die Militär-musiker den zumeist in sehr bedrängten Verhältnissen lebenden Zivilmusikern machen. Bezeichnenderweise schien für alle diese Fragen am Regierungstisch nicht das geringste Interesse vorhanden zu sein; wenigstens antwortete kein Militärvertreter auf Bedels und Ledebours Beschwerden. Nur der konservative Abg. Graf Moon erhob sich, in seiner dreifachen Eigenschaft als General a. D., als Gutsbesitzer und orthodoxer Lutheraner zugleich für Ernte-Abkommandierungen und für gottselige Befehlsversuche eine Lanze einzulegen.

Am Schluß gab es noch ein kleines niedliches Intermezzo. Dr. Barth wollte die so seltene, wie erfreuliche Anwesenheit der gewerkschaftlichen Sitzungsschwärmer dazu benutzen, am Donnerstag die ausständigen Wahlprüfungen vornehmen zu lassen. Das mißfiel aber den Herren von der Rechten. Im Einverständnis mit ihnen erklärte Graf Vallestrom, die Wahlprüfungen würden zu viel Zeit beanspruchen.

Das Haus hatte also zu entscheiden. Aber siehe da, plötzlich war die Präsenzliste auf ungefähr ein Sechstel ihres ursprünglichen Bestandes herabgesunken. Alles war natürlich ein abgekartetes Spiel. Herr v. Staudy bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses und es blieb beim Vorschlag des Präsidenten, am Donnerstag mit der Beratung des Militär-Stats fortzufahren.

Der in Wirklichkeit gar nicht gewählte Abg. v. Oldenburg kann also weiter sein Mandat ausüben.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst den Etat der Lotterieverwaltung in zweiter Lesung. Der neue Spielplan fand bei allen Rednern mit Ausnahme des Abg. Pleß (C.), der das Lotteriewesen prinzipiell bekämpfte, volle Billigung. Mit großer Mehrheit gelangte die von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution zur Annahme, die die Regierung auffordert, alsbald auf geeignete Maßnahmen Bedacht zu nehmen, um die Mißstände zu beseitigen oder doch einzuschränken, die sich aus dem unerlaubten Vertrieb fremder Lotterielose ergeben, insbesondere Bedacht zu nehmen auf eine reichsgesetzliche Regelung des Lotteriewesens, die Bildung einer Lotteriegemeinschaft der beteiligten deutschen Staaten, die Verschärfung der Strafbestimmungen gegen den unerlaubten Vertrieb fremder Lose. Auch die Regierung stimmte dieser Resolution im Allgemeinen zu, obwohl sie die Schwierigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung, die nur auf Grund einer Verfassungsänderung erfolgen könnte, nicht verkannte.

Nach unwesentlicher Debatte genehmigte das Haus sodann den Etat der Staatsarchiv. Den Rest der Sitzung füllte die Fortsetzung der zweiten Beratung des Kultus-

Etats, und zwar des Kapitels Universitäten aus. Prinzipielle Fragen wurden dabei im Gegensatz zu früheren Jahren nicht erörtert, sondern lediglich lokale Wünsche vorgebracht. Auch die Agrarier versuchten wieder, diesmal mit Unterstützung des „freisinnigen“ Abg. Pohl, die Wissenschaft ihrer Bestrebungen dienstbar zu machen, indem sie größere Veräufertigung der landwirtschaftlichen Wirtschaftslage forderten, eine Forderung, gegen die an und für sich nichts einzuwenden ist, die aber, wie frühere Debatten gezeigt haben, in Wirklichkeit eine Gefahr für die freie Wissenschaft bedeutet, da es den Agrariern gar nicht auf Belehrung der Landwirte ankommt, sondern darauf, daß die Wissenschaft in ihren Dienst gestellt wird.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt. Wenn nötig, soll eine Abend-sitzung stattfinden. —

Die Zwangs-gesetze und die holländische Arbeiterschaft.

Die Reaktion ist mit größtem Eifer thätig, um ihr schändliches Werk gegen die Arbeiterschaft so schnell wie nur möglich zu vollenden. Die Delinquanten Bureau meldet, läßt die große Eile, mit der die Kommission der Rapporteurs ihre Arbeit betreibt, erwarten, daß ihr Bericht noch in dieser Woche erscheinen kann. Die Kammer werden dann also bald in die Lage kommen, ihr Urteil über das Schicksal der Zwangs-gesetze zu sprechen. Hoffentlich wird die jetzt in der Kammer stattfindende Verhandlung über die Interpellation Troelstra auch dazu beitragen, die Meinungen zu klären und einen Teil der Mehrheit vernünftigen Erwägungen zugänglich zu machen.

In Amsterdam wird „Volks Bureau“ unterm 11. März gemeldet, daß zwei Mitglieder der Leitung der Vereinigung der Eisenbahn-Angestellten eine Besprechung mit Direktionsmitgliedern der holländischen Eisenbahn hatten über die von der Bahngesellschaft anlässlich der Bewegung unter den Arbeitern ergriffenen Maßnahmen. Wie diese Besprechung verlief und was dabei herausgelassen ist, darüber liegt noch keine Meldung vor. Sollte die Direktion aber die eheliche Absicht haben, einmal mit der Organisation auf vernünftiger Grundlage zu verhandeln, so würde sie damit jedenfalls die besten Resultate erzielen. Der Direktor der Nordholländischen Tramway-Gesellschaft, Herr T. Sanders, hat an „Het Volk“ einen Artikel eingesandt, der ein treffendes Zeugnis für die verständige Leitung der großen Eisenbahner- und Straßenbahner-Organisation bildet und wie folgt beginnt:

„Da der durch die Gewerkschaften ausgesprochene Streik im Eisenbahnbetrieb der Grund ist zu der beantragten Ergänzung und Revision des Strafgesetzbuches, und da die Hochorganisation der Arbeiter dadurch so ernstlich bedroht werden, halte ich es für meine Pflicht, das Verhältnis meiner Gesellschaft dieser wegen ihrer sozialistischen Reigungen meist gescheiterten Gewerkschaft (nämlich der Niederl. Vereinigung von Eisenbahn- und Straßenbahnerpersonal) gegenüber zu beleuchten. Diese Gewerkschaft, mit der Herr Van Hasselt nicht verhandeln wollte, die durch den Verwaltungsrat der holländischen Eisenbahn-Gesellschaft konfiziert wurde und gegen die jetzt die beiden Eisenbahn-Gesellschaften rühend und strafend auftreten, schien mir nicht allein loyal in ihren Verhandlungen mit meiner Gesellschaft, sondern zugleich auch von günstigem Einfluß auf das Straßenbahn-Peronal.“

Der Schreiber führt zum Beweise hierfür mehrere Fälle an und fährt dann fort:

„Ich habe jede Bestrebung, das Vereinigungsleben bei meinem Personal zu befördern, stets mit Freuden begrüßt und darum auch den Beitritt zur Niederländischen Vereinigung von Eisenbahn- und Straßenbahn-Peronal nicht verhindert, sondern vielmehr befördert, und ich habe mich darüber niemals zu beklagen gehabt. Das Verhältnis zwischen Direktion und Personal ist dadurch niemals benachteiligt worden, wohl aber hat das Vereinigungsleben die Moralität erhöht, unter andern den Mißbrauch starker Getränke betreffend, der immer seltener vorkommt. Da der Einfluß auf mein Personal also nicht anders als günstig gewesen ist und da ich die Leiter dieser Vereinigung als lokale und praktische Männer kennen lernte, was das Verständnis für Sachinteressen im Allgemeinen und für die Interessen der Mitglieder im Besonderen anbetrißt, muß ich die Unterdrückung der Gewerkschaften durch die vorgeschlagene Ergänzung und Revision des Strafgesetzbuches als ein Unglück für unser Vaterland ansehen.“

Unser Amsterdamer Korrespondent meldet noch vom 10. März:

Der „Ordnungsbund“, die Streikbrecher-Organisation der holländischen Eisenbahn-Gesellschaft, die ihre erste allgemeine Mitgliederversammlung für den 15. d. M. ausgeschrieben hatte, hat diese auf den 22. März verlegt, vermutlich mit Rücksicht auf die Geschäftsreise, die im Laufe dieser Woche sich ereignen können. Die Herren befürchten sicher, daß ihre Streikbrechergarde nicht genügend gekaufte Eisenbahner zählt, um die Mitglieder wieder per Bahn nach Hause bringen zu können!

Eine Abteilung dieses famosen Bundes, der hauptsächlich aus Bureaupersonal besteht, soll in Rotterdam gegründet sein mit 70 Mitgliedern.

In einer gestern stattgehabten Versammlung des Dessischen Studentencorps wurde mit 120 Stimmen für, 100 gegen und 9 Enthaltungen beschlossen, daß zwar jedem Mitglied freistehe, auf politischem Gebiete zu thun, was ihm gut dünke; als Corps selbst aber dürfe man sich nicht in den politischen Streit mengen, und bedauere den vorgelommenen Fall, daß ein beim Corps angegeschlossener Verein am 25. Februar in dessen Allgemeiner Versammlung ungefragt und freiwillig ihre Dienste der Regierung angeboten und so das Corps an dem politischen Streit beteiligt habe.

Die Interpellationen Wees und Troelstra fanden heute in der Zweiten Kammer statt. Auf dem Vorhof der Kammer war es ziemlich belebt. Die öffentliche Tribüne und die reservierte waren dicht besetzt, alle Minister, mit Ausnahme des Kolonialministers, waren anwesend. — Beschlossen wurde, nach den Interpellationen das indische Comptabilitätsgesetz auf die Tagesordnung zu setzen. — Der Vorsitzende konstatiert, daß bei der Debatte betr. die Interpellationen die eingereichten Gesetzentwürfe nicht behandelt werden könnten.

Querst erhält der Liberale Mees das Wort zu seiner Interpellation. Er bedauert nicht, daß diese Besprechung stattfindet, nachdem man Zeit gehabt hat zur Veruhigung. Seine dritte Frage ließ Sprecher fallen, als es klar wurde, daß die praktischen Maßregeln der Regierung mit seinen Ansichten übereinstimmen. Er verlangte Mitteilung über das, was die Regierung gethan und unterlassen hat in den letzten Tagen des Januar. Er fragte: Würden dem Minister schon im Dezember Thatsachen unterbreitet, die einen Eisenbahnerstreik erwarten ließen? Warum dem Ministerium keine Anzeichen bekannt, die auf eine Spannung im Lande hinarbeiten? — Die Enquete-Kommission von 1891 verlangte nur Verbesserung der Ruhepausen, welche Minister Selj einführte. Die Beschlüsse des Niederländischen Eisenbahner-Vereins forderte bereits damals ein Schiedsgericht. Der Verein erhielt jedoch keine Antwort auf Briefe an die Direktion, was der Administrationsrat gutheiß. In einer Adresse desselben Vereins in 1901 an den Minister wurde vor einem drohenden Konflikt gewarnt. Das Departement von Waterstraat war also seit langem unterrichtet von der Gärung unter dem Eisenbahnerpersonal. — Ferner: Auf welchem Standpunkt hat sich die Regierung gestellt, als sie Mitteilung erhielt, daß im Eisenbahnerstreik ein teilweiser Ausbruch ausgebrochen sei und sie von der Gefahr unterrichtet wurde, daß dieser sich weiter ausbreiten würde? — Nachdem der Minister am 31. Januar eine Konferenz mit zwei Herren der Holländischen Eisenbahngesellschaft gehabt hatte, bewilligten die Gesellschaften die Forderungen des Personals. Wurde die Regierung vom 28. Januar ab fortwährend unterrichtet oder ließ sie sich unterrichten, was vorkam und was geschah in der Konferenz?

Hiernach erhielt Troekstra das Wort. Redner führte aus, daß seit 1848 ein solch gespannter Zustand nicht mehr bestanden habe in den Niederlanden. Bisher sei er jetzt schlimmer als damals. Jetzt ständen 26 000 Mann bereit, um ihre heillose Arbeit zu verrichten, wenn der gespannte Zustand anhält. Gerichte sprechen vom Befreiungszustand, Truppen würden im Salvenfeuer geschüt, was nur die Erbitterung steigere.

Ein Mißverständnis erzeuge den andern. Dauert dieser Zustand fort, so könne niemand das Ende voraussagen. Der augenblickliche Zustand muß so schnell wie möglich geändert werden, sonst geht das Land trüben Zeiten entgegen. Von beiden Seiten müsse mit Verstand und Selbstverleugnung gearbeitet werden, wolle man einen gewaltlosen Zusammenstoß vermeiden. Könne einem Eisenbahnerstreik nicht vorgebeugt werden, woran sich bestimmt ein Ausstand im ganzen Transportwesen anschließen werde, so wird die internationale Transportkollaboration eingreifen.

Deutsches Reich.

Panzerplatten - Patriotismus.

Die Firma Krupp ist begreiflicherweise über den erneuten Hinweis auf ihre patriotische Auswucherungs-Praxis bei der Lieferung von Panzerplatten an das Reich, durch den sich in der gestrigen Reichstags-Sitzung Genosse Vebel ein Verdienst erworben hat, in eine ebenso erregte Stimmung versetzt worden, wie der Kriegsminister v. Gohler, der sich der Kanonenfirma mit einer Wärme annahm, die er bei seiner Beurteilung der skandalösen Soldatennußhandlungen so schmerzlich hatte vernichten lassen. Vebel hatte bekanntlich die ungeschwätlichen Uebervorteilungen zur Sprache gebracht, durch die unsere großen Armeelieferanten ihren glühenden Patriotismus zu beweisen pflegen, wobei er auch der Firma Krupp Erwähnung gethan hatte. Er hatte dabei auf die Verhandlungen der Budgetkommission im Jahre 1901 hingewiesen, in der festgestellt worden war, daß die Firma Krupp dem Deutschen Reich bisher die Tonne Panzerplatten um 400 M. teurer geliefert hatte, als die Vereinigten Staaten dasselbe Quantum desselben Fabrikats geliefert erhielten. Diese Feststellung veranlaßte die Budgetkommission, mit 20 gegen 4 Stimmen ein Mißbilligungsvotum gegen die Firma Krupp anzunehmen, durch das gleichzeitig der Reichskanzler ersucht wurde, in Erwägung zu ziehen, ob nicht im Interesse der Ersparnis die Errichtung eines Panzerwerks auf Kosten des Reiches angängig sei, um derartige Uebervorteilungen für die Zukunft zu verhüten. Die Folge dieser Verhandlungen in der Budgetkommission war, daß die Firma Krupp denn auch ihren Preis erheblich herabsetzte.

An dieser Thatsache einer unverschämten Uebervorteilung des Reiches, aus der den Panzerplatten-Lieferanten Krupp und Stumm laut Feststellungen der Budgetkommission ein jährlicher Extraprofit von 3 Millionen Mark oder für die gesamten Lieferungen bis 1917 von 60 Millionen Mark in die Tasche geflossen wäre, läßt sich nun nicht rütteln. Trotzdem hat die Firma Krupp die Stimm, ein Dementi loszulassen. Nicht die Thatsache der Uebervorteilung selbst freilich bestreitet die Firma Krupp, sondern einen dem Genossen Vebel unterlaufenen ganz nebenwärtigen Irrtum. Vebel war nämlich der Ansicht gewesen, daß die an Amerika gelieferten „Kruppschen Panzerplatten“, von denen in dieser Terminologie in dem amtlichen Bericht über die Sitzung der Budget-Kommission die Rede war, von der Firma Krupp selbst geliefert worden seien. Demgegenüber erklärt die Firma Krupp emphatisch, daß sie Amerika niemals Panzerplatten geliefert habe. Daß die Firma Krupp an alle Mächte, die ihr Aufträge erteilten, Panzerplatten und Kanonen lieferte, daß sie sich kurz vor dem deutsch-französischen Kriege Napoleon III. ausdrücklich als Kanonenlieferant offeriert hat, ist eine bekannte Thatsache; der Irrtum Vebels ist somit doppelt entschuldbar. Worauf es bei der Sache ankommt, ist, daß Amerika „Kruppsche Panzerplatten“, d. h. nach Kruppschem Verfahren hergestellte, den Krupp-Platten gleichwertige Panzerplatten 400 M. pro Tonne billiger geliefert erhalten hat, als Krupp an Deutschland lieferte. In den Preis von 1920 M. den Amerika zahlte, war sogar noch eine Gebühr an die Firma Krupp in Höhe von 105 Mark pro Tonne für die „Anwendung des Kruppverfahrens“ eingeschlossen! Und trotz dieser Herstellungsvorteilung konnte Amerika mit seinen amerikanischen Lieferanten einen Preis vereinbaren, der um 400 M. pro Tonne niedriger war als der, den die Firma Krupp sich von Deutschland zahlen ließ und auch ferner bei den Riesenlieferungen für die Flottenvergrößerungen zahlen lassen wollte. Erst die Entrüstung der Budgetkommission veranlaßte die Firma Krupp zu Preisreduktionen!

Glänzender lassen sich wohl die „patriotischen“ Verdienste der Firma Krupp um Deutschland, die der Kriegsminister so eifrig herausstreich, nicht illustrieren.

Welch ungeheuren Gewinn die patriotische Firma Krupp aber trotz ihrer ihr abgedungenen Preisermäßigung an den Panzerplatten-Lieferungen noch machte und gegenwärtig noch macht, beweist folgende Auslassung eines führenden ultramontanen Organs, der „Aölnischen Volkszeitung“, die damals bemerkte:

„Die maßgebenden Personen dürften sehr wohl wissen, daß die seither mit 2320 M. pro Tonne bezahlten Platten den Hersteller nur 950—1000 M. pro Tonne kosten, und daß, selbst wenn sie jetzt eine Herabsetzung des Preises auf 1920 M. erreichen, den Fabrikanten immer noch ein Nutzen von 100 Proz., auf die Herstellungskosten berechnet, bleiben würde. . . Schon vor längerer Zeit ist mitgeteilt worden, daß ein rheinisches Konsortium sich bereit erklärt habe, vom Jahre 1903 ab gleiche Qualität Niederländischer Panzerplatten zu 1550 M. pro Tonne — also 770 M. billiger, zu liefern, wenn ihm nur die Zusage eines entsprechenden Teils der künftigen Lieferungen gegeben werde“ . . .

Man sieht also, daß Vebels Kritik nicht nur eine hochinteressante Reminiscenz anfrischte, sondern auch heute noch hochaktuell war! Nach dem Verhalten des Kriegsministers, der ja freilich zur Hervorstufung alle Ursache hatte, und der teilnahmslosen Haltung des Centrums ist freilich nicht daran zu denken, an dem mindestens 100-prozentigen Profit der Panzerplatten-Monopolisten noch weitere Abstriche zu erzielen! Aber auch die Feststellung des 100-prozentigen Patriotismus der Krupp und Konforten ist wichtig genug!

Noch immer: Geschäftspatrioten.

In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages am Mittwoch wurde in der Beratung der Ausgaben für die Marine fortgefahren. Selbstverständlich wurden auch jetzt wieder die Forderungen meistens unverändert angenommen. Einige wenige Abstriche wurden zwar gemacht, jedoch handelt es sich dabei nicht um wirkliche Ersparnisse, sondern es wurden nur einzelne Noten gestrichelt, so daß in den nächsten Jahren, freilich nach der Wahl, um so höhere Summen bewilligt werden müssen.

Zu einer interessanten Debatte kam es bei dem Abschnitt: „Artilleristische Anordnungen“. Abg. Müller (Jubla) fragte an, ob bei der Lieferung von Pulver für die Marine der Wettbewerb mehrerer Fabriken zugelassen sei und welche Preise gezahlt würden. Staatssekretär v. Tirpitz: Ein Wettbewerb mehrerer Fabriken sei zwar gestattet, jedoch beziehe die Marineverwaltung ihren ganzen Bedarf an Pulver von einer Fabrik. Der Preis für die betreffende Qualität sei in den letzten Jahren erheblich vermindert worden, gegenwärtig betrage er 7,50 M. pro Hilo. Abg. Frese: Eine andre Fabrik habe der Marineverwaltung Pulver für 6—6,50 M. offeriert. Weshalb sei dieses Anreiben gar nicht berücksichtigt worden? Abg. Müller-Jubla: Die betreffende Firma liefere schon seit Jahren an die Militärverwaltung Pulver, das noch stets als vorzüglich sich erwiesen habe. Als diese Fabrik vor einigen Jahren sich erbot, das von der Marine gebrauchte Pulver zum Preise von 6—6,50 M. zu liefern, seien ihr vom Marine-Minister folgende Bedingungen gestellt: Sie sollte ein 24 Centimeter-Geschütz liefern und einen geeigneten Schießplatz zur Verfügung stellen. Sobald die Fabrik diesen Bedingungen nachgekommen sei, wolle die Marine Versuche mit dem von der Fabrik hergestellten Pulver anstellen lassen. Solche Bedingungen zu erfüllen, erfordere aber einen so großen Kostenaufwand, daß die Fabrik darauf unmöglich eingehen konnte. Die Fabrik ließ nun einige Jahre vorübergehen und wandte sich dann von neuem an die Marineverwaltung mit der Bitte um Prüfung ihres Fabrikats, indem sie sich auf ihre guten Leistungen für die Heeresverwaltung berief. Aber auch jetzt wieder stellte die Marineverwaltung dieselben Bedingungen wie das vorige Mal. Dieses Verhalten der Marineverwaltung sei völlig unbegreiflich. Abg. Graf v. Oriola: Die mitgeteilten Thatsachen seien allerdings sehr auffallend und lassen es dringend geboten erscheinen, daß die Marineverwaltung die maßgebenden Gründe klarlege. Freilich sei es für die Mitglieder der Kommission sehr gefährlich, hier mit bestimmten Zahlen aufzutreten. Sie setzten sich damit der Gefahr aus, daß im Plenum dann vom Regierungsvertreter so, wie es gestern der Kriegsminister gethan habe, die Wichtigkeit ihrer Mitteilungen bestritten werde. Ich habe das Auftreten des Kriegsministers im Plenum gestern peinlich berührt. Staatssekretär v. Tirpitz (er hatte sich inzwischen vom Abgeordneten Müller-Jubla den Briefwechsel zwischen der Marineverwaltung und jener Fabrik geben lassen): Er könne sich der Einzelheiten in diesem Fall nicht mehr erinnern. Hieraus rechtfertigte er das Verhalten der Marineverwaltung im allgemeinen. Abg. Müller-Jubla und Graf v. Oriola erklärten, daß sie die angeführten Gründe durchaus nicht als stichhaltig anerkennen können.

Bei der Forderung „zur Beschaffung von Handwaffen“ machte der Abg. Müller-Jubla darauf aufmerksam, daß nach einer Mitteilung, die ihm zugegangen sei, zwischen der Firma Löwe und Mannlicher ein Kartellvertrag abgeschlossen sei. Nach diesem Vertrage haben sich die Firmen verpflichtet, für jedes Gewehr, welches die eine Firma liefert, 2 M. als Abfindung an die andre Firma zu zahlen. — Zum Bau von zwei großen Trodenbods auf der Werft zu Wilhelmshaven werden in diesem Jahre als 4. Rate 3,25 Millionen Mark gefordert. Die Gesamtkosten für dieses Unternehmen betragen 42 Millionen Mark. Abg. Singer: Wegen des vorgesehenen Baues seien auf der Werft in Wilhelmshaven mehrere Arbeiterwohnhäuser zum Abruch bestimmt worden. Dadurch habe eine Reihe von Arbeitern die Wohnung verloren. Es frage sich nun, ob die Werfleitung bei Zeiten dafür gesorgt habe, daß die Arbeiter andre geeignete Wohnungen finden können? Staatssekretär v. Tirpitz: Die Notwendigkeit des Baues habe sich erst ganz kürzlich herausgestellt. Deshalb haben nicht schon früher die nötigen Maßnahmen zur Unterbringung der 96 Arbeiterfamilien getroffen werden können, welche aus ihren bisherigen Wohnungen getrieben worden seien. Uebrigens scheint es mit der Wohnungsnot dort nicht so schlimm zu stehen, da ein Teil dieser Arbeiter schon vor Ablauf der ihnen gestellten Frist die Wohnung geräumt haben. Geheimer Admiralsstabsarzt Harms: Die Werfleitung haben die Gründung einer Bankgesellschaft gefördert, welche mit Hilfe von Geldern der Invaliden-Versicherungsanstalt und des Reiches in der Nähe von Wilhelmshaven Arbeiter-Wohnhäuser errichten werde. Abg. Singer: Die neuen Wohnhäuser können erst in einigen Jahren hergestellt werden. Inzwischen wird manche Familie genötigt sein, teurere Miete als bisher und als ihrem Einkommen entspricht, zu zahlen. Da diese Mehrausgabe durch die Werfverwaltung verursacht worden sei, entspreche es der Gerechtigkeit, wenn die Werft den beteiligten Arbeitern eine angemessene Entschädigung zahle. Er ersuche daher die Werfverwaltung, dieser Entschädigungspflicht nachzukommen. Staatssekretär v. Tirpitz sagte dieses zu. Abg. Müller-Jubla wollte eine solche Entschädigungspflicht in denjenigen Fällen nicht anerkennen, in denen die Arbeiter freiwillig vor Ablauf der Räumungsfristen die Wohnung ausgegeben haben. Abg. Singer: Auch in den vom Abg. Müller erwähnten Fällen sei eine Schädigung der Arbeiter möglich. Er erwarte, daß die Werfverwaltung nach der Erklärung des Staatssekretärs in allen Fällen, in denen eine Schädigung der Arbeiter thatsächlich erfolgt sei, eine Entschädigung eintreten lassen werde. Er bitte aber, daß über das, was in dieser Beziehung geschehen sei, im nächsten Jahre nähere Mitteilung gemacht werde.

Nächste Sitzung am Donnerstag.

Das Ende einer Wahlprüfung.

Endlich ist die Wahlprüfungs-Kommission mit der Prüfung der Wahl des Abg. Will — 1. Adolfin (Stolz-Lauenburg) — zu Ende, nur der Schlussbericht ist festzustellen und die endgültige Entscheidung der Kommission über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahl vorzunehmen. Daß letztere nicht in der heutigen Sitzung vorgenommen werden konnte, daran trug eine auf Unklarheit beruhende Abstimmung zweier Centrumsmitglieder Schuld. Die Sache kam so: Zunächst wurden konservative Stimmzettel der Wahlbezirke Groß-Bunneschlin z. B.ewiz und Bize-witz laffiert. Im ersten Bezirk wählte der Wahlvorstand, Herr von Hendebrück, den Wahltsch, der dicht an der Thür des Wahllokals stand, ging im Hausflur auf und ab, haranguierte und kontrollierte die Wähler und gab am Abend, wie er versprochen und da das Ergebnis der Stichwahl ihm befriedigte, ein Freudenfest mit Tanz. Wegen der ungeschwätlichen Vorgänge beim Wahlakt wurde die ganze Wahl laffiert — 28 liberale und 47 konservative Stimmen. Im zweiten Bezirk, B.ewiz, waren die konservativen Stimmzettel kenntlich gestaltet, um die Kontrolle zu ermöglichen, und außerdem wurden dieselben vor dem Wahlzimmer Schnaps und Cigarren verteilt. Raffiert wurden 63 konservative Stimmzettel. Im dritten Bezirk, Bize-witz, wurden 49 konservative Stimmzettel laffiert, die für die Wähler des Herrn v. Bize-witz besonders geschuitten und geschrieben und in solcher Gestalt kenntlich waren. Endlich sollte über den zurückgestellten Bezirk Leba entschieden werden. Dort waren ca. 50 Hafenarbeitern kenntlich gestellte konser-

vative Stimmzettel aufgedrungen worden, die sie bei scharfer Kontrolle aus Furcht vor Entlassung nicht austauschen konnten. Ein Hafenarbeiter hat dies eidlich bezeugt. Nun entstand die Frage, ob die übrigen Hafenarbeiter auch noch eidlich vernommen werden sollen oder ob die Kommission nach der Behandlung des eidlich vernommenen Hafenarbeiters diese 50 Stimmen laffieren wolle. Die durcheinanderlaufende Debatte hat die betreffenden zwei Centrumsabgeordneten verwirrt gemacht, daß sie bei der Abstimmung für eine neue Verweigerung statt für die Laffierung der Stimmzettel stimmten. Die Sache erregte zwar Heiterkeit, aber das Resultat war nicht mehr zu ändern.

Das Prüfungsergebnis war bis zu diesem Protestpunkt folgendes: Der Abg. Will hatte ca. 1200 Stimmen Vorsprung vor dem liberalen Kandidaten. Bisher laffierte die Kommission soviel konservative Stimmen, daß Will nur noch ca. 40 Stimmen über die absolute Majorität besaß; diese wären mit dem Bezirk Leba gefallen. Es fragt sich nun, ob die Kommission in ihrer Endentscheidung wegen der Formalie, daß nicht alle 50 oder wenigstens eine Anzahl Hafenarbeiter vernommen wurden, die Wahl für ungültig erklären will oder nicht. Schließlich könnte ja auch das Plenum sich über diese Formalie hinwegsetzen, die gegenüber den ungeschwätlichen Vorkommnissen bei dieser Wahl gar nicht ins Gewicht fallen. Unseres Ermeßens hat die oft schwache Mehrheit der Kommission Stimmzettel für gültig erklärt, die ihrer Form nach, sowie wegen unzulässiger Kontrolle gar nicht gültig sein können. Gerade bezüglich der Wahlbeeinflussung in Leba steht außerdem zeugenmäßig fest, daß der General-Archivdirektor Gädke einen Wähler eine Mark Belohnung spendete und die Wählerwähler scharf kontrollierte, ob sie die konservativen Stimmzettel bis an den Wahltsch mitnahmen. Ferner waren die konservativen Stimmzettel durch die Beschaffenheit des Papiers von den liberalen zu unterscheiden, so daß das Plenum des Reichstages nach Kenntnisnahme des Vorganges eine Stimmen wohl laffieren wird. Uebrigens sind die Wahltschwindelereien in diesem Kreise so unerhörter Art, daß der Reichstag, wenn er den Bericht in die Hände bekommt, in der Wahrung des Wahlrechts unbedingt zu einer Ungültigkeitserklärung der Wahl Wills kommen muß.

Sollte der Gesetzentwurf, Sicherung des Wahlgeheimnisses betr., wirklich noch an den Reichstag kommen, dann genügt schon der Protest gegen die Wahl Wills, resp. der Bericht zu derselben, um die Notwendigkeit einer Sicherung des Wahlrechts zu erweisen. So arg haben die pommerischen Agrarier den Wahltsch getrieben, daß er über allen steht, was bisher dagewesen ist. Der Protest hat nicht weniger als 20 gezeichnete Schemata kenntlich gemachter Stimmzettel aufzuweisen, abgesehen von den zeugeneidlich erwiesenen, ungläublichen Bedrohungen und Beeinflussungen. Der Abg. Will hat aber, wie es scheint, trotz seiner Kenntnis dieser Ungehörlichkeiten so wenig Bedenken über den Erfolg des Mandats wie sein agrarischer Kollege v. Oldenburg. Die Prüfung dieser Schandwahl hat fünf Jahre gedauert. Davon nahmen die Verweiderhebungen 2 1/2 Jahre in Anspruch. —

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Eine Korrespondenz verbreitet diese Nachricht:

„Der Reichstag wird nicht in die Lage kommen, sich mit dem vielbesprochenen Kostengesetz zu befassen. Die entsprechenden Bestimmungen werden vielmehr auf dem Wege der Verordnung in Kraft treten; die Veröffentlichung des entsprechenden Gesetzes steht nahe bevor.“

Diese Mitteilung kam nur dann richtig sein, wenn die Bestimmungen, die im Bundesrat beschlossen sind, sich völlig mit dem entsprechenden, vom Reichstag angenommenen Antrag decken. Sonst müßte, nach der Vorschrift des Wahlgesetzes, der Reichstag nochmals um seine Zustimmung befragt werden.

Einige liberale Blätter sprechen lebhafteste Besorgnisse aus, daß die neuen Bestimmungen noch immer nicht zum Vorschein gelangen. Merkwürdig ist dies allerdings. Doch nach den feierlichen Bestimmungen der stiftlichen Pflicht, das Wahlgeheimnis zu sichern, würde ein Versuch, diese Pflicht dennoch zu verletzen, zu lassen oder ihr auf irgend eine Weise auszuweichen, der Opposition einen weit größeren Nutzen bereiten als die Wahltschung selbst. Wir meinen, die Regierung des Grafen Bismarck wird doch eher die stiftliche Pflicht erfüllen, als sich vor aller Welt unsterblicher Lächerlichkeit zu überlassen und zugleich die größte Erregung in die Bevölkerung zu tragen. —

Der Centrumsabgeordnete Dr. Hise will, so verlautet, ein Reichstagsmandat nicht wieder annehmen. Dr. Hise ist schon seit längerer Zeit leidend. Er ist jetzt Vertreter des Wahlkreises Münden-Glabach. —

Agrarische Bescheidenheit. Konservative Abgeordnete haben im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, durch den ihre agrarischen Standesgenossen in der Steuerzahlung wieder einmal vor den übrigen Staatsbürgern bevorzugt werden sollen. Sie fordern, daß außer den bisher gestatteten Abzügen von dem zu versteuernden Einkommen auch noch die folgenden gemacht werden dürfen: die gelegentlichen Beiträge für Landwirtschafts-, Handels-, Handwerks- und Gewerbetreibenden, ferner die Beiträge für Meliorations- und Entwässerungs-Vereinigungen, soweit sie für Verzinsung von Schulden erhoben werden, endlich — und dies ist besonders begehrend — die für landwirtschaftliche Schulden statutenmäßig erhobenen Tilgungsbeträge, soweit sie der Verfügung des Schuldners entzogen sind. —

Begnadigt!

Kann sind die Reichstagsdebatten über die eilige Begnadigung duellierender Gesetzesübertreter verklungen, kann ist von vielen Seiten das Bedauern neu ausgesprochen worden, daß durch Begnadigungen die Neigung zum Duell gestärkt werde, — da kommt bereits wiederum die Nachricht eines derartigen Vorkommnisses.

Oberleutnant v. Gradow war Ende Januar dieses Jahres — das Duell hatte einige Tage vorher, am 16. Januar, stattgefunden — vom Militärgericht der ersten Garbedivision in nicht öffentlicher Sitzung zu zwei Jahren Festung verurteilt worden. Er hatte auf eine Verurteilung verzichtet und die Strafe in Magdeburg angetreten. Jetzt, kaum fünf Wochen nach Fällung jenes Urteils, ist Oberleutnant v. Gradow begnadigt worden! —

Wohl ist der Begnadigte diesmal nicht der Urheber des Zwistes, der zum Duell Anlaß gab, sondern er war der Verleumdete und, so weit man weiß, schwerer Verleumdete. Aber da er den Gegner zum Duell forderte und tötete, verging er sich gegen das Gesetz. Und nun nach kürzester Frist wird er bereits begnadigt. Der Kriegsminister wird gewiß wieder der Ansicht sein, daß „mildernde Umstände“ so reichlich vorliegen, daß die Begnadigung angemessen war. In den weitesten Kreisen des deutschen Volkes aber erkennt man diese „mildernden Umstände“ keineswegs an, vielmehr ist man überzeugt, daß die leichte Jubilung von „mildernden Umständen“ nur ein Ergebnis eben derselben militärischen Standesvorurteile ist, aus denen das Duell selbst erwächst. —

Ausland.

Politische und strategische Fragen.

London, 8. März. (Fig. Ver.) Die herrschende Klasse Groß-Britanniens ist gegenwärtig aufs intensivste mit militärischen Fragen beschäftigt. Da die Anregungen zu den Armees- und Flottenreformen von Fachschriftstellern ausgehen und da die öffentliche Meinung von der Regierung ins Vertrauen gezogen wird, so ist auch der fremde Beobachter in der Lage, sich über den Sinn der politischen und strategischen Diskussionen klar zu werden. Die Diskussionen sind ziemlich systematisch. Das Jahr 1902 war hauptsächlich den Forschungen der weltpolitischen Lage gewidmet, wobei sich zwei Strömungen bemerkbar machten. Eine betrachtete Deutschland als den Feind und vertrat deshalb die Ansicht, daß England sich mit Rußland niedlich auseinandersetzen müßte, um mit ungeteilten Kräften Deutschland begegnen zu können, während die andre viel schwächer

Strömung für ein Zusammengehen mit Deutschland wirkte. Soweit man aus den Handlungen der Regierung schließen darf, hat keine der beiden Strömungen vollständig gesiegt. Vieles deutet darauf hin, daß sich England sehr ernst auf einen Krieg mit Rußland vorbereitet, und zwar in Persien, wo der Zusammenstoß zu Lande und nicht zur See erfolgen wird. Dies war der Sinn der Armeedebatte, auf deren Bedeutung an dieser Stelle fogleich hingewiesen wurde und die jetzt vom ganzen britischen Publikum geteilt wird. Daß Brodrick bei der Abstimmung gesiegt hat, ist vollständig belanglos, da die Gegner der Kriegsminister die Versicherung erhalten haben, daß ihrer Kritik bald Rechnung getragen wird. Und wir werden sehen, daß in nächster Zukunft mindestens zwei Armeecorps nach Südafrika dirigiert werden. Auch die Jänkeren Englands mit der Türkei wegen des Hinterlandes von Aken erhalten durch diese Erwägungen einen politischen Sinn. Vor wenigen Tagen wurde ein russischer Offizier wegen Spionage in Aken verhaftet. Vom Standpunkte eines drohenden anglo-russischen Konflikts ausgehend, setzt sich die britische Regierung über die deutsch-freundliche öffentliche Meinung hinweg und versucht die freundliche Neutralität Deutschlands zu gewinnen, da auch Deutschland durch das fortschreitende Gedeihen des Bagdadbahnplans am persischen Meerbusen interessiert ist.

Aber auch die früher erwähnte deutsch-freundliche Strömung hat nicht gesiegt. Die britische Regierung ist überzeugt, daß die Inspannung des wirtschaftlichen und politischen Gegensatzes zwischen England und Deutschland unvermeidlich ist und daß dieser Gegensatz sich früher oder später in einen Seerriegel auflösen wird. Kein Wunder, daß z. B. Hans Delbrücks Artikel (in der laufenden Nummer der „Preussischen Jahrbücher“) für ein anglo-deutsches Zusammengehen nicht den geringsten Eindruck auf englische Publika gemacht hat, während die freundlichen Worte des französischen Gesandten M. Cambon anlässlich der vor wenigen Tagen hier abgehaltenen Konferenz der britischen Handelskammern überall mit großer Genugthuung verzeichnet wurden.

Das Ergebnis der politischen Diskussionen des Jahres 1902 lautete also: Der Gegensatz zu Rußland ist ein kontinentaler und der zu Deutschland ein maritimer.

Auf diesem politischen Ergebnis beruhen die strategischen Diskussionen, die zu Anfang dieses Jahres begannen haben. Es handelt sich hier besonders um die zweitmäßigste Placierung der Armee und Flotte. Wie oben mitgeteilt, stimmte die Regierung in allen wesentlichen Punkten ihren Kritikern bei. Die reguläre Armee wird nach und nach an der imperialen Verteidigungslinie — der schrägen Linie von Südafrika bis Japan — konzentriert und die Verteidigung des Vereinigten Königreichs den freiwilligen militärischen Organisationen überlassen werden. Dem anlässlich des Einbringens des Armeeveranschlags (rund 30 Millionen Pfund Sterling) für das Finanzjahr 1903/4 stellten gestern Balfour und Brodrick weitere Reformen in Aussicht. Das bis jetzt bestehende Verteidigungskomitee soll reorganisiert und tatsächlich in einen Generalstab verwandelt werden. Das Komitee wird die Aufgabe haben, über die strategischen Bedürfnisse der Armee und Flotte zu wachen und wird in enger Verbindung mit dem Kabinett stehen. Dann soll eine Kommission eingesetzt werden zur Untersuchung und Organisation der Miliz- und Freiwilligen-Regimenter.

Nicht minder wichtig ist die vom Premierminister vorgelegte abgegebene Erklärung, daß ein Kriegshafen in der Nordsee angelegt werden wird. Diefelben Kritiker, die Brodricks Armeereform angriffen, waren vor etwa drei Wochen in London versammelt, um die Regierung aufzufordern, ein Nordsee-Geschwader zu schaffen. Unter den Versammelten befanden sich die hervorragenden Parlamentarier Englands. Alle wiesen sie auf die ungeheueren Flottenrüstungen Deutschlands hin und meinten, daß die Nordsee — das Thor Deutschlands — sorgfältig bewacht werden müsse. Auch der philosophische Romancier Englands, der 74jährige Georg Meredith, fandte den Versammelten ein Zustimmungsschreiben. Die Redner, ohne Zweifel die gebildetsten Männer Britanniens, sprachen ruhig und ernst, kein einziges ihrer Worte war geeignet, die deutschen Gefühle zu verletzen, aber sie sahen in den deutschen Flottenrüstungen eine schwere Drohung gegen die britische Seemacht. Ja, man hatte vorher das Gerücht zirkulieren lassen, die deutsche Regierung hätte es England verboten, ein Nordsee-Geschwader zu schaffen. England hatte bis jetzt drei große Kriegshäfen: Devonport bei Plymouth, Portsmouth bei Southampton, Chatham bei London. Nun soll ein vierter angelegt werden im schottischen Meerbusen bei Leith-Edinburgh (Birth of Forth), also in der Nordsee.

So rüstet England nach zwei Fronten: zu Lande in Asien gegen Rußland, zu Wasser gegen Deutschland. Allerdings sind dies Rüstungen zur Aufrechterhaltung des status quo, zur Verteidigung des gegenwärtigen Besitzstandes.

Frankreich.

Budgetvotum und Socialisten.

Paris, 8. März. (Fig. Ver.) In der Gesamtabstimmung über das Budget haben die beiden socialistischen Kammerfraktionen eine verschiedene Haltung eingenommen.

Die revolutionär-socialistische Fraktion hat, wie immer, geschlossen gegen das Budget votiert. Ihr Vertreter, Jacques Dufour, begründete in ihrem Namen das ablehnende Votum wie folgt: „Im Laufe der Budgetdebatte haben wir gegen alle Schritte gestimmt, die durch ihren militaristischen, imperialistischen oder polizeilichen Charakter im Widerspruch zu unserer socialistischen Politik stehen. Wie wir es stets gethan haben, werden wir auch heute gegen das Gesamtbudget stimmen, welches nichts anderes ist als die gouvernementale und finanzielle Rechnung der bestehenden kapitalistischen Ordnung.“

Gingegen haben es die ministeriellen Socialisten zu keiner einheitlichen Abstimmungsweise nach irgend einer Richtung bringen können. Sie haben auf dreifache Weise gestimmt beziehungsweise nicht gestimmt: für, wider und weder für noch wider. Nach der neuesten erstmaligen parteiamtlichen Feststellung zählt diese Fraktion 31 Mitglieder. Davon haben nun 7 für das Budget gestimmt, darunter Millerand und Gérault-Richard, Chefredakteur der „Petite République“, 4 gegen, während 20 sich der Abstimmung enthalten haben, darunter Jaurès und Pressensé.

Endlich haben von den vier socialistischen Abgeordneten, die keiner der zwei Fraktionen angehören, drei gegen das Budget gestimmt. Der vierte war abwesend. Diese vier stimmen übrigens in der Regel mit der revolutionär-socialistischen Fraktion.

China.

Ein Gefecht mit Bogern. Aus Peking wird gemeldet: Juan-Ashi-Kai, der Gouverneur von Peking hat auf die Nachricht hin, daß von den Bogern im östlichen Teile der Provinz ein neuer Aufstand organisiert werde, Truppen dorthin entsandt. Die Bogern hatten bei Nacht geübt und waren bereits gut organisiert. Sie wurden von den kaiserlichen Truppen angegriffen und verloren 18 Mann; auch die Regierungstruppen hatten Verluste. Juan-Ashi-Kai gab Befehl, die Gefangenen zu enthaupten und ihre Köpfe anzustellen; er erließ ferner einen Aufruf, in welchem alle diejenigen, die sich an der Organisation des Aufstandes beteiligten, mit dem Tode bedroht werden.

Amerika.

Die Streikbewegung unter den amerikanischen Arbeitern, namentlich in der Eisen- und Schiffsbau-Industrie, greift nach einer New Yorker Meldung der „Morning Post“ weiter um sich. Die Streikarbeiter auf 43 Schiffswerften haben die Arbeit niedergelegt; die Werksbesitzer lassen keine Neigung zur Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Arbeiter erkennen.

Parlamentarisches.

Die Krankenversicherungs-Novelle in der Kommission.

Zu § 10 schlägt die Regierungsvorlage vor, die Gemeinde-Krankenversicherung zu ermächtigen, die Beiträge bis zu drei (statt bisher zwei) Prozent des ordentlichen Tagelohnes zu erhöhen. Gegen diesen Vorschlag wendeten sich die Abgg. Mollenhuth, Stadthagen, Köstke und Lenzmann. Im wesentlichen wurden folgende Gründe geltend gemacht: Die Gemeinde-Krankenversicherung sei lediglich als ein subsidiärer Nothbehelf gedacht und sei auch ein solcher. Es haben bei dieser die Arbeiter keinerlei Bestimmungsrecht. Die Verstaatlichung der Gemeinde-Krankenversicherung sei dringend erwünscht. Ganz und gar zu verwerfen sei es, daß dieser teuersten Verwaltung einer Krankenversicherung nicht irgend ein Wählerinnen-Ausschuß, geschweige denn der in der Vorlage für andere Klassen auf sechs Wochen erhöhte, auferlegt sein. Ebenso fehle ja eine Sterbegeldverpflichtung. Würde man aber auch diese beiden Mängel in der zweiten Lesung beistimmen, so sei doch ohne jegliche Beitragserhöhung auszukommen, die vorgeschlagene um 50 Prozent sei bei weitem zu hoch gegriffen. Schon jetzt gewähren ja die meisten gut organisierten Klassen die in der Vorlage verlangten Mehrleistungen und darüber hinaus, freilich sei das bei den Gemeinde-Krankenversicherungen nicht der Fall. Bei dieser rüchthändigen Art der Verwaltung und Versicherung liege gar kein Grund zu einer Beitragserhöhung vor. Nämlich solche Versicherung nicht aus, so habe ja die Gemeinde einzutreten. Auch sei die Gemeinde berechtigt, Orts-Krankenkassen zu errichten. Seien erhöhte Beiträge wegen Erhöhung der Leistungen erforderlich, so ließen sich andre Wege beschreiben. Wenn man centralisiere, die Centralisierung in größerem Umfang ermöglichte oder erzwinge, so könne ohne Beitragserhöhung weit mehr als die Vorlage verlangt geleistet werden. Dies wird an einer Reihe Orts-Krankenkassen-Staaten nachgewiesen. Meistens sei zu erwarten, ob eventuell ein Reichszusatz, ähnlich wie bei der Invaliditätsversicherung einzutreten habe. Wenn die Gemeinde-Krankenversicherung leider zum Beispiel in Bayern fast allein bestehe, so liege kein Grund vor, diesen Mangel nach zu kräftigen. Stelle man sich aber auf den Standpunkt, eine Beitragserhöhung sei erforderlich, so liege für die Erhöhung um 50 Prozent kein Grund vor. Die Ausdehnung der Versicherung auf 26 Wochen würde nach der reichlichen Bemessung auf Seite 23 der Begründung etwa 11 Proz. Die Ausdehnung auf Geschäftsleute fast nichts ausmachen, sicherlich nicht mehr als etwa 4 Proz. Hinzu trete, daß ja durch die neue Vorlesung gerade die Armenlast der Gemeinde verringert werde. Dem Arbeiter 50 Proz. Last aufzulegen, um ihm beizubehalten 15 Proz. zu bewilligen, ohne ihm irgend ein Recht auf die Verwaltung zuzugestehen, sei eine schwere Belastung der Arbeiter. Wollte man den Weg einer Erhöhung beschreiben, so möge man schlußendlich diese dem Arbeitgeber allein aufbürden, der ja Einfluß auf die Gemeinde habe. Staatssekretär v. Posadowski gab zu, daß die Gemeinde-Krankenversicherung als Nothbehelf gedacht gewesen sei. Man möge aber alle Organisationsfragen auf eine spätere Zeit verschieben. Zweifelhaft sei, ob auf die Dauer mit den vorhandenen Organen der Selbstverwaltung die Aufgaben einer wachsenden Socialpolitik zu erreichen sei oder ob auf vorhandene staatliche und kommunale Organe oder auf Organe der Art, wie die Rentenstellen sind, ein Teil der Aufgaben abzuwälzen sei. Bei der Novelle sei es im Interesse eines Zustandekommens erforderlich, an der bestehenden Organisation nichts zu ändern. Für Orts-Krankenkassen sei vielfach das erforderliche Material nicht vorhanden. Schon deshalb müßte die Gemeinde-Krankenversicherung zur Zeit bestehen bleiben. Der württembergische Präsident von Schäfer meint, daß bei einer Ausdehnung der Versicherung auf ländliche Arbeiter die Orts-Krankenkassen nicht die geeigneten Träger der Versicherung sein würden. Andre Regierungsdirektoren weisen darauf hin, daß die der Gemeinde-Krankenversicherung auferlegten Beiträge etwa 20 Proz. ausmachen, die Erhöhung der Beiträge solle auch dazu dienen, die ärztlichen Leistungen angesehener honorieren zu können. Gemeiner Reg.-Rat Hoffmann legt dar: Von den 1740 Gemeinde-Krankenversicherungen, die Breußen in den Jahren 1885 bis 1890 hatte, haben 1053 Vorläufe im Betrage von 3.256.000 M. von den Gemeinden erhalten, von diesen Zuschüssen seien erst 693.000 M. zurückerstattet. Abg. Hofmann-Dillenburger glaubt, gerade eine Erhöhung der Beiträge würde wohl dazu führen, daß Gemeinden mehr Orts-Krankenkassen errichten. Abg. Schäfer will das Festhalten an der Gemeinde-Krankenversicherung damit entschuldigen, daß Bayern früher in Beziehung auf die Krankenpflege voraus gewesen, die ländlichen Arbeiter und das Besinde einbezogen habe und daß Träger der Versicherung dort historisch die Gemeinden seien. Abg. Nitzsche (L.) möchte die Organisationsfrage bei dieser Novelle nicht aufheben. Der Ansicht des Präsidenten v. Schäfer, daß Orts-Krankenkassen keine geeigneten Träger einer ländlichen Versicherung seien, widerspricht er aus eigener Erfahrung. Dasselbe thut Abg. Mollenhuth und geißelt die Behauptung, daß in Bayern — z. B. in Nürnberg — eine geeignete Verwaltung für Orts-Krankenkassen sich nicht finden lasse. Habe Bayern, was dahin gestellt bleiben könne, früher an der Spitze der Krankenfürsorge gestanden, so sei das doch kein Grund, nun rüchthändig zu sein. Der Abg. Gamp (H.) erklärt seine Neigung, auf den von Freund gemachten Organisationsvorschlag einzugehen, spricht von Hineinziehen weittragender, von der Novelle abwärts liegender Dinge in dieselbe und beruft sich auf die „Freisinnige Zeitung“ dafür, daß socialdemokratisch geleitete Orts-Krankenkassen die Beste am schlechtesten bezahlten. Abg. Albrecht weist diese Behauptung als falsch zurück; sei doch selbst auf dem Verze-Kongreß von einem Redner zugegeben, daß gerade die socialdemokratischen Verwaltungen am meisten sich von dem eng kapitalistischen Standpunkt losgelöst und die Verze-honorare erheblich verbessert hätten. Nachdem noch darauf hingewiesen ist, daß es ungerecht sei, den Arbeitern 50 Proz. Erhöhung auch deshalb aufzulegen, weil die Gemeinde-Krankenversicherungen Defizit von über 2 1/2 Millionen haben, die vielleicht durch die Abneigung, Orts-Krankenkassen zu errichten, und durch schlechte Verwaltung erwachsen seien, bringt der Abg. Lenzmann (fr. W.) den Vermittlungsvorschlag ein, die Erhöhung statt bis auf 3 Prozent bis auf 2 1/2 Prozent des ordentlichen Tagelohnes zu ermöglichen. Dieser Antrag wird gegen 6 Stimmen (3 Socialdemokraten, Köstke, Lenzmann, Raab (Antifem.) abgelehnt und gegen dieselben Stimmen die Regierungsvorlage (Erhöhung auf 3 Proz.) angenommen.

Bei § 20 (Ausdehnung der obligatorischen Wählerinnen-unterstützung auf 6 Wochen) regte der Abg. Stadthagen an, nachdem nun im Prinzip beschlossen sei, eine die Mehrleistungen der Novelle weit überschneidende Erhöhung der Beiträge zu gestalten, sei es notwendig, die Wählerinnenunterstützung ausdehnender zu gestalten. Dringend erforderlich sei, daß die Hebammenbeihilfe erhöht werde. Heute werde vielfach der ärztliche Hebammendienst, nicht aber die von einer Hebamme geleistete gleichartige Leistung als ärztliche, von der Kasse zu tragende Leistung erachtet. Erforderlich sei ferner, die erheblichen Schwangerchaftsbeschwerden einer Krankheit gleichzustellen, und nicht erst zu warten, bis aus der Beschwerde sich eine Krankheit (Krampfadern, Magenkrankheit, nervöse Krankheiten usw.) entwickelt habe. Endlich seien sechs Wochen ungenügend. Die Frist sei auf zwölf Wochen zu erstrecken, von denen die Hälfte in die Zeit vor der Entbindung zu

fallen habe. Anträge nach dieser Richtung hin wurden einstimmig abgelehnt. Dann trat wegen Beginn der Plenarsitzung die Verhandlung auf Freitag ein.

In der Justizkommission des Abgeordnetenhauses wurden zwei Petitionen betreffend die Behandlung verhafteter Journalisten und Schriftsteller beraten. Die erste Petition wandte sich gegen die Festsetzung unter Bezugnahme auf den bekannten Fall Hoffmann. Die Kommission erachtete den Gegenstand der Petition durch die gemeinschaftliche Verordnung der Minister der Justiz und des Innern vom 4. November 1902 für erledigt und beschloß Uebergang zur Tagesordnung. Die zweite Petition bemängelte die Vorschriften bezüglich der wegen Freivergehen verurteilten Personen nicht nur hinsichtlich der Festsetzung, sondern auch der Kleidung, der Befestigung, der Bewegung im Freien. Mit Rücksicht, daß die Sache richtigerweise durch die Reichs-Gesetzgebung zu regeln und vom Reichs-Justizamt bereits die Einberufung einer Kommission zur Vorbereitung eines Strafvollzuges in Aussicht genommen ist, beschloß die Kommission motivierte Tagesordnung.

Millerands Glaubensbekenntnis.

Gegen den ehemaligen französischen Handelsminister Millerand häufen sich aus dem Kreise seiner früheren Gefinnungsgenossen die Anklagen, und zwar sind es nicht nur die antimilitaristischen Socialisten, sondern auch größere Gruppen der jauchendstischen Partei, die der ewigen Nachsicht gegen die eigenartigen Seitenhänge des gewesenen Ministers und zukünftigen Minister-antwärters müde sind und Abrechnung fordern. Wie schon der Bericht meines Pariser Korrespondenten in Nr. 54 des „Vorwärts“ erwähnte, hat die jauchendstische Honne-Föderation den Antrag gestellt, der zu den Oftertagen nach Bordeaux einberufene Kongreß der französisch-socialistischen Partei möge Herrn Millerand aus der Partei ausschließen, während fünf andre Föderationen ein die politische Haltung Millerands rügendes Tadelvotum fordern. Besonders hat zu diesen Angriffen Millerands Stellungnahme zur sogenannten Aulusfrage den Anstoß gegeben. Aus „Rücksicht auf seine ministerielle Vergangenheit“ hielt er sich nicht für verpflichtet, für das Kultusbudget des Kabinetts Combes einzutreten, obgleich dessen Forderungen bei sämtlichen socialistischen Fraktionen sowie bei fast allen socialistischen Radikalen (selbst der Marineminister Pelletan enthielt sich der Abstimmung) Widerstand fanden, sondern der Handelsminister a. D. stimmte auch für die Unterhaltung einer französisch-italienischen Postfach beim Vatikan, sowie für die Unterstüfung der von den Mönchsorden in Ost- und Kleinasien unterhaltenen Missionsstationen und Missions-schulen. Und anßer dieser für einen „Socialisten“ recht befremdenden Haltung zeigte Herr Millerand eine derartige Besorgnis um die Erhaltung der Disziplin in der Armee, daß er die Verfolgung der Arbeitsbüren wegen der Herabgabe eines „Handbuchs“ guthieß, worin den Soldaten empfohlen wird, wenn sie zur Parade oder zum Schießen auf freistehende Arbeiter kommandiert werden, ihren Offizieren den Gehorsam zu verjagen.

Daß schon der Kongreß zu Bordeaux Herrn Millerand aus der jauchendstischen Partei ausschließt, ist kaum zu erhoffen; bis dieser Schritt erfolgt, wird sich Herr Millerand wohl noch manche Thaten von gleicher Güte wie die obigen leisten dürfen. Um so anerkannterwerter ist es, daß Millerand, nachdem er sich bisher bei der Darlegung seines politischen Standpunktes meist in vieldeutigen diplomatischen Redewendungen gefaßt hat, jetzt endlich selbst in der Vorrede zu einer eben erschienenen Sammlung seiner Reden bewogen fähigt, den Säleier etwas zu lästern, der bisher seine Auffassung vom modernen Socialismus profanen Wäden vermag — allerdings eine ganze Entschleierung hält auch diesmal Herr Millerand noch nicht für angebracht; es ist mir vielleicht ein Drittel seines socialistischen Ideals, das er sehen läßt, doch genügt dieses Drittel, um zu erkennen, daß Herr A. Millerand etwa in gleichem Sinne Socialist ist — wie Herr Professor Franke von der „Socialen Praxis“.

In diesem Glaubensbekenntnis Millerands heißt es:

„Der Socialismus hat in socialer Hinsicht die Abschaffung der Klassen zum Ziel, wie in politischer Hinsicht die französische Revolution die Abschaffung der Stände zum Zweck gehabt hat. Er will, daß sich der Lohnempfänger zur Würde des Socius erhebe. Er will, daß in der neuen Menschheit das individuelle Eigentum nicht etwa beseitigt — was ganz unverständlich wäre — sondern umgewandelt und so erweitert werde, daß es für jeden Menschen den natürlichen und notwendigen Zusammenhang mit den Gegenständen bildet und das unumgängliche Lebens- und Entwicklungswerkzeug darstellt.“

Socialisten in allen Ländern haben der natürlichen Verbindung nicht widerstehen können, der Zeit vorauszuwählen und den Zukunftstaat für und fertig herzustellen. Diese Utopien sind so lange ungeschicklich, sogar nützlich, als man nicht versteht, daß es sich um Phantasiegebilde handelt, deren unbestimmte Evidenz die Wirklichkeit jeden Tag ändert. Sie würden aber gefährlich und selbst verhängnisvoll werden, wenn man in ihnen die Aktion und den leitenden Gedanken des Socialismus erschaltete. . . . Hüten wir uns, in den Bann der Formeln zu geraten, die notwendigen mit dem Fortschritt der Menschheit beständig wechseln. . . .

Erziehung! In diesem Wort ruht die gesamte Zukunft der Menschheit. Gewiß ist es völlige Wahrheit, daß die Vertretung der Arbeiter das Best der Arbeiter selbst sein wird; aber wir müssen ihn zu dieser Aufgabe erst heranziehen. Auf welche Weise? Ist diese Frage nicht eine grausame Ironie unter einem socialen Regime, bei dem alle Kräfte des Arbeiters täglich im Dienst des Lohnherrn aufgebraucht werden, so daß ihm gerade nur soviel Zeit bleibt, den von der Anstrengung des abgelaufenen Tages erschöpften Organismus für die Anstrengung des folgenden in Stand zu setzen? . . .

Rationales Interesse und Solidarität der Klassen: das sind Fragen, um die ein Socialist sich kümmern muß, ohne dabei sein Ideal zu verraten, dem er zu dienen begehrt; der Herbeiführung einer Humanität, die frei ist von Klassenkämpfen und Kriegen. Ich habe dargelegt, wie hoch das socialistische Ideal ist und wie es sich nicht in die engen Grenzen zwingen läßt, die Zeit und Umstände diesem oder jenem Volk auferdrücken haben. Es verbreitet sich von Person zu Person und es ist eine gute Art, an seiner Verallgemeinerung zu arbeiten, indem man sich bemüht, zuerst seine Mitbürger dafür zu gewinnen. . . .

Die socialistische Demokratie in Frankreich hat das Recht, mehr noch, sie hat die gebieterische Pflicht, ihre Methode den Verhältnissen des politischen Regimes anzupassen, in dem sie sich bewegt. Sie würde ihre Aufgabe verraten, wollte sie sich hinter einen oder revolutionären Wortschwallüchten, um sich den Verantwortung und Lasten zu entziehen, die die reformatorische Methode und das Verfolgen naheliegender Ziele mit sich bringen. . . . Welches Recht hätte die französische Socialistenpartei, sich auf das republikanische Regime zu berufen, wenn sie dieses unvergleichliche Instrument, Reformen zu erlangen, nicht benutzte, wenn sie sich abseits vom dem Leben der republikanischen Partei hält und sich isoliert, indem sie sich auf die fruchtlose Rolle der systematischen Kritik beschränkt? . . .

Sie (die socialistische Partei) darf sich nicht als uninteressiert betrachten an einer guten Finanzlage, der ersten Bedingung aller

socialen Reformen, noch an der Erhaltung und Förderung der nationalen Produktion. Die öffentlichen Arbeiten, die zur Entfaltung der Industrie bestimmten Maßnahmen, der Handel, die Landwirtschaft, die zweckmäßige Bewirtschaftung und Wertehöhung unserer Kolonialländer: das sind Fragen, die ihre Prüfung erfordern, ihre Aufmerksamkeit beanspruchen. Sie (die sozialistische Partei) muß die Aufmerksamkeit, eifrige Dienerei der nationalen Größe und Prosperität sein!

Ihr Patriotismus (sener der sozialistischen Partei), der uns aufrichtiger ist, als ihr jegliche politisch-diplomatische Deklamationen verhaft sind, hat nichts von ihrer glühenden Friedens- und Menschheitsliebe zu befürchten. Bis zu der noch ganz unbekanntem Epoche, in der die Regierungen dahin übereingekommen sind, werden die schwere Last der Militärausgaben zusammen abzuschütten, wäre eine Einzelabstraktion mehr als eine Tollheit; sie wäre ein Verbrechen gegen das Ideal selbst, als dessen ersten Soldaten die Sozialisten Frankreich feiern. Mit ihren Vermählungen, unsre Diplomatie auf den Bahnen des Friedens zu erhalten, aus den bereits geschlossenen Abmachungen alle jene Verständigungs- und Einigungs-Ergebnisse zu entwickeln, die sie enthalten, und neue Verträge durchzusetzen, die die Bande der Freundschaft und der Solidarität unter den Nationen noch enger schürzen, verbinden sie die Wachsamkeit gegen jeden bedrohenden Angriff, die Unabhängigkeit des Landes, die mit der Gewalt der Waffen und der Sicherheit der Bündnisse aufrechterhalten werden muß.

Ich kenne jenes Argument, daß der Sozialismus sich revolutionär nennen kann, ja daß er sich so nennen muß, da ihrer Wirkung nach die Abschaffung des Lohnsystems die tiefste und gründlichste aller Revolutionen sein werde. Wörter erregen in mir keine Furcht, aber ich habe Zweideutigkeiten. Und welche lästiger Zweideutigkeit giebt es, als daß eine Partei sich mit einem Titel maskiert, der in formellem Widerspruch zu ihrem Geist und ihrer Methode steht. Da wir die Gewaltthätigkeit für ebenso verdammenwert als überflüssig halten, da uns gesetzliche Reformen gleichzeitig als unmittelbares Ziel und als einzig praktisches Vorgehen erscheinen, um uns dem noch weit entferntem Ideale zu nähern, so müssen wir auch den Mut haben, uns mit unserem wahren Namen „Reformisten“ zu nennen, da wir ja doch nichts anderes sind. Machen wir ein Ende damit, acceptieren wir, indem wir uns für die „reformistische Methode“ erklären, ihre Bedingungen und Konsequenzen.“

Obgleich Millerand sich gegen „Zweideutigkeiten“ erklärt, ist gleich der erste Satz so gefaßt, daß er alle möglichen Deutungen zuläßt. Das individuelle Eigentum soll nicht beseitigt, sondern erweitert werden. Wie, in welcher Weise? Soll auch der individuelle Besitz an Fabrikanlagen, an Grund und Boden, an Bergwerken, Eisenbahnen etc. nicht verstaatlicht bzw. vergesellschaftet werden? Fast scheint es so; denn Herr Millerand warnt, die Staatsutopien, die von Sozialisten erdichtet sind, als etwas anderes denn als Phantasiegebilde anzusehen, vor deren „Formeln“ man sich hüten müsse.

Etwas deutlicher wird Herr Millerand schon, wenn er zu dem Mittel kommt, das zu seinem sozialistischen Ideal führt. Dies Mittel heißt „Erziehung“! Erziehung vor allem der Arbeiter! Und wozu soll der Arbeiter erzogen werden? Dazu, daß er „nationales Interesse“ empfindet und die „Solidarität der Klassen“ anerkennt, daß er „nationale Politik“ treibt. Die sozialistischen Arbeiter müssen sich in den Dienst der „nationalen Größe“ und des „nationalen Wohlstandes“ stellen; sie müssen sich angelegen sein lassen, den Nationalreichtum zu mehren und zu diesem Zweck die Mittel zur Förderung der Industrie, des Handels, der Kolonialherrschaft bewilligen.

Dazu aber ist erforderlich, daß die sozialistische Demokratie sich „den Verhältnissen des politischen Regimes anpaßt“ in dem sie sich bewegt, daß sie auf den „öden revolutionären Wortschwall“ und auf „die fruchtlose Rolle der systematischen Kritik“ verzichtet, daß sie sich nicht isoliert. Ferner muß auch der Kampf gegen den Militarismus aufhören; denn „bis zu der noch ganz unbekanntem Epoche, in der die Regierungen dahin übereingekommen sind, werden die schwere Last der Militärausgaben gemeinsam abzuschütten, wäre jede Einzelabstraktion mehr als eine Tollheit.“ — im Gegenteil gilt es die bereits abgeschlossenen Bündnisse (gemeint ist jedenfalls das Bündnis mit Russland) aufrecht zu erhalten und neue Verträge hinzuzufügen. Und schließlich muß, da nur gesetzliche Reformen als „einzig praktisch“ gelten können, das häßliche Wort „revolutionärer Sozialist“ fallen; man nenne sich einfach „Reformist“, das ist ein viel schönerer Name, der die empfindsame Bourgeoisie nicht schreckt.

Wohin Millerand gelangt ist, zeigt deutlich, daß selbst Jaures es für nötig gehalten hat, ihm offen in einem Leitartikel der Petite République entgegenzutreten. Natürlich hat Jaures manches Lob für Millerands gemäßigten und klugen „evolutionistischen Sozialismus“, doch merkt man seinem Artikel überall an, wie unangenehm ihm Millerands Bekenntnisse sind. So erwidert er z. B. auf Millerands Aeußerung über die Erhaltung des individuellen Eigentums: „Das Kapital in seiner Gesamtheit hat an dem Tag sein historisches Recht verloren, wo es aufhört, zur Leitung der Arbeit und zur Organisation der Produktion nötig zu sein. Wenn die Nation genügend vereinheitlicht ist, um alles kapitalistische Eigentum einzufordern, wenn das Proletariat genügend organisiert und vorbereitet ist, um selbst das vergesellschaftete Eigentum verwalten zu können, dann hat das Recht des Kapitalismus ein Ende; das souveräne ausschließliche Recht der Arbeit beginnt. Und dieser Kampf des neuen Rechtes gegen die Ueberbleibsel des alten Rechtes, dieser Kampf ist es, der die revolutionäre Grundlage des Sozialismus bildet.“

Und zu Millerands Plaidoyer für das Wort „Reformist“ meint Jaures: „Millerand hat von diesem Gesichtspunkt aus (gegenüber der Spielerei, die mit dem Wort „revolutionär“ getrieben wird) recht zu erklären, daß man sich vom Revolutionsgeräusch frei machen muß. Aber, wenn es auch gefährlich ist, von diesem Wort ein großes Getöse zu machen, so glaube ich doch nicht, daß es möglich ist, die große revolutionäre Bedeutung des Sozialismus zu verkennen. . . Es ist möglich, daß der Regimentsantritt des Proletariats sich eines Tages auf außerordentlichem Wege vollzieht; keiner von uns hält das Geheimnis der sozialen Welt in seiner Hand. Aber diese vage Möglichkeit sowie selbst die Thatsache, daß die Bewegung der organisierten Demokratie sich stetig verengert, reichen nicht zur Rechtfertigung des Wortes „revolutionär“ aus; der Sozialismus ist und bleibt in einem viel tieferen Sinn revolutionär. Dadurch, daß er das Recht der gegenwärtigen Gesellschaft nicht anerkennt. Die heutige Gesellschaft, die auf der Trennung der Klassen, der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital beruht, sie ist in unseren Augen die Verneinung des Rechtes.“

Partei-Nachrichten.

Im sozialdemokratischen Verein Nürnberg stellte ein Genosse den Antrag, den vor einem Jahre gegen Schern, Eisinger, Hermann

und Speherer ausgesprochenen Anschluß wieder rückgängig zu machen, da die Betroffenen für ihr Vergehen genügend gebüßt hätten. Ueber diesen Antrag entspann sich eine längere Debatte. Es wurde gesagt, daß die Ausscheidenden einzusetzen hätten, Unrecht gethan zu haben und selber um Amnestie nachsuchen müßten. Von anderer Seite wurde verlangt, daß über jeden der Ausscheidenden einzeln abzustimmen sei, da hinsichtlich der Personen Ausnahmen gemacht werden müßten. Zuletzt wurde beschlossen, in dieser Sache keine Entscheidung zu treffen, da die schlicht besetzte Versammlung sich nicht für kompetent hielt, dieser Beschluß, der von einer aus 1500 Personen bestehenden Versammlung gefaßt wurde, wieder anzustößen. Die Sache soll erst nach den Reichstagswahlen wieder auf die Tagesordnung einer Parteiverammlung gesetzt werden.

Der Verein hatte im Jahre 1902 eine Einnahme von 12 451,47 M. und eine Ausgabe von 12 769 M.

Partei-Prese. Das „Volkblatt für Kassel“ hat ebenso wie viele andre Parteiblätter im vergangenen Jahre einen erheblichen Fortschritt gemacht. Während es im Jahre 1901 einen Zuschuß von 3800 M. brauchte, ist es im Jahre 1902, wie auf dem Sonntag abgehaltenen Provinzial-Parteitage mitgeteilt wurde, mit 500 M. Zuschuß ausgestattet, und es bezieht nach dem gegenwärtigen Zustande die begründete Hoffnung, daß es demnächst ganz ohne Zuschuß auskommen werde. Wenn sich die in die Bilanz eingestellten Aufwände auch nur zum Teil vermindern, kann schon jetzt mit einem kleinen Ueberfluß gerechnet werden.

Der Stadgemeinderat in Eiferberg (Sachsen), dem es von der Aufsichtsbehörde unterlag worden war, die Stelle des Bürgermeisters im „Sächsischen Volksblatt“ zu inserieren, hat beschlossen, gegen die Anordnung der Aufsichtsbehörde Verwahrung einzulegen.

Kotzsch herrscht auch in der freien Republik Lübeck. Die schon im vorigen Jahre, so wurde auch diesmal wieder die Einführung von roten Fahnen in dem geplanten Paradeszuge verboten. Früher durften rote Fahnen mitgeführt werden und der Staat ist daran nicht zu Grunde gegangen.

Ein Polizeimeister als Referent bei den Sozialdemokraten. Der Polizeimeister Smit in Kolberg (Pommern) hielt dort kürzlich in der Ortsabteilung der Sozialdemokratischen Partei einen Vortrag über die Reform der Rechtspflege in Dänemark, wobei er sehr freisinnige Ansichten äußerte. Im allgemeinen betrautete der Polizeimeister die von der Regierung vorgeschlagene Gerichtsreform als einen bedeutenden Fortschritt, hielt jedoch daneben eine gründliche Revision des Strafsystems für notwendig und hob namentlich hervor, daß Vergehen gegen das Eigentum, die ja oft aus Not begangen würden, mit zu harten Strafen belegt seien. — Der Vortrag fand großen Beifall und führte zu einer regen Diskussion.

Aus Industrie und Handel.

Das Ende des Exner-Prozesses. Nach langen ermüdenden Verhandlungen, die sich mehr und mehr ausdehnten, ohne doch wesentlich Neues zu Tage zu fördern, hat gestern der Exner-Prozess in Leipzig mit einem Urteil geschlossen, das über Exner wegen Bilanzverschleierung und verübten Betruges eine Strafe von 2 1/2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 15 Monaten Untersuchungshaft und von 20 000 M. verhängt. Exner ist also mit einer weit geringeren Strafe weggekommen als im vorigen Jahre. Bekanntlich verurteilte ihn damals das Schwurgericht zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Die Ursache der milderen Strafzumessung ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Frage des betrügerischen Bankrotts diesmal verneint wurde. Die Kriterien dieses Vorgehens sind das Gericht im vorigen Jahre darin, daß die Verpflichtungen, welche die Leipziger Bank gegenüber der Trebergesellschaft eingegangen war, sich nicht genau aus den Büchern ergeben ließen. Zwar war das Treberobligo, das bis auf 85 Millionen Mark gestiegen war, gebucht, aber nicht ordnungsmäßig; es waren vielmehr, um die Summe weit niedriger erscheinen zu lassen, die verwickeltesten Schiebungen zwischen den verschiedenen, zum Teil extra zum Zwecke der Verunstaltung der Schuld eingerichteten Conten vorgenommen. Das Gericht fand in diesen sonderbaren Schiebungen den Beweis für das Vorhandensein betrügerischen Bankrotts. Dagegen verurteilte diesmal, obgleich erneut jene sonderbaren Buchungen festgestellt wurden, die Geschäftorenen darin keinen genügenden Beweis dafür zu erweisen, daß Exner mit den Schiebungen die Absicht verfolgt hätte, die Gläubiger der Leipziger Bank zu betrügen: eine Auffassung, zu der wesentlich beigetragen haben dürfte, daß der Konkursverwalter sowie verschiedene Sachverständige erklärten, abgesehen von den das Treberobligo betreffenden Buchungen seien die Bücher durchaus ordnungsmäßig, wenn auch gerade nicht überflüssig, geführt worden.

Eine Ungerechtigkeit liegt in dem jetzigen Urteil gegen den früheren zweiten Direktor der Leipziger Bank, Dr. Genyich. Er wurde bekanntlich, obgleich er weit weniger an den Transaktionen der Bank teilgenommen hatte, als Exner und seine Hauptschuld lediglich in der zu großen Schwäche und Nachgiebigkeit gegen Exners Maßnahmen bestand, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt; eine Strafe, die er, da er auf eine Revision verzichtet hat, bereits verbüßt, und die nur im sogenannten Gnadenwege ermäßigt werden kann. Es hat also der Hauptschuldige eine geringere Strafe erhalten als sein Mitschuldiger.

Zur Lage des Textilgewerbes. Im Laufe des Februar und in der ersten Märzwoche hat der Geschäftsgang im Textilgewerbe im allgemeinen ein kein wenig nachgelassen. Ganz besonders zeigt sich das im Baumwollgewerbe, wo die steigende Preisbewegung des Rohstoffes das gesamte Geschäft in Verwirrung brachte, da weder Spinner noch Weber auf die sprunghafte Steigerung des Baumwollpreises gefaßt waren. Infolge dieses Umstandes ist die Chemnitzer Strumpfwarenfabrikation fast in Mitleidenschaft gezogen. Die Fabrikanten und die Käufer der Waren können sich über die Preise nur schwer einigen, da einerseits die Fabrikanten genötigt sind mit höheren Rohstoffpreisen zu rechnen, andererseits aber die Käufer von der Ansicht ausgehen, daß schon in aller nächster Zeit wieder ein Rückschlag in der Preisbewegung eintreten müsse. In der Handschuh- und Trikotfabrikation ist noch immer genügend Beschäftigungsgelände; ebenso ist die Tüllfabrikation voll beschäftigt. Im Gera-Geizler Bezirk wirkt auf den Geschäftsgang die Lohnbewegung der Färbereiarbeiter etwas lähmend ein. Die Färbereiarbeiter haben Lohnforderungen eingereicht, wonach sie Mindestlöhne verlangen und zwar für Arbeiter von 15 Jahren an 17 M. pro Woche, für Arbeiterinnen von 15 Jahren an 12, für Arbeiter von 16—18 Jahren 12, für Arbeiterinnen von 16—18 Jahren 10 und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen 8 M. Für Ueberstunden werden 35 P. verlangt, außerdem soll die Lohnstunden-Arbeitszeit allgemein eingeführt werden. Recht bedauerlich sind die Beschäftigungsverhältnisse noch immer in Glauchau-Neerane, wo Spinnereien und Webereien durchschnittlich gut zu thun haben. Im Jork und Morfud ist der Geschäftsgang noch ebenso lebhaft wie im Januar. Dagegen läßt in den westlichen und süddeutschen Bezirken der Beschäftigungsgrad zu wünschen übrig.

Dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt. Im Gegensatz zu dem lebhafteren Verkehr auf dem Roheisen- und Halbzeugmarkt, zu dem allerdings die starke Ausfuhr wesentlich beiträgt, läßt die Lage des Walzisenmarktes noch immer viel zu wünschen übrig. Nach dem sachmännischen Situationsbericht der „Industrie“ hat sich bisher wenig geändert. „Die etwas bessere Beschäftigung allein“, heißt es in dem Bericht, „macht es auch nicht aus, wenn die Werke dabei noch immer Geld verlieren, und die schönfärbischen Berichte einiger Blätter werden von den nichtebenden reinen Walzwerken mit Stöpfschütteln und Rißschlagen aufgenommen. Zu einer Durcheinanderung hat man gewiß keine Ursache. Das Stabstangengeschäft läßt viel zu wünschen. Die großen Stahlwerke, welche zu den bekanntesten Stabstangenpreisen alles an sich gerissen haben, sind ja flott beschäftigt, aber die

reinen Walzwerke, welche den heißen Tanz nicht mitgemacht haben, klagen über Arbeitsmangel. In letzter Zeit ist es wieder stiller geworden. Was zu den „besseren“ Preisen von 105—107,50 M. einsteht, ist sehr wenig, die Händler halten den Markt nieder, der unter den Schlägen der sinnlosen Preisfahnderei bis weit ins Jahr hinein zu leiden haben wird. In Schwereitadeln ist wenig Bedarf, und zu dem Satze von 120 M. werden bis jetzt keine belangreichen Abschlüsse gemacht. Hier ist auch das Geschäft in zweiter Hand. Die Werke sind durchweg schwach beschäftigt. Ebenso haben auch die Vandeisen-Walzwerke nur vereinzelt genügend Arbeit; bei den meisten drängt sich dieselbe durchaus nicht. Der jetzige Verbandsatz von 117,50 bis 122,50 M. wird noch immer unterboten. Der sonst doch um diese Zeit einsetzende gesteigerte Frühjahrsbedarf in Stab- und Vandeisen ist bis jetzt kaum zu merken und es scheint fast, als ob dieses Jahr eine Ausnahme von der Regel machen würde.“

Zur Lohnbewegung der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter

wird berichtet, daß sich die Kollegen folgender Firmen im Auslande befinden: Kofe u. Sohn, Gr. Frankfurterstraße 18, R. u. K. Poller, Königsbergerstraße 26/27, Seifert u. Wolf, Fruchtstraße 30 und Kluge, Warschauerstraße 13. Die Unternehmer greifen nun zu dem Mittel, die Arbeit in andren Betrieben anfertigen zu lassen, was zur Folge hatte, daß eine Anzahl Arbeiter auch dort sich weigerten, Streikarbeit anzufertigen. Hierdurch wurden nun eine große Anzahl Tischlermeister und selbstverständlich die bei denselben beschäftigten Tischler in Mitleidenschaft gezogen. Wir machen nachstehend Betriebe bekannt, welche unsere Forderungen erfüllen:

Schulz, Velle-Alianenstr. 84, Meurer u. Stolzenburg, Hagelsbergstraße 52, Jäkel, Landberger Allee 37, Herms, Kulkamerstraße 33 und Erbad, Weidenweg 76.

Die Maschinenarbeit kam in diesen Betrieben angefertigt werden, wenn die Tischlermeister sich verpflichten, mindestens sechs Monate Kunde zu bleiben. Am Freitag findet Andreasstr. 21 eine Generalversammlung statt, in welcher weitere Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Polizei-Aktion gegen den Nixdorfer Verein den gewerblühenden Frauen ist am Dienstag bereits zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen geübt. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters beim Landgericht wurde unter der Beihilfe der Verlesung des § 8 des Vereinsgesetzes bei drei Vorstandmitgliedern gebausucht und dabei die Geschäftsbücher, Protokolle, Stempel, Karten, 11 M. Kasse und sonstige Papiere und Zettel mit Beschlag belegt. Man will also offenbar dem Staate wieder eine erhebliche „Netzung“ versehen. In der Vereins-Versammlung am Dienstag, in der Redakteur Begler einen Vortrag über Krankenversicherung hielt, teilte die Vorsitzende diese Ereignisse mit. Frau Jeege forderte die anwesenden Mitglieder auf, darum nicht den Mut zu verlieren, sondern nun erst recht für weitestehende Ausbreitung des Vereins zu wirken. Drei neue Mitglieder wurden in der Versammlung aufgenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus Holland.
Haag, 11. März. (W. Z. V.) Zweite Kammer. Die Besprechung der Interpellationen betreffend Ausstände von Eisenbahn-Angestellten wurde ohne bemerkenswerte Zwischenfälle zu Ende geführt. Ministerpräsident Kuyper erklärte nochmals, die Regierung werde gegebenenfalls alle Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung treffen. Die sozialistische Gruppe gab eine Erklärung ab, in welcher sie die Regierung für alle Folgen ihrer Weigerung, zu erklären, daß sie die Gesetzentwürfe betreffend Maßnahmen gegen Ausstände der Eisenbahn-Angestellten vorläufig zurückziehe, bis eine Enquete fertiggestellt habe, verantwortlich macht. Der Ministerpräsident erwiderte, so lange die Verträge der Bureau nicht erschienen seien, könne er nichts versprechen.

Frankreichs auswärtige Politik.
Paris, 11. März. Deputiertenkammer. Der Minister des Auswärtigen kommt auf die marokkanische Frage zu sprechen und sagt, die Regierung von Gibraltar müsse frei bleiben für alle Welt. Die Unabhängigkeit Marokkos sei eine Hauptbedingung für die Sicherheit der französischen Besitzungen in Nordafrika. Bezüglich Venezuelas erklärt Delcassé, er habe nur das Bestreben der Vereinigten Staaten, die verbotenen Räte zur Annahme eines Schiedspruders des Haager Schiedsgerichtshofes zu bewegen, unterstützt. Der Minister geht hierauf auf die Abdrückungsfrage über und erklärt, es sei nicht Frankreichs Sache, hierin eine Initiative zu ergreifen; jedenfalls werde er — Redner — sie nicht ergreifen. (Beifall.)

Delcassé fährt fort, er werde es mit Freude begrüßen, wenn der Einfluss des Haager Schiedsgerichtshofes sich weiter ausdehne, es gebe aber Interessen, die ein großes Volk nur sichern könne, wenn es sich auf ein starkes Heer stütze. (Beifall.) Man könne zwar aus Gründen der Menschlichkeit Anhänger einer gleichzeitigen Abrüstung des Staates sein, man dürfe aber nicht vergessen, daß Frankreich für die Franzosen der teuerste Teil der Erde sei. Er halte eine gleichzeitige Abrüstung nicht für möglich, so lange die Völker nur zu ihrer eignen Macht Vertrauen haben. Bezüglich Macedoniens führt Delcassé aus, Frankreich arbeite nicht erst seit gestern darauf hin, die Türkei zu Reformen zu bewegen. Der Minister fährt fort, Frankreich müsse seine seit langen Jahren befolgte Politik auch ferner fortsetzen, um das europäische Gleichgewicht zu sichern. Die Weisheit dieser Politik habe zu der Alliance mit Russland geführt. Delcassé erwähnt noch das Verhältnis Frankreichs zu Italien und sagt, zur großen Befriedigung beider Völker sei man zu einer Annäherung und Verständigung gelangt. Der Minister schließt Frankreich müsse bei seiner Politik, deren Grundlage die unerschütterlichen Interessen der Völker seien, beharren. (Beifall.)

Nach Schluß der Debatte wird eine von Beveillard eingebrachte und von Delcassé genehmigte Tagesordnung einstimmig angenommen, in welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt werden. Die Sitzung wird hierauf aufgehoben.

Das englische Kriegsbudget.
London, 11. März. Unterhaus. Die Beratung des (oppositionellen) Antrages, den Effektivebestand des Heeres herabzusetzen, wird fortgeführt, wobei Dille (lib.) das Armee-corps-System scharf kritisiert.

Kriegsminister Bredrick erklärt, wenn die Herabsetzung durchgeführt werde, würde England höchstens zwei und ein halbes Armee-corps statt drei Armee-corps ins Ausland entsenden können. Der Antrag stehe im stärksten Gegensatz zum Nationalbewußtsein. Der Wunsch nach einem starken Heer habe sich seit den Tagen Napoleons in England gezeigt. Die beantragte Herabsetzung würde Anordnung in der Arme hervorgerufen, England im Auslande lächerlich machen und die Verurteilung durch die Radikale zur Folge haben. (Beifall.) Grey (lib.) sagt, die Regierung scheine zu wünschen, daß 120 000 Mann in der Heimat schlafertig erhalten werden im Hinblick auf Unruhen an der indischen Grenze, sie sollte dafür lieber 40 000 Mann in Südafrika unter der Hand halten, wo sie Indien näher stehen würden. Das würde größere Ersparnisse zur Folge haben. Redner führt ferner aus, daß das englische Nachrichten-System nicht so erfolgreich sei, als das in Deutschland. Er habe neuerdings von einem Plane gehört, daß in Deutschland jeder Offizier der Nachrichtenabteilung das englische Land studieren müsse. Er glaube nicht, daß die Offiziere der englischen Nachrichtenabteilung soviel von Natal wüßten, wie die Deutschen von Norfrik.

Der Antrag auf Herabsetzung des Effektivebestandes der Armee wird sodann mit 245 gegen 154 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten auch 15 Ministerielle.

Reichstag.

281. Sitzung. Mittwoch, den 11. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Von Bundesratsseite: v. Götter.

Zunächst werden einige Rechnungssachen debattelos erledigt.

Darauf wird die zweite Beratung des Militär-Etats fortgesetzt mit Kapitel 38: „Technische Institute der Artillerie“.

Abg. Zubeil (Zoc.):

Herr Pauli hat es gestern beliebt, hier aufzutreten als Vertreter der Spandauer Arbeiterklasse. Als ich im vorigen Jahre von dieser Stelle aus die berechtigten Klagen und Wünsche der Spandauer Arbeiterklasse hier vorbrachte, da war es derselbe Herr Pauli, der sich hier gestern als „schlichter Mann aus der Werkstatt“ bezeichnete, der alle diese Klagen als unwahr nachzuweisen sich mühte und als der würdevollste Soldat der Heeresverwaltung auftrat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Jetzt freilich sollen die Spandauer Arbeiter von Herrn Pauli so begeistert sein, daß sie diesem „schlichten Mann aus der Werkstatt“ einen Haderlauf darbringen wollen. (Große Heiterkeit.) Herr Pauli hat die Freunde des Protectors auf äußerste unterst und hat herzlos und höhnisch von der Rot der Arbeiterklasse gesprochen.

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Sie dürfen nicht sagen, daß ein Kollege herzlos und höhnisch gesprochen habe!

Abg. Zubeil (fortfahrend):

Herr Pauli. Sie wissen selbst am besten, daß Ihre Stunde geschlagen hat. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Dafür werden gerade die Spandauer Arbeiter in erster Linie sorgen.

Von Zeit zu Zeit geht die Notiz durch die Kreise, daß die Militärverwaltung kein Interesse mehr habe am Fortbestand der Artilleriewerkstätten in Spandau, weil der Betrieb teurer sei als die Privatindustrie. Allerdings wird in keinem Institute der Welt so unrationell gearbeitet, wie in den Spandauer Werkstätten. Das liegt aber nicht, wie die Heeresverwaltung glauben machen möchte, an den hohen Arbeiterlöhnen. Im Gegenteil sind die Löhne der Arbeiter an den Spandauer Werkstätten niedriger als die Löhne in der Privatindustrie. Dort verhindert das militärische Dienstsystem jedes Einwirken der Arbeiter auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse. Der berühmte „schlichte Mann aus der Werkstatt“ hat dort nicht den geringsten Einfluß. In Spandau bestehen zum Teil noch Stücklöhne, die aus dem Jahre 1870 stammen. Es wurde im Einvernehmen mit der Arbeiterklasse für alle Arbeiterkategorien eine Revision der Lohnordnung vorgenommen und neue Accordlöhne sind eingeführt worden. Durch die Presse lief vor kurzen die Notiz, daß die Heeresverwaltung das überflüssige Aufsichtspersonal einschränken wolle. Das wäre in der That sehr vernünftig. Da könnte der Kriegsminister viel sparen. — Die neue Lohnordnung hält mit außerordentlicher Fähigkeit am Stücklohn fest. Dazu kommt das Prämienystem und der Druck auf die Arbeiter, das erste Stück einer neuen Arbeit möglichst rasch fertig zu stellen. Danach werden dann die Accordlöhne bestimmt. Millionen und Abermillionen werden den Monopol-Fabrikanten in den Schöpf geworfen, um Hunderttausende Truppen-Übungsläger von obigen Grundbesitzern zu teuer angekauft; wenn die Spandauer Arbeiter aber die Erhöhung des Stundenlohnes um einige Pfennige verlangen, dann wird ihnen gedroht, daß die Klabe ganz zugemacht würde. Die Arbeit in der neuen Hülfsfabrik ist außerordentlich gesundheitsgefährlich; trotzdem wird die Erhöhung des Stundenlohnes um zehn Pfennig ebenso abgelehnt wie die Erhöhung des Stundenlohnes um fünf Pfennig für die Nachtarbeit. — Die neue Lohnordnung bringt nur in zwei Fällen Lohnherabsetzungen, in acht Fällen aber Lohnabzüge. (Hört! hört!) Im Widerspruch zur Gewerbe-Ordnung wird zu viel gezahlter Lohn bei der nächsten Lohnzahlung abgezogen, ebenso Gehaltsstrafen und der Ersatz für Gegenstände, die die Arbeiter verloren oder beschädigt haben. Die Ohnuden der bürgerlichen Presse über die neue Lohnordnung sind jetzt längst verstummt. Die Einstellung von Arbeitern, die dieselbe Arbeit leisten, in zwei Lohnklassen, wie sie in Spandau eingeführt worden ist, würde kein privater Betrieb wagen. Damit wird der Willkür der Meister Thor und Thür geöffnet, so daß nur noch Günstlinge in die erste Klasse kommen. Bei den Teuerungsverhältnissen, wie sie in Spandau herrschen, ist es ganz unmöglich für die Arbeiter, mit so niedrigen Stücklöhnen auszukommen. Jüngst hat die Spandauer Kommune eine Statistik herausgegeben, die deutlich nachweist, wie elend die Löhne der Staatsarbeiter sind. In der Munitionsfabrik sind allein 1138 Arbeiter, die nur mit einem Steuersatz von 2,40 Mark veranlagt werden konnten. Ähnlich sieht es bei den anderen Spandauer Staatsbetrieben. Was hat die Heeresverwaltung gegen Arbeitslosigkeit getan? Wenige Wochen nach unserer Interpellation wurden 1600 Arbeiter auf das Wasser gesetzt. Statt die gesundheitliche Arbeitszeit auf 9 oder 8 Stunden abzulängen, griff man zu der Brutalität dieser Massenentlassungen, von denen Arbeiter betroffen wurden, die 7 bis 12 Jahre in den Staatsfabriken beschäftigt waren. Ist das sociale Fürsorge? Die staatliche Gewerkschaft ist in dieser Zeit voll beschäftigt. Sie stellte von den Entlassenen Leute ein, die 7 bis 9 Jahre thätig gewesen waren. Aber diese Reueingewickelten mußten sich mit der niedrigen Lohnklasse von 3,50 M. begnügen. So deutet man das Elend aus, so sieht es in den Anstalten des Februar-Erlasses von 1890 aus. Das Versprechen des Generals v. Einem, daß bei der Entlassung die Familienväter mit vielen Kindern gesichert werden würden, ist nicht gehalten worden. Unverheiratete Leute und Leute mit 1-2 Kindern blieben in Arbeit, während die Familienväter entlassen wurden. Warum folgt der Kriegsminister nicht dem Beispiel des französischen Marine Ministers, der die 8 stündige Arbeitszeit in allen Arsenalen eingeführt hat; warum nicht dem Beispiel der englischen Staatsinstitute und jener großer Nacht Privatbetriebe, die die 8 stündige Arbeitszeit bereits haben. Erst jüngst ist bekannt gegeben worden, daß die Werkstätten Arbeiter über 40 Jahre unter keinen Umständen anstellen. Wenn sich ein solcher Arbeiter meldet, wird er scharf abgewiesen. Bei der Besetzung der bezugten Stellen in Spandau geht es nicht nach Kenntnissen, sondern nur nach Günst. So ist im Feuerwerks-Laboratorium ein Angestellter schon nach dreijähriger Thätigkeit zum Aufseher ernannt worden, obwohl die Arbeiter sagen, daß von besonderer Fähigkeit bei ihm keine Rede sein könne. Die Arbeiter jähst man, statt mit unabhängigen Löhnen, mit Titeln satt zu machen. Die sog. „Titel-Konferenz“ zu Spandau hat nach fünfjähriger, sehr anstrengender Beratung (Heiterkeit links) die Titel „Maurer“ und „Obermaurer“, „Schlosser“ und „Oberschlosser“ zu Wege gebracht. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Zu dieser Konferenz waren außer den Spandauer Direktoren auch die Direktoren zahlreicher anderer königlichen Werkstätten von weither herbeigeeilt, natürlich nicht ohne Blüten zu beziehen.

In Spandau beträgt in der I. Lohnklasse der Anfangslohn 5,50 M., nach 2jähriger Dienstzeit 5,70 M., nach 4 Jahren 5,90 M., nach 6 Jahren 6,10 M., nach 8 Jahren 6,30 M., nach 10 Jahren 6,50 M. Allerdings gehören dieser I. Lohnklasse nur die Kupferer, die allerbesten Borarbeiter, die Wüchlinge der Werkstätten an. In der II. Lohnklasse beträgt der Anfangslohn 4,50 M., nach zwei Jahren 4,70 M., nach vier Jahren 4,90 M., nach sechs Jahren 5,10 M., nach acht Jahren 5,30 M. Auch diesen Lohn erhalten nur sehr wenige Arbeiter. Die III. Lohnklasse hat einen Anfangslohn von 4 M., nach zwei Jahren beträgt der Lohn 4,10 M., nach vier Jahren 4,20 M., nach sechs Jahren 4,30 M., nach acht Jahren 4,40 M.,

nach zehn Jahren 4,50 M. Nach der neuen Lohnordnung dürfen diese Löhne niemals überschritten werden. Abzüge werden den Arbeitern nicht mehr vorher bekannt gegeben, und die Arbeiter haben keinerlei Mittel, sich gegen Abzüge zu wehren. In der IV. Lohnklasse beträgt der Anfangslohn 3,00 M., nach zwei Jahren 3,20 M., nach vier Jahren 3,40 M., nach sechs Jahren 3,60 M., nach acht Jahren 3,80 M., nach zehn Jahren 4,00 M., nach zwölf Jahren 4,20 M., nach vier Jahren 4 M., in der V. Lohnklasse Anfangslohn 3 M., nach zwei Jahren 3,20 M., nach vier Jahren 3,40 M., nach sechs Jahren 3,60 M., nach acht Jahren 3,80 M., nach zehn Jahren 4 M., nach zwölf Jahren 4,20 M. Das Reich zahlt also zu Spandau seinen Handlangern das königliche Anfangsgehalt von 3 M., während selbst die Kommune Spandau ihren Arbeitern als Minimum 3,50 M. zahlt! Als Höchsttag dieser Kategorie zahlen die Reichswerkstätten 3,60 M., Privatindustrie und Kommune 3,75 bis 4 Mark.

Die Arbeiterinnen haben verschiedentlich gebeten, wenigstens ihnen die verkürzte achtstündige Arbeitszeit zuzulassen zu lassen, aber ohne jeden Erfolg. Die patriotischen Arbeiter Spandaus wurden wild, als ihnen diese neue Lohnordnung auf den Weihnachtsfest gelegt wurde. Wie der schlichte Mann aus der Werkstatt mit seinen Freunden den Arbeitern die Protectorsurteilung zu Weihnachten gebracht hat, so wurde den Spandauer Arbeitern das Weihnachtsgeschenk der Lohnkürzung zu teil. Wer die Lohnordnung nicht unterschreibt — so wurde kategorisch erklärt —, der kann seine Kündigung erwarten. (Hört! hört!) 200 Arbeiter richteten zwei Petitionen an die Heeresverwaltung und stellten fest, daß von 200 Arbeitern nur 45 in die erste Lohnklasse kämen. — Im vorigen Jahre suchte man denjenigen ausfindig zu machen, der mir das Material geliefert hatte. Man bestrafte ganz unschuldigerweise einen Betriebschreiber. Wenn ich all das Material, das mir aus allen Betrieben in Hülle zugesandt wird, vortragen wollte, müßte ich acht Stunden reden. Auch die Arbeiter, welche den stenographischen Bericht über die betreffende Sitzung zu verteilen hatten, wurden bestraft. Wenn die Heeresverwaltung so weiter vorgeht, wird sie uns immer neue Anhänger unter den Arbeitern in Spandau verschaffen. — Anfang Februar erteilte Herr Pauli den Spandauer Arbeitern in Potsdam eine Audienz. Dort erklärte er den 18 Mitgliedern des Spandauer Ausschusses, der Herr Kriegsminister habe ihm vertraulich mitgeteilt: der Wahlkreis sei gefährdet, sollte bei den nächsten Wahlen ein Socialdemokrat gewählt werden, so müßten die Staatswerkstätten aus Spandau fortgenommen werden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich bin begierig zu erfahren, ob der Herr Kriegsminister wirklich eine derartige Wahlbeeinflussung und Wahlagitacion betrieben hat. Es ist ja allerdings bekannt, daß durch die königlichen Institute seit Jahren sehr starke Wahlbeeinflussungen ausgeübt sind. Neuerdings ist auch gedroht worden, daß am 15. April eine umfangreiche Lohnkürzung stattfinden soll. Auch dies ist jedenfalls nur ein Wahlstreich. — Noch ein Wort über die Wohlfahrts-Einrichtungen. Es bestehen Kantinenläden, bei denen die Arbeiter nichts hineinzuhaben. Während Unterstützungsgesuche teilweise aus Mangel an Mitteln abgelehnt worden, sind aus dieser Klasse für Sedanfeier und Kaisers Geburtstag 21 000 M. ausgegeben worden. — Alle seit langen Jahren angestellte Arbeiter aus der Gesellschaft sind zum Lohn für ihre treue Pflichterfüllung in eine niedrigere Lohnklasse versetzt worden, so daß sie jetzt auch niedrigeres Krankengeld beziehen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) — Die Klosetts haben noch immer keine Wasserleitung. — Ein Meister erklärte einem erkrankten Fachmann: wozu soll ich Sie gebrauchen, lassen Sie sich pensionieren. So werden erkrankte, wieder gesund gewordene Arbeiter von untergeordneten Beamten in königlichen Instituten behandelt. In der Pulverfabrik müssen die Arbeiter Mühsal anziehen, die kontrollierenden Beamten aber gehen sich nicht mit Stiefeln durch die Räume zu gehen und so das Leben vieler Menschen zu gefährden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) — Der Mühsalbestand der Krankenkasse in Spandau ist infolge der Entlassungen im Feuerwerkslaboratorium von 2400 auf 1800 zurückgegangen. Die Leistungen mußten von 52 auf 26 Wochen herabgesetzt werden. Die Bezüge sind von der Direktion angefordert, nur in den allerdringendsten Fällen Kranke nach den Krankenhäusern zu schicken, um Erparnisse zu erzielen, bei Rheumatismus soll jetzt eine billige Arznei verschrieben werden. Also aus Kosten der Gesundheit der Arbeiter werden hier Erparnisse gemacht. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Arbeiterausschüsse sind nicht in der Lage, ihre Pflichten zu erfüllen, das hat schon gestern der schlichte Mann aus der Werkstatt ausgeführt. Die Ausschüsse müssen das Recht haben, mit der Direktion zu unterhandeln, wann sie es für richtig halten, und müssen selbst diejenigen auswählen können, welche sie für Unterhandlungen befähigt halten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich glaube nicht, daß die Heeresverwaltung die Wünsche des schlichten Mannes so bald erfüllen wird, sie hat andere Dinge zu thun. Die Arbeiterklasse Spandaus wird sich selbst das Recht nehmen, die Heeresverwaltung zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen.

Ich komme nun zu dem unheilvollen System der Submissionen. Alle Petitionen der Arbeiter, daß in diesen Submissionen das Zwischenmeisterystem, das sogenannte Schwigsystem, beseitigt werde, sind bisher erfolglos gewesen. Bei Arbeiten, die das Reich vergiebt, müßte das Schwigsystem direkt verboten und in den Vertrag aufgenommen werden, daß die Arbeiten in der Fabrik selbst hergestellt werden müssen. Bei der Firma a Wacker in Berlin, die besonders billige Submissionsbedingungen anbietet, haben die Arbeiter bei sehr langer Arbeitszeit ganz außerordentlich schlechte Löhne. Für die Anfertigung von Packtaschen und Satteltaschen schwerer Schläges erhalten die Arbeiter in den Spandauer Werkstätten selbst, abgesehen davon, daß ihnen das Material geliefert wird, 5 M. Die Firma Wacker aber hat die Herstellung dieser Sachen für 3,90 M. an! Die Militärverwaltung müßte wissen, daß es ganz unmöglich ist, zu einem solchen Preise diese Arbeiten auszuführen. Es zeigt sich denn auch sehr bald, wie schlecht das Material ist, das für diese Sachen genommen wird. Ein Fabrikant betonte, um sich als besonders leistungsfähig hinzustellen, daß seine Fabrik ganz außerordentlich viel Arbeiter beschäftige. Als dann die Revisionsbeamten der Heeresverwaltung kamen, mußten sämtliche Heimarbeit in der Fabrik Weg nehmen, die meist bis auf zehn Sessel leer stand, und sowie die Revisionsbeamten wieder fort waren, gingen die Heimarbeiter in ihre elenden Stuben und Küchen zurück, um dort zu arbeiten. Erst das Elend der Heimarbeiter ermöglicht jene billigen Submissionsbedingungen, aus denen die Heeresverwaltung Nutzen zieht. Der Heeresverwaltung ist alles das bekannt, trotzdem macht sie sich keine Kopfschmerzen darüber! Redner führt eine Reihe weiterer Submissionsangebote der Firma Wacker und anderer Firmen an, aus denen hervorgeht, daß die verschiedensten Arbeiten in den Spandauer Werkstätten selbst weit höher bezahlt werden als von den betreffenden Firmen. Die Heeresverwaltung sollte dafür sorgen, daß den Arbeitern endlich ein menschenwürdiger Lohn garantiert wird und daß das Schwigsystem, dieser traurigste Auswuchs der heutigen Arbeitsverhältnisse, endlich beseitigt wird.

Die Spandauer Werkstätten, die einst zu Musterbetrieben ausgebildet werden sollten, stehen weit hinten zurück hinter zahlreichen Privatbetrieben. Es bestehen dort Zustände, die königlichen Instituten wahrlich nicht zur Ehre gereichen! So lange diesen Zuständen nicht abgeholfen wird, so lange werden wir nicht aufhören, von dieser Stelle aus diese Mißstände auf das schärfste zu kritisieren. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Pauli-Potsdam (L.):

Herr Zubeil hat meine Rede von gestern wiederholt und nur noch etwas hinzugefügt. Der schlichte Mann aus der Werkstatt scheint ihm sehr in die Krone gefahren zu sein. Ich bin stolz darauf, dieser schlichte Mann zu sein. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Herr Zubeil ist nicht der schlichte Mann aus der Werkstatt, sondern er ist der Mann, der sich von den Arbeitergroßen

ernähren läßt. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Herr Künert hat erklärt, wir können den ganzen Etat ab, wie wollen Sie dann die Arbeiter bezahlen? (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wenn in diesem Tone die Wünsche der Arbeiter vorgetragen werden, wird die Militärverwaltung sie sicher nicht erfüllen. Wie erhält denn Herr Zubeil sein Material? Er hat sich aus jedem Institute einige Arbeiter herausgenommen und hält mit ihnen geheime Konferenzen ab. Dabei sind auch einige Arbeiter gewesen, die mir nachher mitgeteilt haben, was dabei verhandelt wurde. (Große Heiterkeit rechts.) Diese Leute möchten heute gern von dieser Sache los sein. Sie wagen es aber nicht, weil sie fürchten, sie werden von ihren Kollegen gemißhandelt. (Hört! hört! rechts. Lachen bei den Socialdemokraten.)

Was meine Aeußerung in Potsdam zu den Mitgliedern des Arbeiterausschusses betrifft, so ist es ein recht merkwürdiges Verhalten des Herrn Zubeil, wenn er seine Freunde in diesen Ausschuss schickt, mit dem Auftrage, sie möchten genau aufpassen, was ich sage. Das erinnert an die Leute, die auf den Bahnhöfen herumlungern, um die Provinzialen zu rußen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Der Kriegsminister hat mir die Aeußerung nicht vertraulich gemacht. Er hat auch nicht gesagt, wenn ein Socialdemokrat in den Reichstag gewählt wird, sondern „wenn es einmal anders kommt, dann werde ich die Betriebe schließen“. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich werde mich mit Herrn Zubeil nicht mehr auseinander setzen; es überläßt mich dabei ein sonderbares Gefühl, das man mit dem Ausdruck „Gel“ bezeichnet. (Heiterkeit rechts.) Ich gönne ihm ja gern das letzte Wort. (Wabro! rechts.)

Generalmajor v. Einem:

Wenn Herr Zubeil die Zustände in Spandau gründlich zerpfückt, so ist es ja sein Recht; wenn er aber sagt, die Heeresverwaltung scheert sich den Teufel um die Arbeiter, dann glaube ich, ist das nicht sein Recht und dagegen erhebe ich Protest. Nach den Schilderungen des Herrn Zubeil müßte man sich wundern, daß überhaupt noch Arbeiter in Spandau sind. Es liegen aber Anmeldeungen vor von 9700 Arbeitern, die gern eingestellt werden möchten. (Hört! hört! rechts.) Diese 10 000 Mann scheinen also anderer Ansicht zu sein als Herr Zubeil. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Herr Zubeil sprach von Jammerlöhnen und Hungerlöhnen, die in Spandau gezahlt werden. Am Schluß seiner Rede hat er aber erst die elenden Löhne, die sonst gezahlt werden, geschilbert, und ihnen gegenüber die guten in Spandau gestellt. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) Die neue Lohnordnung ist wohl erwogen und unter Berücksichtigung aller Verhältnisse und der während der guten Zeit gezahlten Durchschnittslöhne aufgestellt. Sie ist auch den Arbeitern zur Begutachtung übergeben worden, hat aber ihre Zustimmung nicht in vollem Umfange gefunden. Der Wunsch der Arbeiter ging vielfach dahin, in die erste und zweite Lohnklasse zu kommen. Das war nicht möglich durchzuführen. Die Klassen müssen bleiben. Die Lohnordnung bezieht sich auf Stücklohn- und Zeitlohn-Arbeiter. Die Stücklohn-Arbeiter fangen in der niedrigsten Klasse mit einem Lohnsatz von 4 M. an und endigen in der ersten Klasse mit einem Lohnsatz von 7,50 M. (Hört! hört! rechts.) Bei seiner großen Rede vor ersten Sitzung des Zolltarifs im Dezember 1901 sprach Herr Zubeil, als er die Wirkung des Zolltarifs auf die Lebenshaltung der Arbeiter erläuterte, von einem Lohn von 8,50 und sagte, das ist ein hoher Lohn, wie er in unseren meisten Industrien nicht gezahlt wird. Heute ist dieser hohe Lohn ein Hungerlohn, ein elender Lohn, ein Jammerlohn. (Heiterkeit und Hört! hört! rechts.) Zu diesem Stücklohn arbeiten 63 1/2 Prozent der Arbeiter. Im ganzen verdienen nach den mir vorliegenden Listen 88 Prozent aller unserer Arbeiter über 4 Mark. (Hört! hört! rechts.)

In unseren andren Werkstätten in Hanau und Danzig sind die Löhne jetzt erheblich erhöht worden. Davon wird natürlich niemals gesprochen, weil Spandau näher liege. — Bei dem Zeitlohn bestehen 7 Lohnklassen, davon gehen ab die Lehrlingsklasse und die 6. Klasse mit Arbeitern unter 20 Jahren. In der 5. Klasse werden 2-3,90 M. gezahlt, in der ersten 5,50-6 M. (Hört! hört! rechts.) — Herr Pauli warf uns vor, daß wir nur 3 M. bezahlten, während der ortsübliche Tagelohn in Spandau 3,60 M. betrage. Unser Lohn ist nach den genauesten Erhebungen festgelegt worden. Sollte der ortsübliche Tagelohn in die Höhe gehen, so werden wir selbstverständlich nicht zurückbleiben. Unsere Löhne können sich mit jeder Privatindustrie messen. Nach einer Liste, die wir aufgestellt haben, bleiben große Privatbetriebe wie Dittmann in Berlin usw. hinter unsern Löhnen zurück. (Hört! hört! rechts.)

Sowohl Herr Pauli wie Herr Zubeil sprachen von Abzügen innerhalb der Lohnordnung. Die Lohnordnung kennt aber keine Abzüge, sondern nur die Arbeitsordnung. Diese Abzüge sind nach der Gewerbe-Ordnung durchaus zulässig. Herr Zubeil hat weiter mit Hohn und Spott auf die Klatschhaft der Arbeiter hingewiesen. Die Einteilung der Arbeiter in Maurer, Obermaurer usw. besteht seit 1883 und man hat niemals etwas davon gehört, bis mit einem Mal die „Laternen“ in Spandau ihr milbes Licht auch auf diesen Punkt richtete. (Heiterkeit rechts.) Sie sagte, Arbeiter erster und zweiter Klasse gebe es nicht, alle Arbeiter seien gleich zuverlässig. Daraufhin hat sich ein Vertreter der Fabrik mit den Arbeitern wegen dieser Klatschfragen in Verbindung gesetzt, die Arbeiter haben aber jede Aenderung abgelehnt und haben gesagt: „Lohnt es nur bei der alten Einteilung bewenden!“ (Hört! hört! rechts.) Das ist die ganze große Vorgeschichte, die uns Herr Zubeil eine halbe Stunde lang vorgetragen hat. (Große Heiterkeit rechts.)

Was die Arbeiterentlassungen anbetrifft, so sind 1902 wegen Arbeitsmangel entlassen worden in allen Instituten 1471 Mann. Da kann man wohl kaum von Massenentlassungen reden. Nummerhin waren und diese Entlassungen schmerzlich, wie kamten die Notlage der Arbeiter. Wir sind aber kein Allienunternehmen, kein Privatbetrieb, sondern wir sind gebunden an die Mittel des Etats. Im vorigen Jahre haben wir bereits ausdrücklich erklärt, wenn uns am Etat Abstriche gemacht würden, müßten wir Arbeiter entlassen. Der Reichstag hat aber mit Rücksicht auf die Finanzlage die Abstriche gemacht und wäre sehr ungehalten gewesen, wenn wir trotzdem Staatsüberbürdungen vorgenommen hätten, um keine Arbeiter zu entlassen. Der Rat des Abg. Zubeil, die Arbeitszeit in unsren Instituten zu verkürzen, zeigt, daß er keine Ahnung von der Organisation unserer Betriebe hat. In der Gewerksfabrik ist kein Arbeiter entlassen worden. Wenn wir nun in unsren andren Instituten die Arbeitszeit verkürzt hätten, dann hätten die Arbeiter der Gewerksfabrik denselben Anspruch mit Recht erheben dürfen. Die Folge wäre gewesen, daß in der Gewerksfabrik mehr Arbeiter hätten eingestellt werden müssen und das Fabrikat wäre verteuert worden. Wenn Herr Zubeil wirklich ein so warmes Herz für die Arbeiter hätte, so sollte er doch alle Forderungen der Militärverwaltung bewilligen, damit sie keine Arbeiter zu entlassen braucht. (Sehr richtig! rechts.) Solange die Arbeiter in unsren Werkstätten angestellt sind, geht es ihnen nach der Darstellung der Spandauer „Laternen“ auf's Beste. Sollte sie aber entlassen werden, haben sie ihre „gute, gesicherte Existenz“ verloren und sind um ihr Brot gebracht. (Heiterkeit rechts.) Eigenlich müßte doch Herr Zubeil zu jedem entlassenen Arbeiter sagen: „Freue Dich, Bruderherz, Du hast die Freiheit wieder.“ (Große Heiterkeit rechts.)

Darüber, ob die Leiter unsrer Institute tüchtig sind oder nicht, hat Herr Zubeil absolut kein Urteil. Daß eine Anzahl von Söhnen der Meister in bezugten Stellen arbeiten, bestreite ich gar nicht. Diese altverdienten Meister sind eben sehr tüchtige Leute, die ihre Stücker zur Arbeit und zum Fleiß ertragen haben und vor-

wäre gekommen sind. Das nennt man dann Brutalität. (Große Heiterkeit rechts.) Statt auf Frankreich zu verweisen, sollte lieber Herr Jubel auf Frankreich sagen: „Sieh Du nach Deutschland hin.“ Unse Arbeiterverhältnisse haben uns die Franzosen noch nicht nachgemacht. (Sehr richtig! rechts.) Herr Jubel legt seiner Rede vom vorigen Jahre so große Bedeutung bei, daß er behauptet, die Arbeiter, die das Stenogramm dieser Rede und die des Abg. Pauli in den Verhältnissen gelesen hätten, seien bestraft worden. Davon ist natürlich kein Wort wahr. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) Es war ein socialdemokratisches Flugblatt, das die Leute hatten. Dafür sind sie bestraft worden und werden immer bestraft werden. (Bravo! rechts.) Als Herr Jubel erzählte, es sei damit gedroht worden, die Institute zu verlegen, wenn der Wahlkreis in die Hände der Socialdemokraten gerät, habe ich mit dem Kopf geschüttelt. Wie kann Herr Jubel nur solchen Unsinn glauben. (Heiterkeit.) Auch unsere Wohlfahrtsanstalten hat Herr Jubel wieder herabgesetzt. Es mag sein, daß hier und da Missethäter vorkommen von Meistern zu Arbeitern; aber wie geht es denn einem unorganisierten Maurer, wenn er auf einem Bau unter organisierte gerät? Er steigt hinaus und wenn er dabei sich nicht die Knochen zerbricht, kann er froh sein. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Ueber die Wirksamkeit der Arbeiterausschüsse stimme ich den Herren Pauli und Jubel vollkommen bei. Ihre Einschränkung in spanische Stiefel ist nicht nach meinem Geschmack. Wenn zu Beratungen mit der Direktion die Arbeiter von dieser ausgeschloßt werden, so ist das falsch und wird abgelehnt werden. — Wir haben auch absolut kein Interesse daran, daß bei Vergebung von Arbeiten an auswärtige Firmen geringe Löhne gezahlt werden. Wir wollen die Lohndrückerei in keiner Weise begünstigen. Auch haben wir von einer Firma, bei der es wegen zu geringer Löhne zum Streit gekommen ist, unmaßstäblich die Konventionalstrafe eingezogen. Wegen der Firma Weder schweben noch die Verhandlungen. Herr Jubel hat damit gedroht, daß bei den nächsten Wahlen in Spandau statt des konservativen Herrn Pauli einer seiner Genossen gewählt werden würde. Im Interesse der guten Sache würde ich das sehr bedauern, aber auf unser Verhältnis zu den Arbeitern wird das keinen Einfluß ausüben. Wir würden weiter wirtschaften mit ihnen nach unseren bisherigen Grundsätzen des Rechtes und des Wohlwollens. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Jubel (Soc.) (mit großem Lärm rechts empfangen): Der schlichte Mann aus der Werkstatt (Auf rechts: Lauter!) war zu feig, um hier Rede zu halten wegen der schweren Beschuldigungen, die er erhoben, der schwärzen, die gegen ein Mitglied des Hauses überhaupt gerichtet werden können. Er hat mir vorgeworfen, daß ich mich von Arbeitergroschen ernähre. (Auf rechts: Lauter!) Wenn er nun einfach Reichthum nimmt, so zeigt das, was für einen Charakter er besitzt. Diese Antwort will ich dem Mann aus der Werkstatt, Herrn Pauli, geben. (Lobde des Präsidenten.)

Präsident Graf Balkefrem: Da Sie durch diesen Ausspruch nunmehr den Abgeordneten näher bezeichnen haben, den Sie wiederholt den schlichten Mann aus der Werkstatt genannt haben und den Sie der Feigheit beschuldigen, so rufe ich Sie wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten. Auf: Warum wird Pauli nicht zur Ordnung gerufen?) Außerdem stelle ich fest, daß nur der Abg. Jubel das Wort hat. (Große Heiterkeit.) Ich bitte fortzufahren. (Erneute Unruhe bei den Socialdemokraten. Auf: Weil Pauli ein Angehöriger der Mehrheit ist, deshalb hat er keinen Ordnungsruf bekommen.) Ich bitte die mir unverständlichen Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. Jubel (fortfahrend): Herr Pauli könnte gar nicht hier anwesend sein, wenn die Arbeiter, die bei ihm thätig sind, ihm nicht die Mittel zu seinem Aufenthalt in Berlin verdieneten. Ich war vorhin zu vornehm. (Lauter Gelächter rechts.) Herrn Pauli daran zu erinnern, daß er die Annahme des Reichstagsmandats davon abhängig gemacht hat, daß ihm auch das 15 Mark-Wort für das preussische Abgeordnetenhaus überlassen würde. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten. Bewegung.) Ein solcher Kollege wagt einen derartigen Vorwurf zu erheben. Wir haben hier in der That ein ausgezeichnetes Exemplar der Werkstatt vor uns. (Große Heiterkeit.) Ich habe von Herrn v. Einem gar nicht erwartet, daß er sich anders verteidigen würde, als er es gethan hat. Jedenfalls steht fest, daß, als ich in den vorigen Jahren andre Einrichtungen der Verhältnisse kritisierte, Herr von Einem zwar auch widersprach, nachher aber schämigst für Abhilfe gesorgt hat. Mag er auch jetzt alles in Werke stellen, mir genügt, ihn durch die öffentliche Feststellung der Thatsachen zu zwingen, Remedur einzutreten zu lassen. Herr von Einem hält 25 W. wöchentlich nicht für einen schlechten Lohn. Nun, ich wünsche ihm nur, daß er einmal 14 Tage mit solchen Löhnen ankommen müßte. Dann würde er seine Ansicht darüber wohl sehr rasch ändern. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Einem sprach davon, daß Entlassungen von laun 9 Proz. stattgefunden hätten. Wenn die Verwaltung trotzdem nicht im Stande war, durch Verkürzung der Arbeitszeit die Entlassungen zu verhindern, so beweist das ihren weitläufigen Blick in Bezug auf die sociale Fürsorge für ihre Arbeiter. Da könnte er sehr wohl von dem Nachbarstaat Frankreich lernen. — Vor zwei Jahren wurden hier auf Grund der Aussagen des Arbeiters Heister schwere Anschuldigungen gegen einen Oberleutnant erhoben. Der Oberleutnant ist zum Zeughauptmann befördert, der Arbeiter aber nicht wegen Verleumdung angeklagt. Ich erwarte, daß die Heeresverwaltung über diesen Fall Auskunft giebt. — Ich persönlich bin mit der Debatte sehr zufrieden. Die Arbeiter werden aus dem stenographischen Bericht sehen, wie die Leitung des Betriebes über die Zustände denkt. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Generalmajor v. Einem: Ich will kurz die Reugier des Abg. Jubel betreffs des Lieutenants Kollermann befriedigen. Dieser war von einem Arbeiter Heister denunziert worden, daß er Dienstfahrten der Spandauer Pulverfabrik nach Berlin dazu benutzt hatte, um die verschiedensten Sachen, die sein Eigentum seien, mitzugeben und damit billiger Frachtkosten nach Berlin für sich zu erzielen. Es befanden sich darunter auch eine Anzahl Gegenstände, die zweifellos der Pulverfabrik gehörten. Es hat darüber eine sehr eingehende Untersuchung stattgefunden. Sie ergab, daß der Lieutenant wohl Sachen nach Berlin mitgegeben hätte, aber niemals Gegenstände, von denen man auch nur im entferntesten hätte annehmen können, daß sie der Pulverfabrik gehören. Das ist alles. (Heiterkeit rechts.) Heister hatte sich bei Lieutenant Kollermann um eine Portierstelle bemüht, die dieser ihm abschlug, weil Heister dem Trunk ergeben war. Das war nun die Sache! (Hört, hört! rechts.) Ich schließe, indem ich Herrn Jubel das Wort aus Wallenstein zurufe: „Laß es genug sein, Seni. Komm herab, Es graut der Tag, und Mars beherrscht die Stunde.“ (Stürmische Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion, das Kapitel wird bewilligt. Es wird darauf auf das Kapitel 24 (Geldverpflegung der Truppen), Titel 1 zurückgegriffen. Bei der Abstimmung über einen zu diesem Kapitel vorliegenden Antrag v. Normann (L.) hatte sich am Montag die Beschlussfähigkeit des Hauses ergeben. Es handelt sich dabei um die von der Regierung verlangte Gehaltsverhöhung für 205 Oberleutenants um je 1350 Mark. Die Kommission hatte diese Gehaltsverhöhung gestrichen, der Antrag v. Normann will die Regierungsvorlage in diesem Punkte wiederherstellen. In einfacher Abstimmung wird dieser Antrag gegen die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen abgelehnt und der Kommissionsvorschlag angenommen. Eine Reihe von Titeln des Kapitels 24 wird debattelos angenommen. Bei Titel 7 (Mannschaften) nimmt das Wort

Abg. Bebel (Soc.): Graf Noen hat vor einigen Tagen mir gegenüber angedeutet, daß er die zweijährige Dienstzeit nicht für ausreichend halte. Es

gibt aber einen sehr erheblichen Bruchteil in der Armee, der die jetzt bestehende zweijährige Dienstzeit nicht einmal voll auszufüllen hat. Fallreife Soldaten werden zu Beschäftigungen abkommandiert, die mit der militärischen Ausbildung nichts zu thun haben. Schon im Jahre 1893 hat der Reichstag in einer Resolution eine Nachweisung über diese Sache verlangt. Heute wäre eine derartige Aufklärung doppelt notwendig. Die Zahl dieser Abkommandierungen wird heute gewiß noch viel größer sein als damals. Sie beweist, daß auch bei einer geringeren Dienstzeit als bei der zweijährigen Dienstzeit Leute kriegerisch ausgebildet werden können. Schon in der Budgetkommission ist konstatiert worden, daß zu Gutsbesitzern in der Armee etwa 30 000 Mann abkommandiert werden, für die Beforgung von Küchendiensten ca. 1000 Unteroffiziere und 4000 Mannschaften, weiterhin mehr oder weniger große Anzahl von Leuten für Maurer-, Anstreicher-, Tischler-, Gärtnerdiensten usw. Ja, ich habe selbst schon früher interessante Fälle angeführt, in denen Soldaten für ganz private Zwecke von den Herren Offizieren beanprucht wurden, wie z. B. für das Ausbessern von Möbeln.

In Magdeburg ist im Jahre 1902 ein kleines hübsch ausgestattetes Büchlein erschienen, in dem genau beschrieben wird, was von einem Offizierbüchlein verlangt wird. Zunächst müßte er sich eine gute Haltung bewahren. Wenn er auch nicht so viel wie seine Kameraden oder gar nicht zum Emergieren komme (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), so müßte er sich doch eine schmeichelnde Haltung erhalten, ordentlich die Haden zusammenreißen und den Kopf hochheben, wenn er einen Vorgesetzten auf der Straße trifft. — Also etwa 30 000 Büchlein, das heißt doch ein immerhin erheblicher Teil der Armee, braucht nicht zwei Jahre zu seiner militärischen Ausbildung. Dazu kommen noch andre Abkommandierungen. Ein erheblicher Teil von Soldaten wird dazu abkommandiert, in der Erntezeit auf dem Lande Arbeiten zu übernehmen. Nach Mitteilungen in der Presse ist ein allgemeiner Erlaß dahin ergangen, daß, „wenn wirklich Mangel an Arbeitern bestehe“, den Soldaten bis zu drei Wochen für Ernte-Arbeiten Urlaub zu erteilen sei. Der entscheidende Punkt darüber, ob wirklich Mangel an Arbeitern vorhanden ist. Der Truppenkommandant hat doch darüber kein Urteil. Wenn ein solcher allgemeiner Erlaß ergangen ist, so werden derartige Gesuche von Gutsbesitzern wohl kaum je abgelehnt werden. Das bedeutet eine schwere Schädigung für die freien Arbeiter, da die Soldaten zu niedrigeren Löhnen arbeiten, als die freien Arbeiter. Wir erklären uns principiell dagegen, daß den Soldaten in diesen Fällen ein Erlaubnis erteilt wird. Wenn die Soldaten für derartige Zwecke wochenlang beurlaubt werden können, so ist das ein Beweis dafür, daß die gegenwärtige Dienstzeit für das Militär lang genug ist. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Weder bringt ferner einen Fall zur Sprache, der sich in Breslau zugetragen hat. Dort werden zur Reifezeit von den wohlhabenden Leuten Soldaten dazu benutzt, die Koffer etc. nach der Bahn zu schaffen. Die Soldaten erhalten einen Lohn, der 50 Pf. niedriger ist als der ordentliche Tagelohn. (Hört! hört! bei den Socialdem.) Das ist ein Zustand, gegen den wir auf das entschiedenste protestieren. Während Tausende von Breslauer Arbeitern hungern auf der Straße liegen und trotz wären, Arbeit zu bekommen, erlaubt die Militärverwaltung, daß Soldaten zu rein privaten Dienstleistungen gebraucht werden.

Ich komme noch auf eine andre Angelegenheit. Seit dem Civilstandsgesetz vom Jahre 1874 haben immer mehr Personen davon Abstand genommen, sich kirchlich trauen oder taufen zu lassen. Es ist natürlich, daß solche Personen auch in die Armee eintreten. Die Armee ist die Widerspiegelung des Staates. Ist der Staat ein solcher, der nicht danach fragt, welches religiöse Glaubensbekenntnis seine Staatsbürger haben, so muß auch in der Armee vollständige Parität herrschen. Es geht die Verwaltung gar nichts an, was der Soldat für ein Glaubensbekenntnis hat, vorausgesetzt, daß er seine Dienstzeit dazu benutzt, agitatorisch thätig zu sein. Wir halten es auch für gerechtfertigt, daß den Leuten, die in der Armee eintreten, während der Dienstzeit politisch agitatorisch thätig zu sein. Es sind gerade in letzter Zeit wiederholte Fälle vorgekommen, daß die Herren Offiziere sich alle Mühe geben, Leute, die keiner staatlich anerkannten Kirchengemeinschaft mehr angehören, in dieselbe zurückzuführen. Die Armee wird hier also als eine Konvertiten-Anstalt, als eine religiöse Zwangsanstalt betrachtet. Es geht aber die Herren Vorgesetzten gar nichts an, was die Soldaten für eine religiöse Ueberzeugung haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es ist ein Mißbrauch der Dienstgewalt, wenn die Vorgesetzten mit ihrem großen Einfluß die jungen Leute zu bestimmen suchen, irgend einer staatlich anerkannten Kirchengemeinschaft beizutreten. Bei den Fällen, die mir mitgeteilt worden sind, handelt es sich besonders um Soldaten, die man in den Schoß der evangelischen Kirche zurückführen wollte. Man giebt ihnen zu verstehen, daß eine große Freude herrschen werde in der Compagnie, im Regiment, womöglich in der ganzen Armee über ihre Bekehrung. (Heiterkeit.) Ein solches Verfahren steht doch im schneidenden Widerspruch mit allen deutschen Verfassungen und auch mit den Grundsätzen, die das Centrum mit seinem Toleranzantrage aufgestellt hat. Auf das religiöse Gewissen darf am allerwenigsten Zwang ausgeübt werden. Ich halte es auch für unrecht, daß die Soldaten zwangsweise Sonntags zur Kirche kommandiert werden. Die Militärverwaltung soll ihnen nur die Möglichkeit geben, zur Kirche zu gehen. Man braucht kein Christ zu sein und kann doch ein guter Soldat sein. Cäsar und Alexander der Große waren berühmte Feldherren. (Heiterkeit.) Ich erhebe im Namen meiner Partei gegen derartige Bekehrungsversuche entschiedensten Protest. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Ledebour (Soc.): Ich habe mich zu beschäftigen über die vielfache unantere Konkurrenz, die die Militärmusiker den Civilmusikern machen. Der Reichstag hat bereits einen Antrag angenommen, der sich mit diesen Verhältnissen beschäftigt. In der Stadt Dortmund haben z. B. 1902 41 fremde Regimentskapellen konzertiert. Die Militärmusiker sind nicht tüchtiger, sondern sie arbeiten billiger als die Civilmusikern, weil sie schon von der Militärverwaltung eine Löhnung bekommen. Leider bevorzugt der niedrige Gehalt des Konzertpublikums die Militärmusiker, deren Uniformierung vielfach rellamehaft ausgenutzt wird durch eine Spekulation auf den ungesunden Geschmack des Publikums. (Heiterkeit bei den Militärmusikern.) Jawohl, auf den ungesunden Geschmack des Publikums! Ich betrachte es als einen ungesunden Geschmack, wenn jemand Vergnügen findet an bunten Uniformen. (Heiterkeit.) Falls mir eingewendet werden sollte, daß die Löhnung der Militärmusiker nicht so hoch sei wie die Löhnung der übrigen Unteroffiziere von gleichem Range, so würde selbstverständlich die Entziehung der Berechtigung zum Konzertieren dazu führen, daß die Militärmusiker höher entlohnt werden müßten. Ich erwarte, daß die Militärverwaltung die Wünsche berücksichtigt, die der Reichstag selber vortragen hat. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Graf Noen (L.): Ueber die Ernteurlaubungen bin ich als alter Regimentskommandeur und als Gutsbesitzer ganz genau orientiert. Verlassen Sie sich darauf, Herr Bebel, es werden seitens der Gutsbesitzer Ernteurlaubungen nur sehr ungern nachgeholt und ungern bewilligt. Es giebt aber Bitterungsverhältnisse, die es unmöglich machen, mit den eigenen Leuten die Sache zu bezwingen. Die Urlaube werden aber nur auf drei, vier Tage, höchstens auf acht Tage bewilligt. Als christlich-konservativer Mann kann ich die weiteren Worte des Herrn Bebel nicht unerwidert lassen. Ein treuer Offizier sorgt für seine Untergebenen in jeder Beziehung. Er hat die heilige Pflicht übernommen, daß er für den jungen Mann, der so früh in die Welt hinausgeht, auch in religiöser Beziehung sorgt, um so mehr, wenn der Soldat aus einem Elternhause stammt, wo ihm dies sehr wenig beigebracht ist. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb kann man mit Recht unsere deutsche Armee eine große Erziehungsanstalt nennen. Ein Zwang gegen die Soldaten ist nie ausgeübt worden. (Lachen links.) Es ist die Pflicht und das Recht jedes Vorgesetzten, daß er seine Leute des Sonntags in die Kirche führt, damit der christliche Geist in unserer Armee erhalten bleibt. (Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soc.): Ich bin überrascht, daß Herr Noen gewissermaßen die Rolle eines freiwilligen Regierungskommissars übernommen, und daß nicht die Militärverwaltung selbst auf meine Anfragen einging. Daß Graf Noen von seinem christlich-konservativen Standpunkt aus die Vorgänge, die ich vorbrachte, ganz richtig findet, ist ja nur natürlich. Das berühmte Diktum: „Nur ein guter Christ kann ein guter Soldat sein“ hat Herr Graf Noen jedenfalls verstanden sich zu eigen zu machen oder er hat es nicht gewagt, da die Thatsache, daß die berühmtesten Feldherren keine guten Christen waren, mit dieser Behauptung doch in zu kräftigem Widerspruch steht. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Noen hat von der Heiligkeit des Eides gesprochen. Der Eidschwur wird aber abgenommen ohne Rücksicht auf den religiösen Glauben der Betreffenden. Die Behauptung, daß die Hilfsmannschaften zu Grate-Arbeiten ungern gegeben würden, steht im Widerspruch mit dem von mir vorgelegenen Erlaß. — Zwei wichtige Fälle der Verwendung von Soldaten zu Privat Zwecken werden mir noch mitgeteilt. Der katholische „Vollswille“ vom 7. März teilt mit, daß der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft für ihre im Juni in Hannover stattfindende Ausstellung von der Kommandantur in Hannover Soldaten in genügender Zahl zur Verfügung gestellt sind, so daß sie freie Arbeiter dabei überhaupt nicht zu beschäftigen braucht. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das Personal bei solchen Ausstellungen geht bis in die Hunderte. Das ist einfach ein Skandal, jeder Arbeiter, welcher Partei er auch angehört, muß darüber die lebhafteste Enttäuschung empfinden.

Ebenso hat die Kommandantur in Hannover für das große deutsche Bundesfest in Sommer dieses Jahres 144 Soldaten zur Verfügung gestellt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In der Sitzung des Festauschusses ist diese Mitteilung mit lebhafter Freude begrüßt worden, weil dadurch große Summen an Arbeitslöhnen erspart würden. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Also nicht genug damit, daß man die Arbeiter unerträglich belastet mit Lebensmittelpreisen, wird nun auch noch die Armee verwendet, um den Arbeitern schädlichste und elendeste Konkurrenz zu machen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Schließlich muß ich noch einen Fall erwähnen. Es ist ja bekannt, daß die Militärbehörde von den Polizeibehörden genau unterrichtet wird, wer von den zum Militär ausgehobenen jungen Leuten Socialdemokrat ist oder einer socialdemokratischen Organisation angehört, damit die Militärbehörde genau weiß, wofür Geisteskind der Betreffende ist. Ich will hier einen Fall mitteilen, der die Furcht kennzeichnet, die in der Armee vor der Socialdemokratie herrscht. Ein junger Mann meldet sich freiwillig zum Militär. Das spricht schon dafür, daß er kein Socialdemokrat ist, denn ein richtiger Socialdemokrat läßt sich darauf ankommen, ob er ausgehoben wird. (Heiterkeit.) Der junge Mann bekommt von dem Vicecommandeur des Artillerie-Regiments in Hannover den Befehl, seiner Meldung könne nicht stattgegeben werden, weil er Mitglied eines socialdemokratischen Verbandes sei. Der angeblich socialdemokratische Verband ist eine Gewerkschaft, die überhaupt nicht die Ablegung eines politischen Glaubensbekenntnisses von ihren Mitgliedern fordert und dem Zehntausende von jungen Leuten angehören, die überhaupt noch keine politische Ueberzeugung haben. Zu dieser Kategorie gehörte der für das Militär sich begebende junge Mann. Wenn die Thatsache der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft schon für die Vergebung des Bundes, freiwillig zu dienen genügt, wie sehr ist dann das starke große Deutsche Reich und die schöne Armee zu bedauern. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte mehrere weitere Titel.

Beim Titel 24 „Zur Weiterentwicklung des Selbstfahrtrwesens“ 100 000 M. äußert sich auf Anregung des Abg. Dr. Müller-Sagan (Sp.)

Generalmajor v. Einem über die Erfahrungen, die die Militärverwaltung mit Automobilen gemacht hat. Die Versuche mit Selbstfahrern haben im allgemeinen recht günstige Resultate gezeigt. Besonders sind zum Zwecke der Personenbeförderung und zum Tragen von Lasten durchaus genügende Typen gefunden worden. Nicht so weit sind wir gekommen bei denjenigen Fahrzeugen, die zum Ziehen der Lasten bestimmt sind. Diese Fahrzeuge müssen noch weiter vervollkommen werden, denn nur dadurch wird es in Zukunft möglich sein, die Verprobantierung der Armee auf den Etappenstraßen schneller zu herbeiführen als bisher.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Kap. 24.

Darauf verlegt sich das Haus. Präsident Graf Balkefrem schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Donnerstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Militäretats.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.) beantragt jetzt, wo das Haus beschlussfähig sei, außerdem die Wahlprüfungen, über die bereits Berichte vorliegen, auf die Tagesordnung zu legen.

Präsident Graf Balkefrem: Mein verehrter Herr Abgeordneter, ich fürchte, daß die Beratung über die Wahlprüfungen zu lange dauern möchte, daß wir nicht mehr zum Etat kämen. Ich möchte wenigstens die zweite Lesung des Etats erst beendigen. Uebrigens weiß ja weder Dr. Barth noch ich, wie lange die Voraussetzung seines Vorschlages noch zutrifft. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.) bittet, einen Beschluß über seinen Antrag herbeizuführen. (Es sind noch etwa 40 Abgeordnete im Saale anwesend.)

Abg. v. Staudt (L.) bezweifelt die Beschlussfähigkeit des Hauses. Präf. Graf Balkefrem schließt sich diesem Zweifel an, es bleibt daher bei seinem Vorschlag. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom Mittwoch, den 11. März, 11 Uhr.

Am Ministerische: Präf. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat der Lotterieverwaltung.

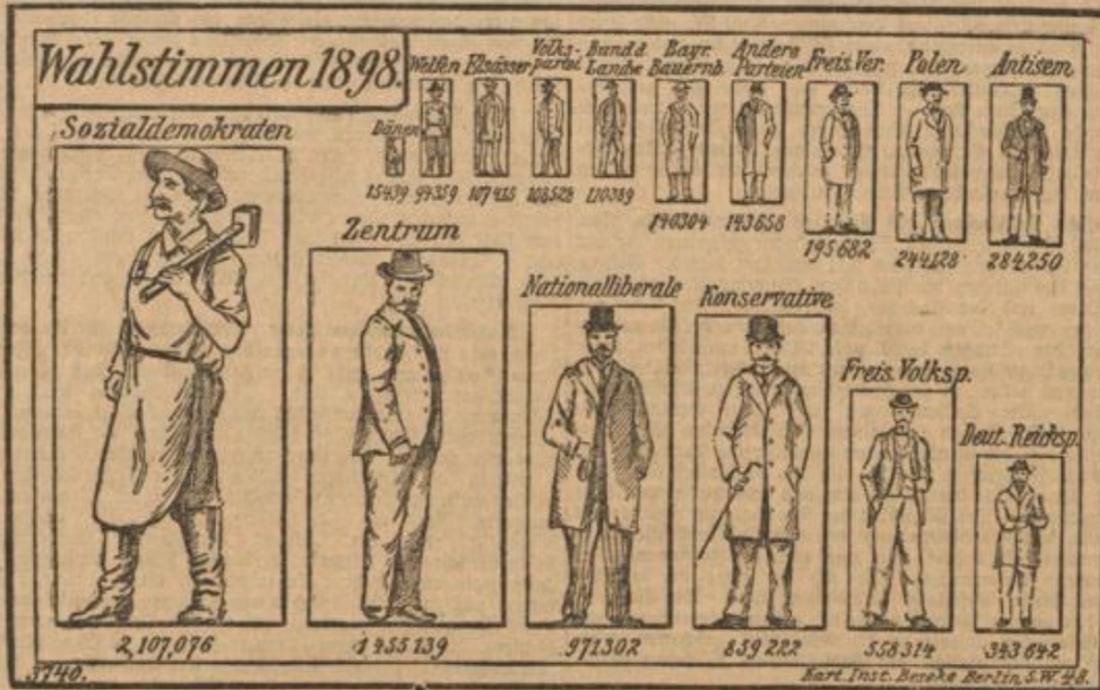
Dazu beantragt die Kommission folgende Resolution: Die Igl. Staatsregierung möge alsbald auf geeignete Maßnahmen Bedacht nehmen, um die Mißstände zu beseitigen oder doch einzuschränken, die sich aus dem unerlaubten Betriebe fremder Lotterielose ergeben, — insbesondere in Betracht ziehen.

a) eine reichsgesetzliche Regelung des Lotteriewesens, b) die Bildung einer Lotteriegemeinschaft der beteiligten deutschen Staaten,

c) die Verschärfung der Strafbestimmungen gegen den unerlaubten Vertrieb fremder Lose.

Verichterstatter Abg. Esler (fr. Vg.) konstatiert, daß im Lotteriewesen große Mißstände bestehen. Es wird behauptet, daß in einer Preußen benachbarten Lotteriegemeinschaft staatliche Kollektoren kontraktlich verpflichtet wären, achtzig Prozent der ihnen übergebenen Lose in Preußen unterzubringen, wo diese Lose verboten sind. (Hört! hört!)

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben: Was den von Herrn Esler angeführten Fall anlangt, so habe ich mich mit der betreffenden Regierung in Verbindung gesetzt, denn ein derartiger unerwünschter Umzug muß unbedingt abgeschafft werden. — Wenn unsere Lotterie die Konkurrenz der andern deutschen Staaten aushalten soll, so muß unser Plan den andern an Güte mindestens gleichkommen. Daher soll eine Krämle eingeführt und die Gewinne verbessert werden. — Mit der Resolution der Kommission bin ich durchaus einverstanden. Zu einer reichsgesetzlichen Regelung wäre allerdings eine Aenderung der Reichs-Verfassung notwendig. Da das Reich jetzt für die Regelung dieser Materie nicht zuständig ist. Ob eine solche Aenderung der Verfassung die Zustimmung des Bundesrats und Reichstags finden würde, scheitert



Überall im Reiche rüstet man zur bevorstehenden Wahlkampagne und erwägt die Chancen der einzelnen Parteien sowohl, wie der Kandidaten. Als Maßstab zur Beurteilung dient allein die Statistik der letzten Reichstagswahl vom Jahre 1898. Die Nachwahlen sind dabei nicht berücksichtigt.

Eine anschauliche Uebersicht, in welchem Zahlenverhältnis die Stimmen auf Vertreter der einzelnen Parteien gefallen sind, giebt die beistehende graphische Darstellung. In derselben ist jede der deutschen Parteien durch je eine, in ein Rechteck eingezeichnete Figur vertreten, und die Größe dieser einzelnen Rechtecke entspricht genau der Anzahl der auf Kandidaten der betreffenden Partei bei der letzten Wahl entfallenen gültigen Wahlstimmen.

Von den damals 1898 im ganzen 11 441 094 Wahlberechtigten im Reiche haben 7 752 698 ihr Wahlrecht durch Abgabe gültiger Stimmen ausgeübt, was noch nicht ganz 68 Proz., also nur etwas über zwei Drittel ausmacht. Dabei weisen die Sozialdemokraten, der bayrische Bauernbund, und der Bund der Landwirte die bei weitem stärkste Stimmenzahl pro gewählten Abgeordneten auf. Die nachstehende Tabelle giebt eine Aufstellung, aus der die Gesamtstimmzahlen der einzelnen Partei, die Anzahl der gewählten Abgeordneten

und die auf einen Abgeordneten im Durchschnitt entfallene Stimmenzahl hervorgeht.

Partei	Stimmen	Abgeordnete	Auf einen Abgeordneten entfallene Stimmen
Sozialdemokraten	2 107 076	56	37 626
Zentrum	1 455 139	110	13 228
Nationalliberale	971 302	47	20 666
Konservative	859 222	54	15 911
Freisinnige Volkspartei	558 314	29	19 252
Deutsche Reichspartei	343 642	23	14 941
Antisemiten	284 250	10	28 425
Polen	244 128	14	17 437
Freisinnige Vereinigung	195 682	12	16 307
Andere Parteien	143 658	14	10 261
Bayrischer Bauernbund	140 804	4	37 576
Bund der Landwirte	110 389	3	36 796
Sächsisch-deutsche Volkspartei	109 528	8	13 566
Fischer	107 415	8	13 427
Welfen	94 350	9	10 484
Dänen	15 489	1	15 489

Erster Kongress der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Ueber die Wohnungsfrage und die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten berichtete am Dienstag Stadtrat Professor Dr. Pfeiffer-Hamburg in schlichter und doch packender Weise. Der Wert seiner Mitteilungen besteht darin, daß er als beamteter Arzt durch Schilderung einer großen Zahl trauriger Einzelfälle die ungesunden sittlichen Verhältnisse der Wohnungen der arbeitenden Klasse um so schärfer strich, als diesen Verhältnissen beizukommen der Staat mehr auf öffentliche-rechtliche Abhilfemaßregeln, auf staatlichen und kommunalen Wohnungsbau, Wohnungsinspektion, Bauordnungen und Wohnungs-Verordnungen, sowie auf die gemeinnützigen Baugebäudeeinrichtungen. Mit Hilfe reichen Materials, meist amtlicher Herkunft, beleuchtet er auch die Förderung der Geschlechtskrankheiten durch das Schlafstellenwesen, städtische oder wenigstens gemeinnützige Logierhäuser zur Abhilfe fordernd. Kampfführer erweist dann die jegliche Wohnungsinspektion zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für ungenügend; hier müssen die Krankenkassenkontrollen vielmehr hinzugezogen werden. Gegen die Kasernierung der Prostitution nimmt der Redner scharfe Stellung und kann sich dabei auf eine Veröffentlichung der Dresdener Polizei berufen. Dagegen plädiert er für Vorsichtsmaßnahmen, nach denen die Vermietung von Zimmern usw. an Diensten nur unter Aufsicht einer Familienangehörigen gestattet wird. Daran schließt er den Vorschlag, alle Personen mit Einkommen bis zu 2000 M. der Kranken-Versicherung zu unterstellen. Eine tiefgreifende Wohnungsreform werde auch den Schmutz von Leib und Seele unseres Volkes waschen.

In der Diskussion will Dr. Wecher-Berlin zunächst ein billiges, gutes und leicht transportables Bett durch Abzahlung verbreitet haben, das er erfunden hat. Logierhäuser können seiner Ansicht nach aus dem Reiserestaurant der Krankenkassen hergestellt werden, wenn die Kassen Büroräume und ähnliches hinein verlegen. Außerdem wünscht er Erholungsstätten für Geschlechtskranke, ähnlich wie die Waldberuhigungsstätten.

Dann berichtet Prof. Reicher-Breslau, der seinen Vorlesenden-Vorleser verläßt, über die Reglementierung der Prostitution. Redner ist für jede soziale Maßnahme, die gründlicher eingreift, will aber deswegen doch einstweilen nicht auf die Reglementierung verzichten. Einiges hat diese seiner Ansicht nach doch schon geleistet. Nur kann sie den Kreis der Prostituierten noch lange nicht wirksam fassen, die Untersuchungen können nicht gründlich genug vorgenommen werden, weil der Staat kein Geld für mehr Polizeiarzte und die Gemeinden keines für mehr Krankenhäuser haben usw. In dieser Unvollkommenheit ist die Reglementierung allerdings mehr schädlich als nützlich. Von 40 Prozent erkrankten Prostituierten sind höchstens drei Prozent in Behandlung. Und der Glaube, daß die jegliche Reglementierung vor Ansteckung sichere, ist das Schlimmste. Es ist, als wenn man eine öffentliche Wasserleitung verstopfen läßt. Aber wenn man bisher mit untauglichen Mitteln reglementiert, so kann es künstlich mit besseren Mitteln geschehen. Statt der Polizeibureaus kann man ärztliche Bureaus einrichten. Ueberhaupt ist Redner gegen jedes Strafsystem gegen Prostituierte, das nur die Mühsal zum soliden Leben verleiht. Aber man kann den Hoang gegen Prostituierte in menschliche Formen kleiden und so doch das hygienische Ziel erreichen. Die entehrende polizeiliche Einschreibung muß wegfallen und an deren Stelle die ärztliche Kontrolle mit milden Zwangsmitteln treten. Heute schon kommen Prostituierte auf ärztliche Anordnung immer wieder in die Polikliniken. Hauptsache müßte die Behandlung unter sonstiger Freilassung sein, Aufnahme in Hospitäler nur äußerstes Mittel. Der nicht ganz so gründliche Erfolg dieser Methode wird auszuwogen dadurch, daß die Ueberwachung einer viel größeren Anzahl von Geschlechtskranken zu gute kommt. Zur Hilfe können Fürsorgevereine und nichtpolizeiliche Organe gerufen werden. Zu schaffen wären möglichst viele örtliche Sanitätskommissionen. Die Geschlechtskranken, auch die Männer, müssen Erkennungsarten bekommen, auf welche der Arzt seine Einträge macht und welche außerdem nützliche Warnungen enthalten. Daß die Kosten der Ueberwachung bis jetzt

von den Kranken und Prostituierten getragen werden müssen, ist ein unhaltbarer Zustand. In Breslau waren in einem Jahre 18 000 Mark für Krankenhausbearbeitung Prostituierten aufgelaufen, und nur 465 M. davon schließlich einzutreiben. Auch gegen die Kasernierung der Prostituierten, je nach ärztlichem Bedürfnis, hat Redner grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn Schutzmaßregeln für die Zulassen getroffen werden. Einerseits hat in Berlin eine Kasernierung ja nicht viel Zweck, und in kleinen Städten würde sie andererseits schon deshalb nützlich, weil sie die Berührung der Strafbedienten mit ehrbaren Frauen auf der Straße verhindert. (Beifall.) So lange noch die nötigen Sanitätskommissionen nicht da sind, soll man Polikliniken und Aerzie mit der behördlichen Ueberwachung betrauen und alle Prostituierten, die sich unterstellen, von der polizeilichen Eintragung befreien. Die Kosten könnten von den Gemeinden schon deshalb mitgetragen werden, weil dann ihre Hospitalkosten erheblich sinken. Jedenfalls müßte eine Art ritterlicher Verfahrens mit Sicherheiten gegen Willkür für die polizeiliche Einschreibung eingeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Als Korreferent fungiert Prof. Pappert-Berlin, die Gegnerin jeder Reglementierung ist (Abolitionisten). Professor Reicher denkt sich offenbar auch wieder nur Frauen als die Objekte seines reformierten Reglementierungssystems. Männer werden keine Erkennungsarten nehmen. Und wie will Reicher überwachen, wenn er nicht jedem einen Beamten mitgibt? Seine Sätze heben sich immer gegenseitig auf. Er will Meldungen an die Behörden immer nur ohne Namensnennung; aber wo bleibt dann die Kontrolle? Das Festnahmungsrecht der Polizei soll auch bleiben, also auch das ganze jegliche Kasernierungsregime mit seinen Mängeln. Auch nach Reicher können doch nur Subalternbeamte zur Kontrolle benutzt werden. Und diese bleiben stets ungeeignete Werkzeuge. Es ist also eine Täuschung, wenn Reicher glaubt, ein polizeiliches durch ein sanitäres System ersetzt zu haben. Der ganze Apparat würde außerdem Millionen verschlingen, die viel besser zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten verwendet werden. Die Vorbeugungsvorschläge Reichers sind unsympathisch, aber das übrige nicht. Und Reicher glaubt doch wohl selbst nicht, daß ein Arzt einen Heeren aus dem fog. besseren Massen der Polizei mit Erkennungsarten anzeigen würde? Bessere Vorschläge macht Professor Reicher, unter dem die Behandlung der Prostituierten in der Berliner Charité endlich menschlicher geworden ist. Er wird sie hoffentlich noch selbst begründen. Aber auch seine Reglementierung hat Mängel. Erkennungsarten nützen außerdem deshalb nichts, weil ihre Einträge am nächsten Tage veraltet sind. Bordelle hätten nur Zweck, wenn sie alle Prostituierten umfassen, für Berlin also mindestens 10 000 Bordelle. Eine solche Dirnenstadt müßte einen modernen Aristophanes zur Satyre reizen! Und die Infassen staatlicher Dirnenhäuser müßten doch auch mit einer kleinen Rente pensioniert werden. (Große Heiterkeit.) Es ist mir bitter Ernst damit, und die logische Folge der staatlichen Reglementierung. Wird ferner ein Drittel der Prostituierten interniert, so werden die übrigen zwei Drittel nur noch mehr in Anspruch genommen und krank gemacht. Der Mann ist mindestens so gefährlich wie die Prostituierte. Er schiebt die Mädchen durch Verführung in die Prostitution, und er verbreitet die Krankheit viel allseitiger in die Familien. Die Reglementierung ist eine Grausamkeit gegen die Frauen. Lehnt man das Cheatt für junge Männer ab, so kann man die Frauen nicht reglementieren. Dr. Wascho hat mitgeteilt, daß jeder junge Mann vor seinem 30. Lebensjahre durchschnittlich dreimal geschlechtskrank war. Wir Frauen nehmen also bei der Verführung nicht bloß die Gefahren der Nutterschaft, sondern auch der Vergiftung auf uns. Ausländische Autoritäten haben nachgewiesen, daß nach Aufhebung der Reglementierung sich mehr Frauen freiwillig behandeln ließen, als vorher zwangsweise. Es kommen hinzu die moralischen und ethischen Gegenstände. Jünglinge halten den frühen Geschlechtsverkehr mit der Prostitution als einen Beweis der Mannlichkeit, weil ja die Prostitution behördlich reglementiert sei. Wir wollen auch strafrechtliches Einschreiten, aber auf Grund allgemeiner gültiger Strafgesetze, die jetzt schon viel schärfer angewendet werden könnten, z. B. die Stuppelparagraphen gegen Anreizneigen, wenn man nur wollte. Wir agitieren schon seit Jahrzehnten auf diese Weise und mit allen Mitteln gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Wäge uns die neu gegründete Gesellschaft helfen in der Verfeinerung der menschlichen Auffassung vom Geschlechtsverkehr! (Lebhafter Beifall.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Töpfer! Hiermit machen wir unsere Kollegen auf die am Freitag, den 13. d. M., stattfindenden Versammlungen aufmerksam und erwarten, daß alle im Verband organisierten Kollegen dort erscheinen, damit die von uns aufgestellten Kandidaten gewählt werden. Wir halten dieses für um so notwendiger, weil in den letzten Tagen seitens einzelner in unserem Beruf arbeitenden Personen, die in Annoncenform unter der Ueberschrift „Verein der Töpfer Berlins“ gegen die im Verband organisierten Kollegen und die durch die Mehrzahl der im Töpferberuf thätigen Kollegen geschaffenen Institutionen, wie Tariftgemeinschaft, Arbeitsnachweis u. a. eine Agitation entfaltet worden ist, die nur einzig und allein den Zweck haben kann, uns in den Augen der gesamten Arbeiterschaft herunter zu setzen. Es kann wohl mit Recht die Behauptung von uns aufgestellt werden, daß noch in keinem andern Beruf mit solchen Mitteln eine Majorität angegriffen wurde, wie bei uns. Trotzdem es der Öffentlichkeit bekannt ist, daß seit Jahren eine Tariftgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Töpfergewerbes abgeschlossen ist, trotzdem weiter der Öffentlichkeit bekannt ist, daß der Centralverband der Töpfer gleich anderen Organisationen für die Durchsetzung dieser Tariftgemeinschaft eingetreten ist, werden die Mitglieder unserer Organisation mit Schmähungen überhäuft, und warum? Nur, weil sie sich durch einzelne Leute nicht dazu treiben lassen, bei passender Gelegenheit einen Tariftbruch oder besser gesagt einen Streik zu begehen. Wird von Arbeitgebern in der Weise verfahren, so ist die gesamte Arbeiterpresse dabei und erklärt eine derartige Handlungsweise für infam. Sollen Arbeiter denselben Vorwurf auf sich laden? Die Berliner Töpfer stehen auf dem Standpunkt, daß Ehrlichkeit die vornehmste Eigenschaft eines aufgeklärten Arbeiters ist; deshalb wird der Verband der Töpfer, in dem die große Mehrzahl der Berliner Töpfer organisiert ist, diesen Standpunkt so lange vertreten, wie die Majorität sich dafür erklärt. Deshalb werden auch die Zusammenkünfte, wie sie durch die bei Karmann beschäftigten Töpfer und gemacht wurden, zurückgewiesen. Wenn es einzelnen nicht gefällt, sich den Bestimmungen der Tariftgemeinschaft zu fügen, wie es im Falle Karmann war, wo nicht, wie angegeben, wegen Unterbietung von Verbänden andere Töpfer die Arbeit niederlegten, sondern entlassen wurden, weil sie als Entscheidungsinstanz bei Lohnstreitigkeiten die gemeinschaftliche Kommission, wie sie durch die Tariftgemeinschaft vorgesehen ist, nicht anerkennen wollten, so ist das Sache der in Betracht kommenden; wir als Organisation, die Anspruch erhebt als gleichwertig mit Arbeitgeber-Organisationen betrachtet zu werden, haben keine Veranlassung, uns auf derartige Experimente einzulassen. Deshalb, Kollegen, besucht die Versammlung, es gilt zu demonstrieren für die von uns seit Jahren befolgte Taktik, für Tariftverträge und paritätische Arbeitsnachweise. Der Vorstand der Filiale Berlin des Centralverbandes der Töpfer.

Die Verwaltungsstelle Berlin der Metallarbeiter-Gewerkschaft hatte am Schluß des Jahres 1902 nach Austritt des Jahresberichts 900 Mitglieder. Eingenommen wurden 11 507,31 M., ausgegeben 10 967,70 M., davon für Streikunterstützung 5020,55 M., für Streiks anderer Organisationen 250 M., für Agitation 487,42 M., Rechtschutz 164,40 M., an die Hauptkasse 3565,60 M.

Dem Jahresbericht des Gewerkschaftsrates in Brandenburg a. N. entnehmen wir, daß dem Kartell 33 Gewerkschaften angeschlossen sind, die Ende des Jahres 1902 zusammen 3022 Mitglieder zählten gegen 2968 im Vorjahre. Arbeitslos waren während des Berichtsjahres 574 Mitglieder zusammen 13 640 Tage, krank waren 297 Mitglieder 9243 Tage. — Die höchste Mitgliederzahl, 555 (im Vorjahre 537), wiesen die Metallarbeiter auf, dann folgen die Maurer mit 339 (177 im Vorjahre), die Holzarbeiter mit 294 (299), die Schuhmacher mit 155 (157), die Tabakarbeiter mit 140 (156), die Lederarbeiter mit 122 (122), die Heizer und Maschinenisten mit 107 (112) usw. — Lohnbewegungen hatten im abgelaufenen Jahre, soweit zur Kenntnis des Kartells gelangt, die Maurer, Lederarbeiter, Schneider und Steinarbeiter. Die Maurer wegen Erhöhung des Stundenlohnes unabhängig vom 23. Mai bis 21. September. Die Bewegung verlief resultatlos, da es den Unternehmern gelang, mit ausländischen Arbeitswilligen die dringenden Arbeiten zu erledigen. Beteiligt waren an dem Streik, der 14 722,41 M. kostete, 432 Berufsangehörige. — Die Lederarbeiter waren in 4 Betrieben (1 Betrieb bewilligte sofort) ausständig vom 1. September bis 18. Oktober. Die Bewegung, an der 80 Mitglieder beteiligt waren, endete durch Ertrag des Einigungsamtes mit teilweise Erfolg und verursachte 7144,40 M. Kosten. — Die Schneider erzielten ohne Streik die Einführung eines verbesserten Lohnsatzes. — Die in Aussicht genommene Lohnbewegung der Steinarbeiter mußte infolge unvorhergesehener Verschlechterung der Geschäftslage verschoben werden, nur in einem Betrieb wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3—5 Pf. erreicht.

Deutsches Reich.

Der Norddeutsche Lloyd maßregelt. „Wömanns Telegraphisches Bureau“ meldet: Auf Anordnung des Norddeutschen Lloyd sind heute zwei bei den Steuern des Norddeutschen Lloyd beschäftigte Arbeiter entlassen worden, die als Mitglieder der bei dem neulichen Ausstand entlassenen Abordnung mit Direktor Leitz verhandelt und die vom Vorstande des Norddeutschen Lloyd über den Verlauf dieser Verhandlungen gegebenen Darstellungen in einer öffentlichen Erklärung als unrichtig bezeichnet haben.

Bekanntlich ist auf Grund jener nach der Behauptung des Lloyd falschen Darstellung der Arbeiterkommission der verstoßene Ausstand beigelegt worden. Eine volle Woche verging dann, ehe die Direktion des Lloyd die Entbedung machte, daß jene Darstellung falsch sein solle. Die betreffenden Arbeiter bezeichneten ihre Angaben als richtig. Möglich, daß vielleicht auf ihrer Seite ein Mißverständnis vorlag. Eine Klarstellung wäre doch wohl möglich gewesen, und die Direktion hätte, falls ihr an der Erhaltung des Friedens liegt, nicht die Entlassung verfügen brauchen, die doch unter allen Umständen böses Blut unter den Hafenarbeitern machen muß und vielleicht die Ursache zu einem neuen schweren Konflikt abgiebt.

Die Maurer in Spremberg haben beschlossen, am Sonnabend die Forderung einzureichen, da die Verhandlungen, welche sie wegen ihrer Forderungen mit den Unternehmern geführt haben, keinen Erfolg hatten. Es wird ersucht, den Zugzug fernzuhalten.

Der Klempnerstreik in Stettin nimmt einen günstigen Verlauf. Am Dienstag, dem zweiten Tage nach der Arbeitsmederlegung, hatten bereits 11 Arbeitgeber bewilligt.

Der Streik der Baumschulenarbeiter in Halstenbek und Nellingen ist zu Gunsten der Ausständigen beendet.

Die Schneider in Arnstadt (Thüringen) haben mit der Einreichung eines neuen Tarifs eine Lohnbewegung begonnen.

Textilarbeiterstreik im Elsaß. Vor ungefähr vier Wochen sind 400 Textilarbeiter der Kienerischen Weberei in Colmar in den Ausstand getreten, weil sie die Einführung einer ihnen ungünstigen Fabrikordnung abzuwehren wollten. Der Streik hat sich neuerdings auf eine zweite Fabrik in Colmar, in der Streikarbeit für Kiener angefertigt werden sollte, ausgedehnt. Wie der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird, ist jetzt auch in einer Weberei in Rünster bei Colmar ein Streik ausgebrochen, der mit dem Kienerischen Ausstande zusammenhängen soll.

Metallarbeiter. In der Jacquardmaschinen-Fabrik von O. Schlicher in Greiz sind Differenzen ausgedrochen, weil die Löhne um 30 Proz. herabgesetzt wurden. — In der Getriebfabrik von

Neck in Gabelberg bei Hagen sieben sämtliche Schleifer im Ausland. Die Firma sucht durch auswärtige Zeichnungen Ersatzkräfte.

In der Reichsteinischen Glasfabrik in Wolfrathshausen sind Differenzen ausgebrochen. Im Februar wurden zwischen den Arbeitern und dem Unternehmer Vereinbarungen getroffen, die Herr Reichstein nun wieder gebrochen hat. Zwölf Glasmachern wurde gekündigt. Die übrigen Arbeiter erklärten sich mit den gemäßigtesten Kollegen solidarisch und reichten ebenfalls ihre Kündigung ein. Zugut ist strengstens ferngehalten!

Die Gewerkschaftskommission in Rathenow konstatiert in ihrem Jahresbericht für 1902 einen erfreulichen Fortschritt der gewerkschaftlichen Bewegung am Orte. Die Zahl der organisierten Arbeiter ist von 951 auf 1398 gestiegen. Den stärksten Zuwachs weist der Metallarbeiter-Verband auf. Seine Mitgliederzahl stieg von 534 auf 858, sie ist die stärkste Organisation am Orte. Dann folgen die Maurer mit 165, die Holzarbeiter mit 95 usw. Eine Anzahl Lohnbewegungen wurden im Berichtsjahre durchgeführt, von denen der Streik der optischen Arbeiter bei der Firma Rische u. Günther, der noch in aller Erinnerung sein dürfte, der bedeutendste war.

Ausland.

Die Hafnarbeiter von Norwegen hatten durch Referendum festgestellt, daß die Mehrzahl ihrer Berufsgenossen für eine neunstündige Arbeitszeit eintreten. Sie teilten dies den Reedern mit und er suchten um Unterhandlung. Die Unternehmer haben jetzt geantwortet, daß sie in Unterhandlungen gern eintreten würden, daß diese aber nach dem gegenwärtigen Stand der Geschäfte nur nach der Richtung einer Herabsetzung des Lohnes sich bewegen könnten. Diese Ablehnung hat in den Kreisen der Arbeiter große Unzufriedenheit hervorgerufen und es kann leicht zu einem neuen Konflikt zwischen den Reedern und Hafnarbeitern kommen.

Die angeforderte Ausperrung der Dänischen Arbeiter in Kopenhagen wird nicht stattfinden. Durch Verhandlung mit den Unternehmern ist eine Einigung erzielt worden. Die Streitfrage, die wesentlich auf ver schiedener Auffassung der allgemeinen Bestimmungen des geltenden Tarifs beruht, wird durch das gemeinsame Schiedsgericht entschieden werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 15. März, veranstaltet das Berliner Doppelquartier „Harmonie“ sein Frühjahrs-Konzert im „Deutschen Hof“, Ludauerstr. 15. Es wird versucht, Billets in Arbeiterkreisen abzugeben. Wie machen die Parteigenossen z. B. darauf aufmerksam, daß der „Deutsche Hof“ der Arbeiterschaft zu Verfügung steht und daher ist das Vergnügen streng zu meiden.

Brin. Der Wahlverein hält seine Versammlung am Freitagabend 8 1/2 Uhr bei Weniger, Werderstr. 27, ab. G. Händel spricht über die Agitation zur Reichstagswahl. Gäste, Damen und Herren, haben Zutritt. Der Vorstand.

Spandan. W. Krügers Ball-Salon, Tiefwerder 20a, steht der Arbeiterschaft zu Versammlungen z. zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Lokales.

Die diesjährige Märznummer ist soeben erschienen. Sie hebt sich in verschiedener Hinsicht von ihren Vorgängerinnen aus früheren Jahren ab. Zunächst giebt der Umstand ihr eine besondere Bedeutung, daß sie dem Andenken des vor 20 Jahren verstorbenen Denkergeistes, unfres unvergessenen Karl Marx, gewidmet ist. Dann aber unterscheidet sich die neue Märznummer in künstlerischer Hinsicht bedeutend von den Denkschriften früherer Jahre. Hier ist im großen wie im kleinen Vortreffliches geleistet. Zunächst das Titelbild, das gar kernig annutet. Einer Flugstift aus dem Bauernkriege entnommen, stellt es im derben Holzschnitt einen Bauern dar, der selbstbewußt und trotzig daherschreitet. In der einen Hand hält er sein gutes Schwert, die andre aber schwingt die Bundesfahne mit dem verheißungsvollen Wort „Freiheit“. Dann das prächtige große Mittelbild: Die Freiheitsgöttin als Lichtbringerin. In den Füssen der hehren Gestalt mischen sich Zucker, Pfaff und Geldproy in ohnmächtiger Wuth, das Licht zum Erlöschen zu bringen. Weiter bringt die Märznummer ein Bild von Karl Marx, einen Holzschnitt, der in ergreifender Schlichtheit den Ordnungsbefehl des Jahres 1871 in Paris darstellt und dann eine Marit: die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1849 mit freilichtem herrlichem Abschiedswort. Dem Bild schließt sich der Text der neuen Märznummer würdig an. Ein Gedicht von Clara Müller „Die Toten des März“ feiert das Andenken an Karl Marx, dann folgen die Abschiedsworte, die der Führer „Socialdemokrat“ 1883 dem toten Führer des Proletariats gewidmet hat. Weiter zwei Artikel, deren Bedeutung schon durch den Namen ihrer Verfasser verblüht ist: Franz Mehring schreibt über Marx und die Revolution und Karl Kautsky über Marx und die Wissenschaft. So hat die Märznummer diesmal eine Bedeutung wie wohl nie zuvor; sie wird von der Arbeiterschaft Deutschlands gewiß nach Gebühr gewürdigt werden. Der Preis stellt sich wie früher so auch jetzt auf 10 Pf.

Ueber die Zukunft des elektrischen Vollbahn-Betriebes referierte der Geh. Baurat Bohl von der königlichen Eisenbahn-Direktion Berlin im „Verein für Eisenbahn-Stunde“, welcher gestern unter Vorsitz des Ministerialdirektors Schröder eine Sitzung abhielt. Der Vortragende knüpfte an die Ergebnisse des zweijährigen Versuchs betriebes auf der Wannesebahn an. Die Ergebnisse haben nun dazu geführt, daß der elektrische Betrieb auf der Vorortstrecke Potsdamer Bahnhof-Groß-Lichterfelde beschlossen worden sei. Die Elektricitäts-Gesellschaft „Union“ habe die Leitungsanlagen auf dieser Strecke nach dem Projekt der königlichen Eisenbahn-Direktion Berlin nahezu fertiggestellt, so daß voraussichtlich schon im April Probefahrten würden stattfinden können. Die Stromabnahme werde ähnlich erfolgen, wie bei der Wannsee- und Hochbahn, nämlich durch eine dritte Schiene. Vorkäufig sei für die Hauptverkehrsstunden der Zehnmitteln-Betrieb, im übrigen ein Zwanzigmitteln-Betrieb vorgesehen. Die Normalzüge würden aus drei Wagen zu je 70 Plätzen bestehen, so daß mit einem Zuge 210 Personen befördert werden könnten. Die Fahrgeschwindigkeit könne etwas erhöht werden. Jeder Wagen sei mit zwei Motoren ausgerüstet, die vom Kopfe des Zuges, dem vordersten Führerstand aus, beliebig ein- und ausgeschaltet werden könnten. In Lichtbildern wurden die eleganten, auf Drehgestellen ruhenden 2. und 3. Klassenwagen mit Quersitzen, die Motoren und ihre Schaltapparate, die Leitungsanlagen usw. vorgeführt. Die Energie wird von dem südlichen Vorort-Elektricitätswerke bei Steglitz geliefert werden.

Was ist bei der Steuerrevidierung in Abzug zu bringen? Als steuerpflichtiges Einkommen des einzelnen Steuerpflichtigen gelten dessen gesamte Jahreseinkünfte in Geld und Geldeswert einschließlich des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause oder der ihm zustehenden freien Wohnung sowie des Wertes der im Haushalt verbrauchten Erzeugnisse der eigenen Wirtschaft und des eigenen Gewerbebetriebes. Abzugsfähig sind: 1. die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten Ausgaben, 2. solche indirekte Abgaben jeder Art, welche zu den Geschäftsmitteln zu rechnen sind, 3. die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen, Betriebsgerätschaften usw., 4. die vom Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldzinsen und Renten, 5. die auf besonderen Rechtstiteln (Vertrag, Verschreibung, letztwilliger Verfügung) beruhenden dauernden Lasten, z. B. Miteigentum, 6. die von den Steuerpflichtigen für ihre Person geleistete oder vertragsmäßig zu entrichtenden

Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungen, Witwen-, Waisen- und Pensionsleistungen, 7. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit dieselben den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen. Ferner: von dem steuerpflichtigen Einkommen eines Haushaltungsvorstandes, dessen steuerpflichtiges Einkommen 3000 M. nicht übersteigt, ist für jedes Familienglied unter 14 Jahren der Betrag von 50 M. in Abzug zu bringen; sind mindestens drei Familienmitglieder unter 14 Jahren vorhanden, so findet auf jeden Fall eine Ermäßigung um eine Stufe statt. — Die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse (außerordentliche Belastung durch Unterhalt, Erziehung, Erkrankung, besondere Unglücksfälle) können auf Antrag berücksichtigt werden. Es ist in solchen Fällen rasch, einen besonderen Antrag zu stellen.

Die bauliche Erschließung des Geländes zwischen Berlin, Neu-Weikensee usw. ist bisher an den Schwierigkeiten gescheitert, die mit der Festlegung des Bebauungsplanes XII verknüpft waren. Gestern beschloß sich das Plenum der städtischen Baudeputation abermals mit diesem Plane und der Verlegung des Platzes F der Abteilung XII (NO.), der nach einem vorjährigen Beschlusse der Gemeindebehörden von den Straßen 19/22 und 20/23a umschlossen wird. Wegen die jetzige Lage des Platzes, der erst an der Greifswalderstraße zu liegen kommen sollte, ist im Auslegungsverfahren Einspruch erhoben worden. Die Verhandlungen mit den Grundbesitzern und zwischen diesen haben zu einem befriedigenden Ergebnisse nicht geführt, so daß die Baudeputation nunmehr die Verlegung des Platzes zwischen die Straßen 19, 23a und 32a beschloß. Der Platz erhält danach eine dreieckige Form und eine Größe von über 43 000 Quadratmeter. Der Magistrat hat sich schon im Voraus mit diesem Projekte und der Abänderung des Gemeindebeschlusses einverstanden erklärt. Es bedarf also nur noch der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, die sich in einer der nächsten Sitzungen mit diesem Beschlusse beschäftigen wird. Die Sache ist insofern für den ganzen Nordosten von der größten Bedeutung, als mit dieser Entscheidung anderweit die Möglichkeit geschaffen wird, mit dem Bau der Kanalisation des Radialsystems XI sofort zu beginnen.

Der Kampf gegen Berlin. Der Stadtverordnete Perls u. Gen. haben folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet: „Gedenkt der Magistrat Schritte zu thun gegenüber der in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses zu Tage getretenen Gefahr einer staatlichen Ausnahme-Belastung der Stadt Berlin.“

Kerstlicher Dienst in den städtischen Sickenanstalten und dem Friedrich-Wilhelms-Hospital. Bei den genannten Anstalten ist eine zweite Assistenzartstelle geschaffen worden. Ferner hat der Magistrat an Stelle des ausgeschiedenen leitenden Anstaltsarztes einen solchen berufen, der im Stande ist, den Anstaltsdienst zweckdienlicher zu gestalten, indem er neben der Entfaltung einer ausgiebigeren Thätigkeit die volle Verantwortlichkeit für den gesamten ärztlichen Dienst übernommen hat, wissenschaftlich arbeitet und das dargebotene Krankheitsmaterial nach dieser Richtung hin gut auszunutzen kann. Die Anwesenheit des Anstaltsarztes in der Anstalt ist zeitlich nicht begrenzt worden; der Magistrat setzt voraus, daß er als ärztlicher Leiter auch ohne diese Beschränkung diejenige Thätigkeit entwickeln wird, die an das Bedürfnis geknüpft ist. Für den leitenden Anstaltsarzt ist ein Jahresgehalt von 4500 M. vorgesehen.

Das alte Haus des Georgen-Hospitals an dem Georgenkirchplatz, dem ehemaligen Georgenkirchhof, wird zum April geräumt, um abgebrochen zu werden. Der Grund und Boden, auf dem es steht, wird nicht wieder bebaut, sondern zur Erweiterung der den Georgenkirchplatz begrenzenden Verbindungsstraße zwischen dem Neuen König- und der Landsbergerstraße verwendet. Das Georgen-Hospital wurde an dieser Stelle bereits im 13. Jahrhundert errichtet; der ersten Erwähnung begegnet man in einer Urkunde von 1278. Das Haus, das jetzt zum Abbruch kommt, wurde im Jahre 1720 aufgeführt, nachdem die aus dem Mittelalter überkommenen Baulichkeiten völlig verfallen waren. Im Jahre 1831 wurde es aus Mitteln des Stadtrats Hollmann durch Aufhebung eines zweiten Stockwerkes erweitert. Mit dem Hospital wurde damals die im Jahre 1829 gegründete Hollmannsche Wilhelminen-Amalien-Stiftung verbunden, die aber 1837 wieder von dem Hospital getrennt wurde und ein eigenes neues Gebäude auf dem Koenigsplatz an der Kienigstraße bezog. Das Georgen-Hospital blieb noch bis 1886 am Georgenkirchplatz; dann siedelte es in das neue Haus an der Exercier- und Reinoldenstraße über, das es mit dem Hospital zum Heiligen Geist teilt. Das alte Haus am Georgenplatz ist seitdem für die Bureau der Georgengemeinde benutzt, teils an Privatpersonen vermietet worden. In seiner Giebelwand befindet sich noch heute eine halb zerstörte Inschrifttafel aus dem Jahre 1720 mit einem später hinzugefügten Zusatz aus dem Jahre 1831, die von der Geschichte und der ehemaligen Bestimmung des Gebäudes Kunde geben.

Entlassungen aus dem Berliner Feuerwehrcorps sind kürzlich aus einem ungewöhnlichen Grunde erfolgt. Es war bekannt geworden, daß ein Feuerwehrcorps an einer leichten Geschlechtskrankheit litt. Da er, entgegen den hierüber erlassenen Bestimmungen, seinem Vorgesetzten keine Mitteilung davon gemacht hatte, so wurde ihm angeordnet, daß man ihn entlassen werde. Der Mann erklärte daraufhin, er sei ja nicht der Einzige. Er nannte dann mehrere Feuerwehrcorps, die dieselbe Krankheit gehabt hätten oder noch haben sollten. Die Befehlshaber, die gleichfalls den Fehler begangen hatten, ihre Erkrankung zu verheimlichen, gaben bei der Vernehmung den Sachverhalt zu. Sie nannten aber ihrerseits nur wieder andere Feuerwehrcorps, auf die derselbe Vorwurf zutraf. Auch diese legten, als sie vernommen wurden, ein Geständnis ab zu weiteren Enthüllungen kam es aber nicht. Branddirektor Hiersberg soll sehr peinlich von der ganzen Angelegenheit berührt gewesen sein. Er verfügte die Entlassung der betreffenden Feuerwehrcorps, die übrigens nicht etwa sämtlich ein und derselben Wache zugeteilt gewesen waren. Auch solche, die längst wieder gefeind waren, wurden entlassen. Die Leute hatten sich sonst gut geföhrt und haben das auch in ihrem Entlassungsgeld bestätigt erhalten. Sie sind erbittert darüber, daß man gerade sie herausgegriffen und sie kurzer Hand aufs Pflaster gesetzt habe. Für diejenigen, die im Feuerwehrcorps Gesundheitsbeschädigungen erlitten haben, ohne bereits völlig dienstunfähig geworden zu sein, ist die Entlassung ein harter Schlag. Da ihre Arbeitsfähigkeit herabgesetzt ist, so wird es ihnen doppelt schwer, jetzt in einem anderen Beruf ein Unterkommen zu finden. Eine Entschädigung wird ihnen von der Feuerwehr nicht zugestanden.

Blumenpflege bei Schulkindern. Der Verein zur Förderung der Blumenpflege bei Schulkindern hielt gestern im Bürgeraal des Rathauses unter Vorsitz des Schulrats Dr. Jönd seine Hauptversammlung ab. Der Verein hat im letzten Jahre in 65 Schulen, in zehn mehr wie im Vorjahre, die Blumenpflege angeregt und 16 000, 6000 mehr wie im Vorjahre, Blumenstöcke verteilt. Die Stadt lieferte hierzu 2500. Die Kinder demittelterer Eltern müssen jetzt eine Kleinigkeit für die Blumenstöcke zahlen, damit die Eltern ihre Kinder zur Pflege der Pflanzen mehr anhalten. Die Kasse zeigte einen Ueberschuß von 107 Mark bei einer Einnahme von 374 Mark. Die auscheidenden Vorstandsmittglieder wurden wiedergewählt. In einem Vortrage regte Herr Schlegel die Gründung eines Museums für Gartenbau und Gartenkunst an, für das er das Gebäude des jetzigen Botanischen Museums in Vorschlag brachte.

Das kleine Nordpark-Projekt ist in der gestrigen Plenarsitzung der städtischen Baudeputation genehmigt worden. Wie wir bereits früher mitteilten, ist der Park infolge der hochgeschraubten Kosten des Grundbesitzes von 114,4 Hektar auf etwa 38 Hektar zusammengeschrunken. Der Nordpark würde danach also ungefähr die Größe des Humboldtains (ca. 38 Hektar) erhalten; der Friedrichshain ist schon etwas größer (52 Hektar). Nach diesem Projekt wird der künftige Nordpark sich parallel der Müllerstraße, nämlich zwischen den Straßen 30/31 und 40a/37 in oblonger Form erstrecken und von der Parzellestraße in der Richtung von NO. nach SW. durchzogen werden.

Ueber die heilige Gertrud, das schöne Standbild auf der Gertraudenbrücke, werden in städtischen Kreisen Klagen laut: Die Dame sieht so unfauber aus, freilich ganz ohne ihre Schuld, wie sich aus den Protokollen des Etats-Ausschusses ergibt. Es wurde dort der Wunsch ausgesprochen, das „Denkmal“ besser reinigen zu lassen. Darauf erklärte Stadtbaurat Hoffmann: die Reinigung dieses Standbildes sei dem Künstler auf dessen besonderen Wunsch überlassen worden, während die Pflege der übrigen Denkmäler vertraglich von einem Unternehmer auszuführen werde. Der Magistrat wolle versuchen, daß Wandel geschäft und der Künstler angehalten werde, die heilige Gertrud öfter reinigen zu lassen.

Eine Automobil-Dampfspritze ist versuchsweise von der Berliner Feuerwehr angenommen worden. Das Automobil fährt natürlich mit eigenem Dampf. Der Antrieb wird durch Kohlenäure bewirkt, wovon stets 3 Ballon mitgeführt werden. Die Spritze ist genau nach den bei der hiesigen Feuerwehr auf, von der Danbener Maschinenfabrik gelieferten Dampfspritzen gefertigt, nur etwas kräftiger, so daß statt mit zwei, mit vier B-Schläuchen stärksten Ansaugers oder acht C-Schläuchen Wasser gegeben werden kann. Das Automobil kann also acht Handdruckspritzen mit noch größerer Wirksamkeit als diese ersetzen.

Das Blumenmedium Nothe. Das Interesse für die am 23. d. M. beginnende Verhandlung gegen das „Blumenmedium“, Frau Witte Anna R. the geb. Zahl ist ein so gewaltiges, daß schon längst die Juhörerkarten vergeben sind. Die Verhandlung wird im kleinen Schwurgerichtssaale stattfinden und mehrere Tage dauern. Die Angeklagte wird sich auf 60 selbständige Fälle des Betruges zu verantworten haben. Die Katastrophe, bei welcher Kriminalkommissar v. Kracht die Angeklagte mitten in einer spiritistischen Sitzung in flagranti bei ihrem Hofsupotus mit ihren „Apporten“ abfahle, ereignete sich am 1. März 1902. Es wurde damals festgestellt, daß die „Größe der Geister Verstärker“, die sie in Gestalt von Blumen, Verloques, Rippes, Apfelsinen u. dergl. ihren staunenden Gästen überreichte, in ihrem Unterrod verborgen waren und von ihr durch einen schlauen Taschenspieler-Trick zum Vorschein gebracht wurden. Auch die Unterhaltungen mit den Geistern, die sie in ihrem „Trance“-Zustande zu Wege brachte, sollen „fauler Zauber“ gewesen sein, ebenso das Geisteskopfen, die Geistes-schritten z. Frau Nothe, deren Ehemann vor kurzem gestorben ist, befindet sich nun über Jahr und Tag in Untersuchungshaft. Ihr Anwalt und Mitbewerker Jentsch, der die „Sobanen“ mit sehr geschäftlicher Sinne inceniert hatte, ist bekanntlich flüchtig geworden. Die Staatsanwaltschaft hat 60 Fälle zusammengestellt, in denen sie nachweisen zu können vermeint, daß die Besucher der spiritistischen Sitzungen durch die falschen Vorspiegelungen der Angeklagten betrogen worden sind, das recht erhebliche Eintrittsgeld zu opfern. Den Vorsitz der ersten Strafkammer des Landgerichts II, vor welcher die Verhandlung stattfindet, wird Landgerichts-Direktor Geheimrat Justizrat Gary führen, die Anklage Staatsanwalt Friedrich Wein vertreten, die Verteidigung werden die Rechtsanwalte Dr. Schwindt und Dr. Thiele führen. Unter den zahlreichen vorgeladenen Zeugen befinden sich die Kriminalkommissare v. Kracht und Leonhard, als Gutachter über den Geisteszustand der Angeklagten sind der Gerichtsarzt Professor Dr. Puppe und der Oberarzt an der Charité, Dr. Henneberg, geladen. Als Beweismittel dienen u. a. auch einige bei der Angeklagten beschlagnahmte Citronen, Apfelsinen und Blumen, die sich jetzt natürlich in einem völlig verdorrenen Zustande befinden.

Der hier verurteilte Kurpfuscher Radenlöcher ist in London verhaftet worden, wohin er während der Prozeßverhandlung gegen ihn geflüchtet war. Er wurde gestern dem Bow-Street-Polizeigericht in Angelegenheit seiner Auslieferung vorgeführt und dann bis zum Eintreffen weiterer Verfügungen in die Untersuchungshaft zurückgebracht.

Ueber einen Polzeimittelgriff, dem die Frau des Arbeiters R. in Tempelhof zum Opfer gefallen sein wollte, haben wir am Dienstag berichtet. Wir hatten uns dabei selbstverständlich auf die Bekwerden der in Betracht kommenden Frau gestützt, die unserm Berichterstatter im Tone erklärlcher Entrüstung vorgezogen wurden. In einem hiesigen Blatt wurde der Fall daraufhin in einer Form behandelt, die die Polizei in einem wesentlichen Punkte entlastet, und daraufhin haben wir nochmals die Arbeiterfrau befragt. Jetzt gesteht sie, daß sie uns zum Teil falsch informiert hatte. Sie hatte behauptet, daß sie auf dem Polizeipräsidium ärztlich untersucht worden sei; nunmehr stellte sich jedoch heraus, daß dieser Teil der Bekwerden von der Frau erfunden worden ist. Die Frau hat vielmehr auf dem Polizeipräsidium dem Beamten nach längerem Warten gesagt, daß sie bereits früher von Ärzten untersucht worden und darauf aufmerksam gemacht sei, daß sie ohne Operation schwerlich Mutter werden könne. Auf diese Aussage hin ist sie dann entlassen worden.

Ergiebt sich hieraus, daß wir größtenteils getäuscht worden sind, so sehen wir nicht an, unser lebhaftes Bedauern über die Veröffentlichung auszusprechen. Die an den Fall geknüpften Bemerkungen sind somit, wie wir offen zugeben wollen, zum größten Teil gegenstandslos geworden.

Obige Notiz war bereits im Satz, als wir in später Stunde vom Polizeipräsidium noch folgende Verichtigung erhielten: „Die in Nr. 58 des „Vorwärts“ vom 10. März 1903 unter der Spitzmarke „Polizeilicher Mittelgriff“ gegebene Darstellung des Verhörs der Frau R. aus Tempelhof auf dem Polizeipräsidium entspricht nicht den Thatsachen.“

Frau M. ist — wie sie selbst zugiebt — nicht in einem „unheimlich vergitterten Raume mit allerhand zweifelhaften Individuen“ untergebracht gewesen, sondern hat in dem allgemeinen Aufnahmezimmer, in welchem die Anträge des Publikums entgegengenommen werden, hinter einer niedrigen, zur Teilung des Zimmers dienenden Holzbarriere einen Platz angewiesen erhalten. Ihre Anwesenheit war mehrere Stunden erforderlich, da eine Reihe von Zeugen gehört werden mußte und im Interesse der Sache, sowie um wiederholte Vorladungen zu vermeiden, kein Vorgesetzter vor Abschluß der Vernehmungen entlassen werden konnte.

Eine ärztliche Untersuchung der Frau R. hat nicht stattgefunden, obwohl sie sich selbst zu einer solchen erboten hat. Auch in dieser Hinsicht bezieht Frau R. die Veröffentlichung des „Vorwärts“ als unrichtig.

Daß Frau R. bei dem Verhöre beleidigt oder ungehörig behandelt worden sei, stellt der betreffende Beamte entschieden in Abrede. Die Vorladung der Frau R. ist infolge der Bekundungen einer zuverlässigen Auskunftsperson erfolgt. Diese will sicher beobachtet haben, daß Frau R. sich längere Zeit in der Wohnung der Frau Schmolz aufgehalten hat, wo Verbrechen gegen das feimende Leben verübt worden sind.“

Der Frühjahrs-Jahrmart vor dem Halleischen Thore findet nicht, wie irrthümlich gemeldet, in dieser Woche, sondern erst in der nächsten, von Mittwoch, 18. d. M., bis Sonnabend, 21. d. M., abends statt.

Der Prozeß, welchen Ella Goltz, die Geliebte des Banknotenschwindlers Grünenthal gegen die Reichsbank angestrengt hat, scheint einen für die Freundin Grünenthal's unangünstigen Ausgang zu nehmen. Die Polizei hatte seiner Zeit bei der Ella Goltz 60 000 Mark mit Beschlagnahme belegt, welche die Reichsbank für sich in Anspruch nahm. Ella Goltz dagegen behauptete, die 60 000 M. seien ihr Eigentum; sie habe das Geld von Grünenthal im Jahre 1896 geschenkt erhalten, welcher infolge von Börsenspekulationen in den Besitz des Geldes gelangt sei. Die Reichsbank vertrat die Ansicht, es handle sich hier nicht um eine Schenkung, das Geld gehöre vielmehr noch Grünenthal, an welchen die Reichsbank wegen der von ihm begangenen Fälschungen Ersatzansprüche habe. Das Landgericht nahm an, daß Grünenthal das Geld Ella Goltz geschenkt habe und verurteilte die Reichsbank, ihr das Geld herauszugeben. Diese Entscheidung wurde vom Kammergericht bestätigt. Das Reichsgericht hob aber dieses Urteil auf und wies die Sache an das Kammergericht zurück, welches nunmehr die Klage von Ella Goltz abwies. Diese kann nunmehr wieder das Reichsgericht anrufen.

Bei lebendigem Leibe verbrannt ist gestern früh der Kochwarenfabrikant A. Schwarz in seiner Wohnung, Stalhoferstraße 124, Hof 2 Treppen. Schwarz, ein alleinlebender Mann in den 50er Jahren, mit einem Stiefhuhn, war gestern Abend nicht wohl und ließ deshalb nach Aussage seiner Pflegerin, Frau Janisch, die Petroleumlampe in der Nacht brennen. Vermutlich ist diese dann nachts erloschen. Früh um 6 Uhr wurde das Feuer bemerkt, als die Flammen schon aus den Fenstern im 2. Stock hell empor schlugen. Sofort wurde die Feuerwehr alarmiert. Brandinspektor Dr. Trautwein fand bei seinem Eintreffen alle Zimmer mit der Küche in Flammen stehend. An eine Rettung war nicht mehr zu denken. Das Feuer hatte an den Kochwaren und Hühner usw., das dort aufbewahrt wurde, so reiche Nahrung gefunden, daß jedes Eindringen unmöglich war. Die Aufregung auf dem Grundstück ist nicht zu beschreiben. Die Nachbarn und Hausbewohner suchten zu retten, was in der Eile gefaßt wurde. Die Feuerwehr nahm mehrere Schlauchleitungen vor und es gelang ihr damit, die Flammen auf das 2. Stock zu beschränken. Dieses ist aber total bis auf die Mauern ausgebrannt, nichts ist übrig geblieben. Die Leiche des Schwarz wurde verlohnt im Schlafzimmers aufgefunden und war nicht mehr zu erkennen. Sie wurde der Polizei übergeben, die sie dann nach dem Schauhause schaffen ließ. Die Angehörigen des Schwarz sind noch nicht ermittelt; es fehlt jeder Anhaltspunkt, weil von den Sachen des Schwarz nichts übrig geblieben ist. Alles ist verbrannt.

In den hygienischen Vorträgen der Centralkommission der Krankenlassen wird in dieser Woche der Alkoholmißbrauch behandelt. Die Vorträge werden am Donnerstag in den Schulaulen Wangelstraße 128, Schönhauser Allee 106, Reibselstr. 31/32, Quingowstr. 115 und Niddor Kaiser Friedrich Realgymnasium, Kaiser Friedrichstraße 208, von Dr. Bernstein, Dr. Kay, Dr. Jabel, Dr. Juliusburger, Dr. Silberstein gehalten. Am Freitag finden Vorlesungen in den Schulaulen Sneyenaustr. 7, Rankstr. 8, Lützowstr. 45, Winterfeldstr. 16 statt. Vortragende sind die Doktoren: Pirschfeld, Cohn, Grotzahn und Lichtenberg.

Radspport. Der Sportpark Friedenau hat sein erstes diesjähriges Rennen jetzt ausgeschrieben; dasselbe findet am 5. April statt und setzt sich ausschließlich aus Flieger-Konkurrenzen zusammen. Das Goldene Rad von Friedenau (Sieger-Rennen über 100 Kilometer) kommt am 17. Mai zur Entscheidung.

Feuerbericht. In der Nacht zum Mittwoch wurde die Wehr nach der Schwedenstr. 18 gerufen, weil hier in einer gemischten Waschanstalt durch die Explosion eines Benzinhalters ein Brand ausgebrochen. Es gelang, die Gefahr bald zu beseitigen. Kleidungsstücke und Möbel gingen gegen 10 Uhr in der Köpcke-Str. 55a in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Elbasserstr. 23 allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial in einem Keller brannte. In der Arilleriestr. 6 mußte ein Brand beseitigt werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. An der Ecke der Nazareth- und Turinerstraße war auf einem Neubau durch Ueberhochen von Teer ein Brand ausgebrochen, der aber noch im Entstehen unterdrückt werden konnte. Decken und Wäschestücke hatten nachts in der Stargarderstraße in einer Schlafstube Feuer gefangen. In der Poststr. 10/11 hatte die Wehr gegen Abend einen Brand zu beseitigen, der unter anderem Galanteriewaren erfaßt hatte. Außerdem hatte die Wehr noch von einigen anderen Orten Alarmierungen zu verzeichnen, doch brauchte sie in diesen Fällen nicht sonderlich in Tätigkeit zu treten.

Aus den Nachbarorten.

Niddorfs Schulaulen. Der neue Etat Niddorfs sieht an Einnahme für die Volksschule vor: Schulgeld für auswärtige Kinder 2250 M., erstattete Schulgelder für die in Berliner Gemeindefschulen eingeschulten Niddorfer Kinder 2250 M., Staatsbeiträge a) Beitrag zu dem Dienstfeinkommen der Lehrer 7450 M., b) Unfallentschädigung für den früheren Staatsbeitrag 33 000 M., wider-zustufte Staatsbeiträge 20 000 M., unvorhergesehene Einnahmen 50 M., insgesamt also 65 000 M. Dem steht gegenüber eine Gesamtausgabe von 719 050 M., so daß die Stadt allein 654 050 M. für die Volksschulen im Geschäftsjahre 1903 auszugeben haben wird. Der ganze Etat balanciert mit 3 206 000 M., es entfällt also mehr als ein Fünftel der städtischen Ausgaben auf die Volksschule. Daß bei einem solchen Mißverhältnis so manche andere soziale Aufgabe der Kommune leiden muß, selbst wenn die Absicht ihrer Erfüllung bestünde, erhebt ohne weiteres. Nur ein Beispiel, das noch dazu auf demselben Gebiete liegt. Seit Jahren ist in der Gewerbe-Deputation Niddorfs ein ständiges Thema der Beratung die Einführung des obligatorischen Fortbildungunterrichts, für die sich neuerdings auch die Regierung ins Zeug legt, ohne indessen den nötigen Rammun hergeben zu wollen. Mehr als einmal hat sich die Gewerbe-Deputation e-

stimmig zu Gunsten des obligatorischen Fortbildungunterrichts ausgesprochen, und immer mußte man achtselbend auseinandergehen, ohne den einseitigen Wunsch fördern zu können: an der Mittellosigkeit scheiterte die gute Absicht. Die Regierung lehnte es ab, die Mittel zu bewilligen. Wie Niddorf geht es einer Anzahl anderer Industrieorte. Der Staat müßte hier eingreifen und betreiben, daß er nicht getöfft sei, Kulturaufgaben leisten zu lassen.

Zu den Kosten der gewerblichen Fortbildungsschule in ihrer jetzigen Gestalt trägt die Stadt bereits 7375 M. bei. Die höhere städtische Lehranstalt Niddorfs erfordert 56 100 M. Ausgaben und bringt ein 53 100 M. Für sie hat demnach die Stadt 33 000 M. Zuschuß zu leisten. Bei 610 Schülern kommen im Geschäftsjahre 1903 auf jeden Schüler der höheren Lehranstalt 54,10 M. Zuschuß aus städtischen Mitteln, während auf jeden Volksschüler die Stadt höchstens 39,40 M. verwendet. Der letzteren Verrechnung ist die Zahl der 16 600 am 31. Dezember 1902 in den Volksschulen vorhandenen gewesenen Kinder zu Grunde gelegt, die sich ja beim Quartalswechsel noch vermehrt, so daß der Anteil des einzelnen Volksschülers an dem voraussichtlich von der Stadt für die Volksschule zu leistenden 654 050 M. Zuschuß noch etwas geringer sein wird als 39,40 M.

Das Steuerertrögen Niddorfs für das Geschäftsjahr 1903 ist nach dem neuen Etat in folgender Weise veranschlagt worden: Gemeinde-Einkommensteuer (150 Proz. Zuschlag): Von den Aktiengesellschaften und juristischen Personen 102 000 M., von den Einkommen über 900 M. 498 000 M., von den geringeren Einkommen 52 200 M., an Koronsteuer 45 000 M. Gemeinde-Grundsteuer (245 Proz. der staatsfrei veranlagten Grund- und Gebäudesteuer): 788 900 M. Gemeinde-Gewerbesteuer (200 Proz. der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer): 174 000 M. Betriebssteuer 10 000 M. Lustbarkeitssteuer 5000 M. Umsatzsteuer (1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten und unbebauten Grundstücke): 250 000 M. Biersteuer: a) 50 Proz. Zuschlag zur Brausteuer von dem im Stadtbezirk gebrauten Biere 30 500 M., b) 0,65 M. pro Hektoliter eingeführten Bieres 26 000 M. = 57 000 M. Hundesteuer 31 000 M. — Gegen das Vorjahr in mehr eingeseht sind an Gemeinde-Einkommensteuer 18 507 M., an Grundsteuer 81 582 M., an Gewerbebesteuer 2000 M., an Betriebssteuer 500 M., an Umsatzsteuer 50 000 M., an Biersteuer 1000 M. — Das gesamte Steuerertrögen für 1903 beträgt 2 013 100 M., das sind 150 889 M. mehr wie im Vorjahre.

Druckfehler-Berichtigung. In dem gestrigen Bericht unter der Ueberschrift „Die Niddorfer Straßenpolizei-Verordnung“ ist in der dritten Zeile aus rechtsgültig „rechtsungültig“ geworden. Es muß heißen: Das Kammergericht habe den § 68 usw. für rechtsgültig erklärt.

Verfammlungen.

Bierler Wahlkreis (Osten). In einer gut besuchten Volksversammlung, die am Dienstag in Kellers großem Saale abgehalten wurde, sprach Reichstags-Abgeordneter Dr. Südekum über die politische Lage. Redner ging vor allem auf die zu entfaltende Tätigkeit der Partei bei den bevorstehenden Reichstags-Wahlen ein. Gerade die Unsicherheit des Wahltermins müsse die Genossen allerorts veranlassen, schon jetzt mit aller Energie die Wahlbewegung einzuleiten. Auch in dem sichersten Kreise sei immer so zu arbeiten, als sollte derselbe stets von neuem gewonnen werden. Der Tag der Wahl müsse ein Tag der Abrechnung mit den übrigen Parteien werden. Das Volk müsse zeigen, wie es über den Zollwucher und die unerhörten Rechtsbrüche der gegenwärtigen Reichstags-Mehrheit denke. Wie sehr unsre Gegner dieses Volksgericht fürchten, beweist das zwischen ihnen abgeschlossene Wahlkartell. Besonders in Sachen habe sich dadurch die Sachlage für uns sehr vereinfacht. Wir haben es dort nur mit „einer reaktionären Masse“ zu thun, die gleichsam mit Furcht und Zittern dem Ausgang der Wahl entgegensteht. Bei der Wahl komme es für uns in erster Linie nicht auf die Gewinnung neuer Mandate an, sondern vielmehr darauf, daß die Massen immer mehr in den Bannkreis unsrer Ideen gezogen werden. Deshalb gelte es auch, bei der Agitation stets unsre Endziele in den Vordergrund zu schieben, weil wir uns durch unsre Endziele grundsätzlich von allen sich auch noch so fortschrittlich und arbeiterfreundlich gebärdenden Parteien unterscheiden. Im Wahlkampf zeige es sich am deutlichsten, daß die politische Betätigung der Arbeiterklasse das Fundament der Arbeiterbewegung überhaupt ist, so notwendig sich auch die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Betätigung erweisen. Der Vortragende definierte dann in populärer Weise das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital und ging ferner unter teilweise sehr humoristischen Redewendungen auf verschiedene Einwände unsrer Gegner ein, wie solche gegen die Wichtigkeit der sozialistischen

Theorien schon seit jeher immer wieder ins Feld geführt werden. Redner schloß seinen von häufigem Beifall unterbrochenen Vortrag mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie. — Hierauf ermahnte der Vorsitzende Frank zu regem Anschluß an den Wahlverein und möglicher Stärkung der Kampfmittel.

Der Textilarbeiter-Verein (Filiale Berlin I) hielt am 7. März seine Mitglieder-Versammlung ab. — Dr. Luz hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Bedeutung der Erfindungen der Neuzeit“. — Hierauf wurde an Stelle des bisherigen Kassierers G. Hoffmann, welcher sich zur Zeit in einer Krüden-Heilanstalt befindet, W. Behmann gewählt. Dem Kassierer wurden für seine Mißverwaltung vierteljährlich 15 M. bewilligt. An Stelle des Kollegen Kohn, welcher sein Amt als Revisor und Mitglied der Fachkommission (Weber) niederlegte, wurde W. Döring als Revisor und Koller als Mitglied der Sachkommission gewählt. Unter Verschiedenes teilte der Vorsitzende mit, daß die Kranken-Unterstützung von jetzt ab Freitagabend von 7—8 Uhr im Lokal von Oskar Reich (früher Weinberg), Andreasstraße 34, ausbezahlt wird. Ferner wurde beschlossen, am 1. Mai keinen Ausflug zu unternehmen, sondern sich der politischen Partei anzuschließen, und im Lokal Friedrichshain zu feiern. Die Jubiläumsschiffe wurden beauftragt, zwecks Freigabe des 1. Mai mit den Unternehmern zu verhandeln. — Zum Schluß macht der Vorsitzende auf den Lichtbilder-Vortrag: „Die Reise um die Welt“ aufmerksam, welcher von den vier Filialen Berlins am Palmsonntag im Lokal „Königsbank“ veranstaltet wird.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. In der Mitglieder-Versammlung der Filiale Berlin, die am Dienstag in den Arminalhallen stattfand, wurde die Lohnbewegung der Militärschneider, nachdem Ritter kurz darüber berichtet hatte, einstimmig gutgeheißen. Darauf wurde über die Delegation zu einer vom Hauptvorstand nach Posen einberufenen Konferenz beraten. Es handelt sich hierbei, wie Ritter ausführte, nur um eine Beratung über die Agitation im Osten, an der nur eine kleine Zahl von Vertretern aus den bedeutendsten Orten der östlichen Provinzen teilnehmen wird. Die Ortsverwaltung machte deshalb den Vorschlag, daß von einer besonderen Delegation für Berlin Abstand genommen werden sollte, da die Vertretung durch Taterow, der ohnedies als Vertrauensmann für den Osten auf der Konferenz anwesend sein müsse, vollständig genüge. Die Kommission für die Herrenkonfektions-Branche beantragte dagegen, daß noch ein besonderer Delegierter aus dieser Branche einhandelt werde. Nach kurzer Debatte wurde der Vorschlag der Ortsverwaltung mit großer Mehrheit angenommen. Die Anstellung des besoldeten Vortragenden, die seiner Zeit erfolgte, um der Schwankung der Mitgliederzahl entgegenzuwirken, hat sich gut bewährt. Die Versammlung beschloß einstimmig, diese Einrichtung aufrecht zu erhalten. Der bisherige Beitragskassierer Knoop wurde einstimmig wiedergewählt.

Königsmusterhausen. Der Wahlverein hielt am Sonntag eine sehr gut besuchte außerordentliche General-Versammlung ab. Ein vom Vorstande ausgearbeitetes Lokalstatut fand einstimmig Annahme. Der bisherige Vorsitzende Hellwig wurde wegen Arbeitsmangel gelungeweigert, sein Amt niederzulegen, an seiner Stelle wurde der bisherige Beisitzer Dicks, als Beisitzer Fischer, als Kassierer Bernhard Schmidt gewählt. Durch eine kräftige Agitation sind im benachbarten Schenkenberg circa 12 Genossen dem Wahlverein beigetreten. Als Beitragskassierer für diesen Ort wurde Weise gewählt. 30 Genossen wurden neu als Mitglieder aufgenommen. Diese teilte mit, daß die vom Wahlverein am 1. März 1903 ins Leben gerufene Parteispedition-101 „Vorwärts“-Abonnement hat.

Witterungsüberblick vom 11. März 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. n. G. in C. u. F.	Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. n. G. in C. u. F.
Ewinende	767	0	2bedekt	0	Haparanda	761	0	4wolfig	-1
Hamburg	766	0	2bedekt	1	Petersburg	774	0	1bedekt	-3
Berlin	760	0	2bedekt	1	Coet	757	0	3wolfig	0
Kanfl. M.	765	0	2bedekt	2	Herbedem	—	—	—	—
München	764	0	3wolfig	-2	Paris	764	0	1wolkenl	-2
Wien	765	0	2bedekt	1					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 12. März 1903. Zeitweise aufklarend, am Tage etwas wärmer bei schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 12. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Fidelio.
Schauspielhaus. Die Gerechtigkeit.
Deutsches. Der Schiler der Beatrice.
Berliner. Eifer. Liebel.
Veßing. Der blinde Walfänger.
Neues. Erdgeist.
Reißens. Lutz (Louto).
Reiten. Der Prophet.
Central. Gräfin Vepi.
Thalia. Der Cameliendame.
Welle-Alliance. Fr. Die Dame aus Trouville.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater) Das zweite Gesicht.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt-Theater) Wohlthätige Frauen.
Carl Weiss. Das Jungfernstift.
Wantes. Kinder der Grotte.
Lußen. Die Cameliendame.
Alcines. Nachtschl.
Trianon. Die Notbrücke.
Cafino. Berliner Herzen.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Apollo. Frau Luna.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Berliner Sänger.
Steidl. Feind-Sänger.
Vasage-Theater. Spezialitäten.
Vasage-Panoptikum. Spezialitäten.
Palast. Die Gräfin von der Radel. Spezialitäten.

Urania. Taubenstrasse 48/49.
Photographie in natürlichen Farben, dargestellt in einer Wanderung durch Wald und Flur.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Carl Weiss-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Gulnot.
Musik von Jann Gilbert.
Vorgens: **Der arme Heinrich.**
Sonntag: **Das Jungfernstift.**
Sonntag 4 Uhr: **Gänzel und Gretel.**

Central-Theater
Täglich Gastspiel der Wiener Operetten-Gesellschaft.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gräfin Vepi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Sonntag, 15. März, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: **Die Schöne von New York.**

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Cameliendame.
Freitag zum erstenmal: Rumpelstilzchen.
Sonntag: **Der Reineidbauer.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die Wäuber.**
8 Uhr: **Lumpenknäuel.**
Montag: **Preciosa.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Cameliendame.
Poffe mit Gesang u. Tanz i. 3 Akten von L. Veßing.
Vorgens: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die Geier-Wally.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.
Lustspiel in 3 Akten v. D. Stumenthal.
Freitagabend 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.
Sonabendabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Don Gil.**

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstadt-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Lustspiel in 4 Akten v. Ad. P. Arronge.
Freitagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Sonabendabend 8 Uhr:
Die Braut von Messina.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred. Gröfoc und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: **Die Liebesschaukel.**

Apollo-Theater.
Heute abend **Frau Luna.**
8 Uhr:
Von 9 1/2 Uhr ab: **Sens. Spezialitäten.**
Novellos. 4 Garganis. Rob. Steidl zc.
Cake-Walk 1. im Salon
2. in Amerika
3. in der Hölle
sowie die 5 Barfüßlerinnen.
Freitag zum erstenmal: **Die schöne Galathée.**

Passage-Theater.
Anfang Sonntag 3, Wochent. 5, Ende 11 Uhr.
Anf. Abendvorstellung 8 Uhr.
Boxkampf
des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis.
Bernhard Marx, Humorist.
Marie Werder, Soubrette.
Ganz Berlin zerbricht sich noch immer den Kopf über die schwebende **AGA** Jungfrau.

Buntes Theater.

Köpnickerstrasse 68.
Logenbrüder.
Sonabend, 21. März:
Subskriptions-Redoute (Alt-Heidelberg.)

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.
Belle-Alliance-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Er“. Drama in 1 Aufzug.
Hieraus:
Die Dame aus Trouville.
Schwank mit Gesang und Tanz in drei Aufzügen.

Cirkus Schumann
Donnerstag, den 12. März 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Sport-Vorstellung.
Gala-Sport-Programm.
Internationaler Reiter-Kongress
Direktor Albert Schumanns
berühmte
Monstre-Dressuren.
Fri. Dora Schumann,
beliebte jugendliche Schulleiterin.
Die
lustigen Heidelberger.



Pariser Weltausstellung 1900.

Von der Internationalen Jury wurden den **Singer-Nähmaschinen** der **GRAND PRIX** der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt. Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Kunststickerei sowie industrielle Zwecke jeder Art verdienen ihren Weltren der mustergetreuen Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeher alle deren Fabrikate auszeichnet. Unentgeltlicher Unterricht in d. modernen Kunststickerei. **Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.**
Berlin W., Leipzigerstr. 92. 5472*

Casino-Theater
Volzingerstr. 37.
9 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
Aufstret. sämtlicher Spezialitäten.
Anfang Sonntag 7 1/2, Wochent. 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater-Ensemble
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 12. März 1903:
Preciosa.
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von Bus Alexander Wolff.
Musik von Carl Maria von Weber.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer
Stralauerstr. 1.

Englisch. Unterricht
in und außer dem Hause, (Eingel- oder im Circle) erteilt 20092* **G. Swienty** geb. **Liebknocht**, **Schöneberg**, Sedanstraße 57, III.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi, Henry Bender.
Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Loute).
Schwank in 4 Akten von Pierre Veber. Deutsch von Max Schönau.
Vorgens und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntag, 15. März, nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

